

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Gustav Schmidt

Innenpolitische Blockbildungen
in Deutschland am Vorabend
des Ersten Weltkrieges

Timothy W. Mason

Wilhelm Treue

Methodenprobleme
der Wirtschaftsgeschichts-
schreibung

Kritik und Erwiderung

B 20/72

13. Mai 1972

Gustav Schmidt, Dr. phil., Dozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Münster, geb. 1938 in Berlin, Studium der Geschichte, Germanistik, Politische Wissenschaft in Berlin und Oxford; Promotion 1963 in Berlin, Habilitation 1971 in Münster; z. Z. kommissarischer Leiter der Arbeitsstelle für neuere Geschichte Großbritanniens und des Commonwealth.

Veröffentlichungen u. a.: Deutscher Historismus und der Übergang zur parlamentarischen Demokratie. Untersuchungen zu den politischen Gedanken von Meinecke—Troeltsch—Max Weber, Historische Studien, Heft 389, Lübeck—Hamburg 1964; Deutschland am Vorabend des Ersten Weltkriegs, in: M. Stürmer, Hrsg., Das Kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870—1918, Düsseldorf 1970; Politische Tradition und wirtschaftliche Faktoren in der britischen Friedensstrategie 1917—1919. Grundzüge einer europäischen Nachkriegsordnung in der Sicht englischer Machteliten, Habilitationsschrift Münster, 1971; Die Nationalliberalen—eine regierungsfähige Partei? Zur Problematik der inneren Reichsgründung 1870—1878, in: G. A. Ritter, Hrsg., Deutsche Parteien vor 1914, Köln—Berlin, 1972.

Timothy W. Mason, MA, Ph. D., geb. 2. 2. 1940; Fellow und Tutor in Modern History am St. Peter's College, Oxford; 1965/66 Assistent am Institut für Politische Wissenschaft an der FU Berlin, 1972 Gastdozent im Fachbereich Geschichtswissenschaften der FU Berlin. Veröffentlichungen u. a.: Aufsätze zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands in den Zwischenkriegsjahren. Eine kritische Aktenedition zur Lage der Arbeiterklasse und zur staatlichen Sozialpolitik 1936—1940 steht unmittelbar vor der Drucklegung.

Wilhelm Treue, geb. 1909, Promotion und Dr. phil. habil. in Berlin; Venia legendi aus politischen Gründen erst 1945 in Göttingen; mehrmals Gastdozent in Oxford; ordentl. Professor an der Technischen Universität Hannover; Lehrbeauftragter an der Universität Göttingen.

Verfasser von Büchern und Aufsätzen zur allgemeinen deutschen Geschichte, Wirtschafts-, Technik- und Gesellschaftsgeschichte sowie Firmengeschichte und Unternehmerbiographie; Herausgeber von Zeitschriften und der Quellensammlung zur Kulturgeschichte; Vorsitzender wissenschaftlicher Vereine.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels; Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Innenpolitische Blockbildungen am Vorabend des Ersten Weltkrieges

Gewidmet Hans Herzfeld zum 80. Geburtstag

Vor einigen Jahren lenkten Bücher wie Eycks „Das persönliche Regiment Wilhelms II.“ oder Görlitz' „Regierte der Kaiser“ die Diskussion auf das Thema, wer eigentlich in Deutschland am Vorabend des Weltkrieges regierte. Fischers Analysen der politischen und gesellschaftlichen Machtstrukturen, die seine Deutung der Kriegsziele des deutschen Imperialismus als Griff nach der Weltmacht stützen sollen, und Studien aus seiner Schule (Böhme, Witt, Stegmann) über die Phasen der Sammlungspolitik, die eine Kontinuität der Träger-schichten einer Politik der Anmaßung und Maßlosigkeit vor Augen führen wollen, beanspruchen zwar, die Machteliten und Entscheidungsträger in Deutschland beim richtigen Namen zu nennen, leisten das aber tatsächlich nicht¹⁾.

Selbst die DDR-Literatur, die bis Anfang der 60er Jahre mit eindeutigen Antworten auf die Frage, wer die deutsche Politik im Wilhelminischen Reich bestimmte, aufwartete, zeigt in den letzten Jahren durch eine nuancenreichere Beurteilung der herrschenden Klassen eine gewisse Unsicherheit an. Statt zur fadenscheinigen These vom Verrat oder von der Kor-

Der Aufsatz stellt eine Ergänzung dar zu meinem Beitrag „Deutschland am Vorabend des Ersten Weltkrieges“ in: Das kaiserliche Deutschland, hrsg. von M. Stürmer, Düsseldorf 1970. Er unterbreitet Vorüberlegungen für eine Studie über den deutschen Parlamentarismus von der Zeit des Bülow-Blocks bis zur Regierung Max v. Badens (1907 bis 1918).

¹⁾ F. Fischer, Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911—1914, Düsseldorf 1969; D. Stegmann, Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschland, Sammlungspolitik 1897—1918, Köln-Berlin 1970; P.-Ch. Witt, Die Finanzpolitik des Deutschen Reichs von 1903 bis 1913. Eine Studie zur Innenpolitik des Wilhelminischen Deutschland, in: Historische Studien, Heft 415, Lübeck-Hamburg 1970; H. Böhme, Deutschlands Weg zur Weltmacht, Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848—1881, Köln/Berlin 1966. Auf Differenzen in der Beurteilung oder in der Methode zwischen Fischer und seinen „Schülern“, vor allem Witt und Stegmann, kann ich hier nur gelegentlich eingehen. Die im Folgenden geäußerte Kritik kann und will die anregenden Beiträge Fischers zur Erforschung des kaiserlichen Deutschland nicht bestreiten.

rumpierung der sogenannten Arbeiteraristokratie, der Revisionisten und Reformisten, der Gewerkschaftsführung und des Parteizentrums Zuflucht zu nehmen, spricht die neuere DDR-Literatur fast durchweg vom Gegensatz zwischen den älteren Industrien (Montanindustrien) und den jüngeren Aufschwungindustrien (Maschinenbau, Elektroindustrie, chemische Industrien, Fertigwarenexport-Industrie); sie bringt die Reichsleitung in Verbindung mit der zweiten Gruppierung. Sie bescheinigt dieser Gruppierung geschickte soziale Operationskünste und eine erfolgreiche Ködertaktik. Die Konstruktion eines Kräftefeldes Regierung—Aufschwungindustrien — Arbeiteraristokratie

T. W. Mason:

Zur politischen Relevanz historischer Theorien S. 33—42

Wilhelm Treue:

Mason, Czichon und die historische Wahrheit S. 43—46

soll die Zugeständnisse des Staates an die Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg und die Bündnisse Ebert—Groener und Stinnes—Legien in der Gründungsphase der Weimarer Republik erklären. In der Auswertung der in der DDR befindlichen Quellen unterscheidet sich diese neuere Forschungsrichtung wesentlich von den polemisch-primitiven Verratsthesen, mit denen die DDR-Historiographie in den Jahren 1956—64 zu erklären versuchte, warum die Entwicklung der Produktionsverhältnisse gerade nicht zum offenen und verschärften Klassenkampf geführt hatte; die neuere Forschung entdeckt Mittel und Wege, mit denen es dem „Kapitalismus“ gelang, Kräfte im Gegenlager freizusetzen und sein Dasein mit deren Hilfe zu retten oder zu verlängern²⁾.

Machteliten und Entscheidungsträger sind also noch nicht eindeutig bestimmt. Im Unterschied

²⁾ Vgl. u. a. D. Fricke, Strategie und Taktik der Bourgeoisie in der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus. Thesen, in: ZfG, 1968, Heft 9; W. Gutsche, Die Beziehungen zwischen der Regierung Bethmann Hollweg und dem Mono-

zu Fischer und der DDR-Literatur muß die Analyse vor allem über die Frage, wer in Deutschland mächtig war, hinausführen zur Analyse der politischen Verfassungsstruktur, und zwar unter dem Aspekt, ob Macht und Einfluß besitzen bzw. ausüben identisch ist mit „Regieren“. Jede Neuaufnahme des Themas wird sich in erster Linie mit den methodischen Kalküls der genannten Forschungsrichtungen auseinandersetzen müssen, da diese nahezu ein Quellenmonopol voraus haben. Meine Darlegungen erheben nicht den Anspruch einer detaillierten, umfassenden Gegenanalyse, sondern sind in erster Linie darauf gerichtet, die methodischen Ansätze Fischers kritisch zu beleuchten und ihnen eigene Beobachtungen und Denkansätze entgegenzustellen.

Den Anstoß zur Wiederaufnahme dieser in der Forschung seit langem behandelten Thematik bildet die Frage, die sich nach der Lektüre dieser Arbeiten aufdrängt, nämlich die nach dem Wirkungszusammenhang zwischen der wechselseitigen Blockierung der Einflußgruppen und den innenpolitischen Blockbildungen: „(Die) Lage (wurde) in den letzten Vorkriegsjahren erst dadurch so kritisch, daß sich die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte bei den zahlreichen Reformversuchen immer wieder gegenseitig blockierten und aufgrund ihrer jeweiligen Position im Machtgefüge des Reiches blockieren konnten.“³⁾

Im Zeitalter des durch die Ausbildung eines komplizierten Systems der Gruppenpolitik gekennzeichneten Interventionsstaates im allgemeinen und begünstigt durch die nach Bismarcks innenpolitischer Wendung von 1878/79 gezeitigten Folgewirkungen der Verwerflichkeit der Politik im besonderen bestand in Deutschland am Vorabend des Ersten Weltkriegs eine verfassungspolitische Situation, in der nahezu jeder politische Machtfaktor die anderen Formationen gesellschaftlich-politischer Interessen blockieren konnte, ohne sich

polkapital in den ersten Monaten des 1. Weltkriegs, Phil. Habil.-Schrift, Berlin 1967; ders., Taktik oder Alternative? Zum Problem der Differenzierung innerhalb der herrschenden Klasse während des ersten Weltkriegs in Deutschland, in: GuS, 1965, Heft 3; W. Gutsche, Bethmann Hollweg und die Politik der Neuorientierung Zur innenpolitischen Strategie und Taktik der deutschen Reichsregierung während des ersten Weltkriegs, in: ZfG, 1965, Heft 2; G. Schmidt, Zur Klassenkampf-taktik der Bourgeoisie vor der Novemberrevolution, Phil. Diss. Berlin 1966; ders., Revolution und Konterrevolution vor dem November 1918, in: ZfG, 1965; W. Ruge, Zur Taktik der deutschen Monopolbourgeoisie im Frühjahr und Sommer 1919, in: ZfG, 1963, Heft 3.

³⁾ V. R. Berghahn, Zu den Zielen des deutschen Flottenbaus unter Wilhelm II., in: HZ 210/1, 1970, S. 100.

für den dadurch bedingten Gesamtzustand verantwortlich zu fühlen oder für ihn verantwortlich gemacht werden zu können. Der mannigfaltig bedingte Ausfall der Reichsleitung in der Erfüllung ihrer zentralen Rolle im Bismarckschen Verfassungssystem verhalf einem allgemeinen europäischen Trend in Deutschland vorzeitig und nachhaltig zum Durchbruch.

Unbestrittene und unbestreitbare Aussagen wie die, daß die Aktionen des Reiches auf innen- und außenpolitischem Gebiet verworren und planlos erscheinen oder daß es in der Ära Bethmann Hollweg offenbar keine zentralen Streitfragen oder Themen gab, aber auch die Vielfalt der einander suchenden und wieder abstoßenden gesellschaftlichen Kräfte und Interessen legen die Vermutung nahe, daß das Wortspiel von „Blockbildung“ und „Blockieren“ den Schlüssel zum Verständnis der deutschen Politik in den letzten Vorkriegsjahren bieten könnte. In dem Bezugsrahmen „Block—Blockieren“ kann man sowohl den tendenziellen Klassenkampfcharakter der Politik des Wilhelminischen Deutschland als auch das Bewußtsein, in einer Sackgasse zu stecken, sowie das Scheitern der Reformkonzeptionen und Reformbewegungen erfassen. Der Blockgedanke suggeriert die Polarisierung der gesellschaftlichen Kräfte in Freund-Feind-Formationen, denen schon die Zeitgenossen die verschiedensten Namen gaben, aber auch die Unfähigkeit, zielgerichtete Bewegung ins politische Leben zu bringen. Das Begriffspaar „Blockbildung—Blockieren“ vermag vielleicht den Unterschied zwischen einer schleichend-schwelenden Verfassungskrise und einer vorrevolutionären Situation zu erklären. Das Begriffspaar stützt sich auf die Beobachtung, daß die sozialen Spannungen schärfer ausgeprägt waren als die politischen Gegensätze und daß die soziale Polarisierung offenbar nicht unmittelbar in den politischen Bereich hinein verlagert wurde. In methodischer Hinsicht ist die Behelfskonstruktion „Blockbildung—Blockieren“ vielleicht am ehesten geeignet, das schwierige Problem zu lösen, wie man den Stellenwert der organisierten Interessen (Parteien und Verbände) sowie der formellen und informellen zivilen und militärischen Gremien in der politischen Gesamtkonstellation vor 1914 mit analytischen Mitteln bestimmen könne⁴⁾. Denn sie berücksichtigt die Funktion des Reichstags als Spiegelbild und Forum der Gegensätze zwischen den Beharrungskräften und den Demokratisierungsbestrebungen (Reformtendenzen) und trägt zugleich den organisierten gesellschafts-

⁴⁾ Vgl. H.-J. Puhle, Parlament, Parteien und Interessenverbände 1890—1914, in: Das kaiserliche Deutschland, a. a. O., S. 340 ff.

politischen Interessen Rechnung, die teils wie der Bund der Landwirte oder der Centralverein Deutscher Industrieller unter Ausnutzung der Einflußchancen, die das konstitutionelle System bot, — d. h. durch direkte Einwirkung auf Regierung und Öffentlichkeit Politik machen und der Parlamentarisierung der Reichsverfassung entgegenwirken wollten —, teils wie die bürgerlichen Reformer, die Reformisten in der SPD oder auch der Hansabund den politischen Auftrag und die politische Verantwortung der Parteien und des Parlaments wiederhergestellt sehen wollten.

Die Konzeption „Blockbildung—Blockieren“ geht davon aus, daß die hinter den Etiketten „Preußen“, „Kaiser“, „Militär“ und „Bürokratie“ verborgenen sozialen Kräfte und Einflüsse, die sogenannten staatstragenden Schichten, einen Machtvorsprung innehatten; sie berücksichtigt aber ebenso die Entwicklung, daß — nach Bismarcks Abgang vollends sichtbar — gesellschaftliche Kräfteformationen angesichts der Ressortkonflikte und der Unsicherheit unter den Führungskräften mit dem Anspruch auftraten, den Kurs des führunglosen Staatsschiffes bestimmen zu müssen.

Die Konzeption der Blockbildung setzt die politisch-taktischen Zusammenschlüsse im Reichstag in der Endphase des Bismarck-Reiches (Bülow-Block; Schwarz-Blauer Block, Linksblock anläßlich der Reichsfinanzreform) mit den wirtschaftlichen und sozialen Interessenkonflikten (im Bereich der Steuer- und Zollpolitik, der Gewerbegesetzgebung, der Handelsbeziehungen etc.) und den ihnen entsprechenden Gruppenbildungen in eine Beziehung. Es besteht damit die Hoffnung, von diesem Interpretationsansatz her über die stagnierende Diskussion, ob die Parlamentarisierungsbestrebungen die

schwächere Politik gegenüber der Politik der rechten Sammlungsbewegungen (so Fischer), der konterrevolutionären, präfaschistischen Tendenzen (so Stegmann, Wehler, Stürmer) bzw. der präventiven Konterrevolution (so Puhle) darstellten, zu der Ausgangsfrage zurückzugelangen, wo in Deutschland Politik gemacht wurde und wer an den entscheidenden Weichenstellungen beteiligt war.

Berücksichtigt man, daß unter den Bedingungen des 20. Jahrhunderts kein Parlament „Politik machen kann“, daß auf der anderen Seite aber auch im kaiserlichen Deutschland die „alten“ Machtträger (Kaiser, preußische Bürokratie, Militär) nicht mehr in der Lage waren, die Bedingungen eines Arrangements mit anderen gesellschaftlichen Kräften nach eigenem Gutdünken und zur Kompromittierung ihrer bürgerlichen Verbündeten zu diktieren, so wird die Relevanz der Frage nach den Blockbildungen, d. h. nach den politischen Kraftfeldern und deren Stellenwert im Gesamtspektrum der deutschen Politik einsichtig.

Die folgende Skizzierung der Blockbildungen ist ein erster Schritt zur Bestimmung des Stellenwerts der gesellschaftlich-politischen Kräfte, ihrer Interessen, ihrer Prioritäten und Präferenzen, ihrer Zugehörigkeit zu einem der Lager, die politisch wirksam sein wollten. Eine ausführliche Behandlung dieser Frage wäre nicht zu trennen von der Einschätzung der Machtchancen dieser Blöcke, ihrer Nähe oder Ferne zu den bislang dominierenden Machteliten, des Einflusses der Blöcke auf das politische Verhalten der Reichsleitung und der Möglichkeiten für die Blöcke, ihren Willen zur Macht durch Mobilisierung einer breiten Anhängerenschaft demokratisch zu legitimieren.

Die Blockbildung im Urteil der Zeitgenossen

Die Blockbildung wurde von den Kritikern des Wilhelminischen Deutschland bzw. den Reformkräften in den letzten Vorkriegsjahren positiv gewertet. Ebenso wie Naumann begrüßten L. Frank oder die Jungliberalen, aber auch Befürworter einer liberal-konservativen Politik wie die Historiker Oncken und Meinecke jedes Anzeichen einer Neugruppierung oder der gegenseitigen Annäherung zwischen verwandten Meinungs- und Interessengruppen. Die als Drohung gemeinte Ankündigung aus Kreisen der Zentrumsführer (Hertling, Spahn, aber auch Erzberger), die parlamentarisch ausschlaggebende Partei würde sich mit den Konservativen gegen den „Großblock“ von Bebel bis Bassermann verbünden, erschien ihnen wie der Auftakt zur langersehnten Flur-

bereinigung im deutschen Parteienspektrum. Denn das Zusammengehen der konservativen Kräfte im „Schwarz-Blauen Block“ hätte das Bürgertum zur Parteinahme gezwungen und denjenigen liberalen Politikern Rückendeckung verschaffen müssen, die spätestens seit der Auflösung des Bülow-Blocks infolge der Krise um die Reichsfinanzreform die Regierung zu einer sozialliberalen Politik drängten. Würde die Konfrontation „Großblock“—„Schwarz-Blauer Block“ zustande kommen, so sahen sie die Stunde nicht mehr fern, in der das Bürgertum begreifen würde, daß die Gefahr weniger von der SPD als von den Konservativen drohe. Hatten die Gewerbestatistiken die Revisionismus-Debatte in der SPD angeregt und das Plädoyer der Reformisten für eine flexible Partei-

strategie begründet, so wirkte die Diskrepanz zwischen der sinkenden Bedeutung der Landwirtschaft und der bleibenden Positionen der „Krautjunker“ in der politischen Machtstruktur als Ansporn für bürgerliche Reformer, den Stellungskampf gegen die agrarischen Konservativen zu organisieren. Das erfolgte zu meist über Hansabund und Bauernbund und durch Zusammenwirken der liberalen Fraktionen untereinander und mit dem Zentrum oder der SPD. Die Reformer wurden nicht müde, bestimmte Thesen in immer neuer Abwandlung zu verbreiten: daß die Bürgerlichen stärker seien als sie dächten und daher aufhören sollten, die Macht der Konservativen zu überschätzen; daß die Konservativen in sich uneinig und

nervös seien; daß selbst ein Bismarck heute (um 1912) nicht mehr in der Lage sein würde, einen Verfassungskonflikt erfolgreich für Krone und Heer zu beenden⁵⁾. In den Jubiläumsreden bürgerlicher Honoratioren (1913) hatte das Herausstellen des Blockgedankens die Aufgabe, gleichgesinnte Interessen und Meinungsgruppen der Mitte und der Linken zur Sammlung aufzurufen und damit die überfällige Wachablösung in der deutschen Politik einzuleiten⁶⁾. Gemeint war damit in erster Linie eine Liberalisierung der Personalpolitik und Verwaltung und das Unterbinden von Gesetzgebungsverfahren, die mit materiellen Konzessionen an die Besitzenden abschlossen.

Die Macht- und Einflußchancen der Blöcke in den letzten Friedensjahren

In Ubereinstimmung mit dieser zeitgenössischen Lagebeurteilung geht auch meine Deutung der politischen Konstellation von der Beobachtung aus, daß sich in Deutschland nach 1912, wie in der frühen Caprivizeit, annähernd gleiche Startbedingungen für einen Rechts- wie für einen Linksblock als Partner bzw. soziale Stützmacht der Regierung abzeichnen begannen⁷⁾. Aufgrund der zunehmenden politischen Isolierung der Deutsch-Konservativen Partei im Reich (zumindest aber im Reichstag) und der Richtungskämpfe zwischen Agrar- und Industrieverbänden und innerhalb des Centralverbandes Deutscher Industrieller sowie aufgrund der Spannungen zwischen Reichsleitung und „nationaler Opposition“ bestand für die Rechten in steigendem Maße die Notwendigkeit, sich durch Zusammenschluß und organisierte Macht Einflußkanäle zu schaffen bzw. offenzuhalten. Denn den Amtsträgern in Preußen-Deutschland, vor allem der Reichsleitung Bethmann Hollweg—Delbrück war die Rücksichtnahme auf die Konservativen als staatstragende Schicht nicht mehr so selbstver-

ständiglich wie vor 1912^{7a)}. Das heißt aber noch nicht, daß die Regierung gewillt war, die Brücken nach rechts abzureißen oder Anlehnung nach links zu suchen; lediglich die Chance, daß die Reichsleitung sich bereithalten würde oder aufgrund des Wahlergebnisses von 1912 und des gespannten Verhältnisses zwischen Zentrum und Konservativen bereithalten müsse, mit einem Linksblock statt mit einer Sammlung der Rechten zu regieren, erhielt einen höheren Realitätsgehalt als zur Zeit Caprivis. Mein Deutungsschema beruht auf der Beobachtung, daß die konservativen Elemente ihren Startvorsprung in der preußisch-deutschen Politik zu verlieren begannen oder diesen zumindest ernsthaft gefährdet sahen. Eine Analyse, die sich — wie die Arbeiten Fischers und seiner Schüler — auf die Beziehungen zwischen Regierung und Rechtskartell konzentriert, aber dabei deren Differenzen in innenpolitischen Fragen unterschätzt, und glaubt, dadurch Träger und Gestalter deutscher Politik vorstellen zu können, übersieht Anzeichen für bedeutsame Änderungen im Verhältnis zwischen den politischen Parteien und Verbänden, besonders zwischen Bürgertum und agrarischen Konservativen. Man darf darüber hinaus von einer Hoffnung oder Selbstverpflichtung der Reformgruppen der Mitte und Linken sprechen, die Lücke in dem von Bismarck hinterlassenen Verfassungssystem zu ihren Gunsten schließen zu können, die durch die offenkundige Schwäche der Reichsleitungen nach Bismarck entstanden war. Die Für-

⁵⁾ Besonders eindringlich trug L. Frank diese Argumentation in der Zaberndebatte im Januar 1914 vor. Sten.Ber. RT, XIII. Leg.per., 198. Sitzung v. 23. I. 1914, Bd. 292, Sp 6730—6740.

⁶⁾ W. Rathenau, Tagebuch 1907—1922, hrsg. von H. Pogge von Strandmann, Düsseldorf 1967, S. 179; H. Oncken, Historisch-politische Aufsätze und Reden, I, München/Berlin 1914, S. 21 ff., bes. S. 28—32. ⁷⁾ S. u. S. (28 ff.) Das wichtigste Indiz sei vorweg erwähnt: die Befürchtungen der Rechten, die Regierung könne die Zustimmung der Linken zu den Militär(Wehr-)vorlagen mit Zugeständnissen in der Sozialpolitik erkaufen (wie sie es 1892/94 und anläßlich der Finanzierung der Flottenvorlagen gegenüber dem Zentrum getan hatte) oder die Rüstungskosten auf die Besitzenden abwälzen statt sie weiterhin durch Erhöhung der indirekten Steuern zu finanzieren.

^{7a)} Hierfür sprechen von Riezler notierte Äußerungen des Reichskanzlers; Erdmanns Edition der Riezler-Tagebücher wird es ermöglichen, das Verhältnis des Reichskanzlers zur SPD genauer zu bestimmen.

sprecher einer politischen Neuorientierung — abzulesen an Änderungen der Geschäftsordnung des Reichstags und des preußischen Wahlrechts, die sicherstellen sollten, daß die Regierung im Einvernehmen mit der Reichstagsmehrheit regierte und daß die Mehrheitskoalition ihre Politik mit dem Kurs der Regierung identifizierte — zogen freilich den kürzeren im Konflikt mit den wenigen Interessen, die den Nachholbedarf gegenüber anderen sozialen Schichten den Reformzielen der Linken überordneten. Die Diskrepanz zwischen dem Bestreben, die Regierung auf programmatische und materielle Forderungen der Mehrheitsparteien im 1912 gewählten Reichstag festzulegen, und dem fehlenden Willen zur Macht, d. h. zur Übernahme der Regierungsverantwortung im Sinne der Parlamentarisierung, für das die Reformgruppen in den Mittel- und Linksparteien stritten, wurde in dieser Phase ausgeprägt. Sie fand ihre Fortsetzung in den unglücklich verlaufenden Parlamentarisierungsvorstößen des Interfraktionellen Ausschusses 1917/1918 und in der Gründungsphase der Weimarer Republik.

In einer zweiten Welle der „Realpolitik“⁸⁾ wollten die verfassungspolitisch orientierten Kräfte der linken Mitte die „couleur“ der Regierung den eigenen Wünschen annähern, aber die Fehler ihrer Vorgänger, d. h. der Nationalliberalen in den 70er Jahren und der Freisinnigen in der Caprivi-Ara, wettmachen bzw. vermeiden. Die in jenen Epochen aufgezeigten, aber verpaßten Chancen einer institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen Reichskanzler und gemäßigt linker Reichstagsmehrheit bildeten für die Reformen den Ansatzpunkt, den verfassungspolitischen Nachholbedarf zu decken, und für die Rechte das Trauma, daß eine schwache Regierung — so beurteilte sie das Regiment Wilhelms II. und Bethmann Hollwegs — den Durchbruchserfolg der latenten Reichstagsmehrheit zulassen könnte⁹⁾. Im Spannungsfeld dieser Stimmungen erscheint ein Deutungsschema, das mit dem Begriff der Blockbildung (Polarisierung) und der gegenseitigen Blockierung der Macht- und Einflußchancen von rechts und links unter einer schwachen Regierung operiert, als die adäquateste Methode. Sie setzt eine richtige Bestimmung der innenpolitischen Blockbildungen vor-

aus und verlangt einen Vergleich des Zusammenhalts und der Aktionsfähigkeit der verschiedenen Blöcke. Das Bild der deutschen Politik um 1913 kann sich nur durch eine Analyse erschließen, die den Blick auf die von Interessenkonflikten, gruppeninternen Problemen, in verschiedene Stoßrichtungen zielenden Operationstaktiken und die durch den Vereinspatriotismus der in den Blöcken versammelten Mitgliederverbände hervorgerufene Krisenanfälligkeit lenkt, die für die Reform- und Emanzipationsbewegungen ebenso kennzeichnend sind wie für die Abwehrstrategie des Rechtskartells. Die Stärke der Blöcke war sowohl vom eingebrachten politischen und organisatorischen Machtpotential der einzelnen Mitgliederverbände abhängig als auch von der Frontstellung gegen einen gemeinsamen Gegner sowie der Verbindlichkeit und Integrationsfähigkeit der Stiftungsideologie¹⁰⁾.

Brüche im Parlamentarismus-Verständnis

Die Kräfte, die vor 1914 eine stärkere Beteiligung der Parteien an der Regierungsverantwortung gefordert und die Blockbildung als geeignetes Mittel zur Parlamentarisierung und Demokratisierung betrachtet hatten, äußerten in der Situation des Übergangs von der konstitutionellen Monarchie zur „konstitutionellen

¹⁰⁾ Es fehlt hier der Platz, um die Blockbildungen im einzelnen vorzustellen. Manches Grundsätzliche über Stärken und Schwächen der Linksblock-Konzeption Naumanns, Haußmanns, der Jungliberalen, L. Franks oder der Vertreter der „rechten“ SPD (David, Südekum, Kolb, Heine) ist bekannt; das ‚Kartell der schaffenden Stände‘ ist durch die Arbeit von Stegmann und die korrigierend-ergänzenden Studien von H. J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im Wilhelminischen Reich (1893—1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei, Hannover 1967, sowie H. Kaelble, Industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft (Centralverband Deutscher Industrieller 1895—1914), Berlin 1967, zum festen, inhaltlich fixierten Begriff geworden. Stegmann zieht die Grenzlinien anders als Fischer, indem er die Vorkriegspolitik im Bezugsrahmen einer Konfrontation zwischen BdL/Schwerindustrie/Mittelstandsvereinigung-Hansabund / Nationalliberale / Fortschrittliche Volkspartei/Zentrum — Sozialdemokratie deutet, S. 398, 423 u. a. O. Die Konzeption eine „Mitte“, einer „Koalition im Werden“ habe ich in dem in Anm. 1 genannten Aufsatz entwickelt; sie knüpft an ältere Überlegungen von H. Herzfeld und E. Pikart an. An dieser Stelle möchte ich nur betonen, daß die Blockbildungen in der zeitgenössischen Debatte einen festumrissenen Begriff bildeten, also nicht von außen als Denkmolelle an die Vorkriegszeit herangetragen werden.

⁸⁾ Über die erste Welle der „Realpolitik“ der Nationalliberalen gegenüber Bismarck in der Reichsgründungsphase 1867—1876 s. meinen Aufsatz: „Die Nationalliberalen — eine regierungsfähige Partei? Zur Problematik der inneren Reichsgründung 1870—1878“, demnächst in: G. A. Ritter, Hrsg., Deutsche Parteien vor 1914.

⁹⁾ Eindrucksvolle Belege zum Caprivi-Trauma enthält die Arbeit von Stegmann (Anm. 2), S. 348, 427 ff. u. a. O.

Demokratie" ^{10a)}, im Herbst 1918, ihre Befürchtung vor dem Zweiparteiensystem ¹¹⁾. Das ist um so erstaunlicher, als einige der geistigen Väter der Weimarer Verfassung (wie Hugo Preuß, Max Weber, Friedrich Naumann, Conrad Haussmann, Friedrich Meinecke) vor 1914 in Anlehnung an angelsächsische Vorbilder von der Wandlung des deutschen Parteiengefüges zum System (mit)regierender und opponierender, aber regierungsfähiger Parteien den erfolgreichen Eintritt Deutschlands ins Zeitalter der Weltmächte und Weltpolitik erhofft hatten. Mit anderen Worten: sie brandmarkten in der entscheidenden Phase der Verfassungsreform das, was ihnen als Symbol eines modernen leistungsfähigen Verfassungsstaates gegolten hatte, als Gefahr für die künftige deutsche Entwicklung. Während Naumann nach dem sich abzeichnenden Erfolg des Linksblocks bei den Reichstagswahlen von 1912 noch einmal die Parole ausgegeben hatte: „Die Liberalisierung, der Parlamentarismus in Richtung auf das englische Vorbild hin ist das eigentliche Thema des neuen Reichstags“ ¹²⁾, warnten seine Mitstreiter — Preuß, Weber, Meinecke — in den Revolutionsmonaten 1918/1919 vor der Errichtung eines uneingeschränkten parlamen-

tarisch-demokratischen Regierungssystems, vor dem, was sie mit dem Etikett „umgekehrte Klassenherrschaft“ hinreichend diskreditierten.

Man mag die Befürchtung, daß die Macht ergreifung der politischen Stiefkinder des Wilhelminischen Reichs eine Unterdrückung der bisherigen herrschenden Klassen nach sich ziehen könnte ¹³⁾, als Äußerung einer schmalen Gruppe der bürgerlichen Mitte abtun, die vor 1914 vergebens nach der Auflockerung des verkrusteten Machtgefüges gerufen hatte, 1918/1919 nun aber hoffen durfte, bei einem Teil der neuen Machthaber und Amtsträger, vor allem bei Ebert und David, Gehör zu finden. Die im Gefolge des Weltkriegs eingetretenen Veränderungen, vor allem die im Zusammenhang mit dem militärischen Zusammenbruch des Zarenreichs und den russischen Revolutionen erfolgende Ausschaltung der „gewählten demokratischen“ Repräsentationsorgane mögen einen hinreichenden Erklärungsgrund für die neu auftretenden Brüche im deutschen Verständnis des Parlamentarismus abgeben, dessen Durchsetzung von 1914 als Mittel zum friedlichen Machtwechsel angesehen worden war.

Blockbildung oder Zweiparteiensystem: Konzeption der Mitte

Die widersprüchlichen Meinungsbekundungen der reformwilligen Kräfte des Kaiserreiches vor 1914 und 1918/19 verdeutlichen, daß sie die Parlamentarisierungsfrage — zu verstehen als Symbolwort für Verfassungsreformen — unter dem Aspekt werteten, ob ein verändertes politisches Instrumentarium ein wirksames Integrationsvermögen und eine größere Stabilität der Staats- und Gesellschaftsordnung verbürgen könne. Sie waren sich darüber im

klaren, daß der Funktionswert der von ihnen bevorzugten Institutionen und verfassungsrechtlichen Instrumente von der Breite der sozialen Trägerschichten und deren Machtwillen abhing. Sie betrachteten in diesem Zusammenhang die Blockbildung als Zwischenstufe zur Integration des deutschen Nationalstaats: sie wollten mit der Sammlung der reformwilligen Meinungs- und Interessengruppen zuerst die soziale Basis schaffen, um mit dieser Legitimation Druck und Einfluß auf die Regierung ausüben und eine bessere Koordination von Regierungs- und Volkswillen erzwingen zu können, als es den bislang in der konstitutionellen Monarchie dominierenden Kräften gelingen konnte.

In ihrem Wunschenken, daß sich die richtigen Kräfte zusammenfinden und die überfällige Wachablösung durchführen würden, hatten sie jedoch den inhärenten Widerspruch in ihrer Konzeption der Blockbildung als Schritt zur Integration der sozialen Kräfte zum handlungsfähigen nationalen Machtstaat übersehen. Die Aversion gegen das Zweiparteiensystem

^{10a)} Ich verwende den Begriff „konstitutionelle Demokratie“ in Anlehnung an Meinecke, Troeltsch, H. Preuß; er bezeichnet die von ihnen geforderte Alternative zum „umgekehrten Klassenstaat“, einem Ersatzwort für Bolschewismus und Räte-demokratie und wurde anlässlich des Verlangens nach der Einberufung einer Nationalversammlung vorgebracht — s. meine Diss., bes. S. 202 ff.

¹¹⁾ Eine andere Frage kann ich hier nur anschnelden, ob nämlich der Trend zum Zweiparteiensystem im Zeitalter der Gruppenpolitik, des Vormarsches der Interessenverbände als Verhandlungspartner von Regierung und Verwaltung und des Wunsches nach dem Verhältniswahlrecht in einem Land wie Deutschland überhaupt zum Durchbruch kommen konnte. An dieser Stelle genügt der Hinweis, daß diejenigen, die das parlamentarische System als verantwortliche Regierungsform wünschten, das Zweiparteiensystem zwar als Voraussetzung werteten, es aber dennoch 1918/1919 aus konkreten Gründen umgehen wollten.

¹²⁾ F. Naumann, Die deutsche Linke, in: Die Hilfe 18, 1912, S. 66—67 (1. 2. 1912).

¹³⁾ Die Deutung A. Rosenbergs: Die Entstehung der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1961, S. 31, arbeitet weitgehend mit dem Denkschema ‚privilegierte Konservative‘ (Reichsfreunde) gegen ‚Reichsfeinde‘ (Zentrum, FVP, SPD).

stellte sich prompt in den Momenten ein, in denen die Sammlung und Umgruppierung der politischen Kräfte sich zu einer Konfrontation ausweitete, wobei „Reaktion“ und „Fortschritt-Revolution“ unter Ausschluß der reformwilligen, sozialliberalen Kräfte die Konfliktsituation zu bestimmen schienen. Die Reformer hatten vor 1914 die Frage der Blockbildung bzw. Koalitionsbildung als Machtfrage verstanden; die Polarisierungstendenzen im Weltkrieg und erst recht in der Phase der Novemberrevolution weckten die Erinnerung an die unfruchtbaren, jedesmal mit dem Sieg der Reaktion endenden Konflikte in den deutschen Verfassungskrisen des 19. Jahrhunderts (1815—1819, 1848,—1850, 1863).

Die „Mitte“ suchte nach einer Form des Regierungssystems, die den Einfluß der extremen Flügelparteien reduzierte, und fand diese in der „konstitutionellen Demokratie“ wie sie sich in der Weimarer Verfassung niederschlug. Wie die Fürsprecher des Zusammenwirkens von sozialer und liberaler Demokratie (Mitte-, Linksblock) versuchten auch die radikale Linke mit ihren Aufrufen zur revolutionären Aktionsgemeinschaft von Proletariat und Kleinbauern und die Katastrophenstrategen des Kartells der schaffenden Stände auf ihre Art die Einsicht in die Tat umzusetzen, daß Verfassungsfragen Machtfragen und diese ein Problem der Koalitions-Blockbildung seien.

In stärkerem Maße als die Beharrungskräfte auf der Rechten und die Bannerträger des revolutionären Gedankens auf der Linken, die ihr Trachten auf die ungeteilte Herrschaft — nötfalls durch Anwendung von Gewalt (Revolution oder Staatsstreich von oben) — richteten, fühlten sich die Reformbewegungen jedoch zum Interessenausgleich veranlaßt, waren aber dadurch in ihrer Aktionsfähigkeit beeinträchtigt und gegenüber den Flügelparteien benachteiligt. Ihre Zurückhaltung vor 1914, den Übergang zum parlamentarischen System im Sinne der Regierungsführung durch die Mehrheitsparteien — durch Anwendung der verfügbaren Druckmittel (Budgetrecht) — zu erzwingen, beruhte hauptsächlich auf der Ansicht, daß die Verankerung ihrer Reformziele nur Abschluß einer Wandlung in den politischen Machtverhältnissen sein könnte.

Gerade die entschiedenen Reformer mit der besten Einsicht in die Funktionsbedingungen eines parlamentarischen Regierungssystems wie Hugo Preuß, Haussmann, Naumann, Erzberger, Bernstein, L. Frank wußten, daß Verschiebungen im Herrschaftsgefüge nur eine Folge von tatsächlichen Machtverschiebungen, genauer: der Bildung einer reformbereiten und regierungsfähigen Koalition der linken und

Mittelparteien sein konnten¹⁴). Die Appelle, mit denen sie den Zusammenschluß bewirken wollten, blieben jedoch vor 1914 ohne die nötige Resonanz. Sie stützten ihre Kalkulationen auf die nicht zu leugnende Fluktuation im Parteifüge vor 1914. Die Unsicherheit der Führungsgruppen der bürgerlichen Parteien wie der Reformisten in der SPD über die Standfestigkeit der öffentlichen Meinung und über die Beständigkeit des Wähler-Partei-volkes in Krisensituationen sorgte jedoch dafür, daß die Parteien vor verfassungspolitischen Initiativen zurückscheuten und damit allem Anschein nach alles beim alten blieb. Den gleichen Eindruck erweckten die Erfolge der Flügelparteien, vor allem der Rechten, die es immer wieder vermochten, durch demagogische Meinungsmache Mitläufer aus den bürgerlichen Mittelparteien (Zentrum, Nationalliberale) zu gewinnen bzw. das Mißtrauen gegen die bürgerlichen Sozialreformer in der Arbeiterpartei wachzuhalten (s. u.).

Nachdem die Formulierung eines Reformblocks von Bebel bis Bassermann wegen einer primär an der Erhaltung der Parteieinheit orientierten Strategie und Taktik der Führungsgruppen der in Betracht kommenden Mitte-Linksparteien nicht zustande kam und damit die Ausbildung des erwünschten Zweiparteiensystems als Basis für die Parlamentarisierung der Reichsverfassung und eines friedlichen Machtwechsels im Ansatz scheiterte, gewann die

¹⁴) Vgl. generell zu dieser These Th. Eschenburg, Das Kaiserreich am Scheideweg. Bassermann, Bülow und der Block, Berlin 1929, S. 171. Weitere Belege enthalten die Studien von J. Bertram, Die Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1912. Parteien und Verbände in der Innenpolitik des Wilhelmischen Reiches, Düsseldorf 1964, und D. Groszer, Vom monarchischen Konstitutionalismus zur parlamentarischen Demokratie, Den Haag 1970. — Daß diese Einstellung einen verfassungspolitischen Immobilismus begünstigte, zeigt das Beispiel des Staatsrechtlers R. Schmidt; er gehörte zu den wenigen renommierten Staatsrechtlern des Kaiserreichs, die die Rolle der Parteien vorurteilslos sahen. Dennoch riet er in der Daily-Telegraph-Krise dem Reichstag davon ab, dem Kaiser das Recht zur Ernennung des Reichskanzlers bzw. der Staatssekretäre streitig zu machen, d. h. praktisch das schein-konstitutionelle Regime zu rügen. Er begründete seine Mahnung zur Bescheidung nicht mit der üblichen Infragestellung der Regierungsfähigkeit der deutschen Parteien oder den Mängeln eines Parteienstaats, sondern mit einem Hinweis auf die ungefestigte öffentliche Meinung. Mit diesem Kunstgriff erinnerte er die potentiellen Mehrheitsparteien im Reichstag daran, daß sie sich auf die Dauer auf keine politisch interessierte öffentliche Meinung stützen könnten; das ganze läuft dann doch auf eine Rechtfertigung des Anspruchs der Monarchie und der Bürokratie auf das Ämtermonopol hinaus. R. Schmidt, Parlamentsregierung und Parlamentskontrolle in Deutschland, in: Zs. f. Pol. II, 1908, S. 186—211.

Konzeption der Mitte eine breitere Resonanz. Auf dem Hintergrund des allgemeinen, durch den Begriff des Sozialdarwinismus und Imperialismus gekennzeichneten Trends zum Freund-Feind-Denken, und aufgrund des Polarisierungsprozesses, der in Deutschland durch die Vorgänge um die Reichsfinanzreform¹⁵⁾ und den Zabernkonflikt seine konkrete Ausprägung erhielt, bildete sich eine Meinungsformation heraus, die ihre Aufgabe darin erblickte, eine Plattform für die Überwindung des Gegensatzes zwischen den Alternativen: Klassenstaat militant-reaktionärer oder revolutionär-republikanischer Observanz anzubieten, die beide eine Ausschaltung des Parlaments bedeuteten hätten. Durch die in den Vorkriegsjahren gesammelte Erfahrung, daß die nationalistische Rechte und die radikale Linke jeden Kompromiß als Weg ins Verderben geißelten¹⁶⁾ und die Alleinherrschaft zu Lasten ihrer Gegner, vor allem aber zu Lasten der Reformen und unentschiedenen Mitte, anstrebten, entstand jene Aversion der reformbereiten Mitte gegen das Zweiparteienschema¹⁷⁾. Die ständig aufgebotenen Formeln vom Kampf gegen die Sozialdemokratie, mit denen der Rechtsblock auf die Verlängerung der Ghetto-Situation der Arbeiterpartei hinzuwirken trachtete, oder das Motto der radikalen Linken vom Kampf der „Republik gegen die Monarchie“, unter das sie ihre Kampagne gegen Militarismus und Imperialismus stellte¹⁸⁾, waren für die Reformkräfte Indizien, die das Hineingleiten in eine ausweglose Konfliktsituation anzeigten.

¹⁵⁾ Vgl. Witt, a. a. O., S. 296, 306 ff., 310; Stegmann, a. a. O., S. 398, 409 ff.; Bertram, a. a. O. Zum Zabernkonflikt s. H. U. Wehler, Symbol des halbabsolutistischen Herrschaftssystems: Der Fall Zabern 1913/14, als Verfassungskrise des Wilhelminischen Kaiserreichs, in: Studien zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte, Göttingen 1970, S. 65—83. Zuerst H. U. Wehler: Der Fall Zabern. Rückblick auf eine Verfassungskrise des wilhelminischen Kaiserreichs, in: Welt als Geschichte 23, 1963, S. 27—46.

¹⁶⁾ Kirdorfs These, jede Nachgiebigkeit gegenüber den Forderungen der Arbeiterbewegung gefährde die bestehende Gesellschaftsordnung, entspricht der Parole von R. Luxemburg und K. Liebknecht, die SPD fordere nur ihr Recht und sei nicht verpflichtet, für Reformen irgendein Entgegenkommen zu erweisen, d. h. ihre Forderung nach einer Umwälzung der Machtverhältnisse und nach der Aufhebung des Klassenstaats fallenzulassen.

¹⁷⁾ Der englische Premierminister Lloyd George prägte 1919 angesichts einer ähnlichen, wenn auch weniger zugespitzten Konfrontation das treffende Wort, daß die Extremisten die Reformen für ihre Todfeinde hielten und ihren Kampf in erster Linie gegen die „Mitte“ richteten. Ich glaube, dieser Gedanke sollte auch bei der Deutung der deutschen Geschichte in der Phase 1907—1929 stärkere Berücksichtigung finden.

¹⁸⁾ In dieser Richtung agitierten R. Luxemburg und Liebknecht, ohne Verständnis bei ihren engeren

Die Formation der Mitte, die sich in der Weimarer Koalition und zum Teil bereits im Interfraktionellen Ausschuß der Weltkriegszeit konstituierte, zeichnete sich bereits in der Vorkriegszeit ab. Sie wuchs mit dem Verdruß der Mittel- und Linksparteien über die Unehrllichkeit und den demagogisch manipulativen Nutzwert der Freund-Feind-Ideologie für die reaktionären und links-militanten Gruppen. Indem sich auf der einen Seite die bürgerlichen Parteien von der Sammlungsideologie des Kartells der schaffenden Stände absetzten — ein Prozeß, der mit den Namen Rießer (Hansabund), Stresemann und Bassermann sowie Erzberger verbunden ist — und auf der anderen Seite sich eine Reformgruppe in der Reichstagsfraktion der SPD¹⁹⁾ unter deutlicher Distanzierung von den Methoden der Enthaltensstrategie des Parteizentrums (Kautsky) und der Revolutionsgymnastik der Radikalen (R. Luxemburg) herausbildete, wurde eine Annäherung zwischen den Kräften begünstigt, die in verschiedener Intensität den Gedanken einer zur Verantwortung drängenden Koalition verfolgten, um wenigstens in Teilbereichen eine Verfassungsreform durchzuführen (Mitregierung der Mehrheitsparteien) oder die von Rechtskoalitionen getroffenen Entscheidungen im Bereich der Zoll- und Steuerpolitik zu revidieren. Es ist gerade dieser Vorgang der Abgrenzung des Bürgertums, genauer: der bürgerlichen Parteien (Nationalliberale und Zentrum), von den konservativen Kräften, den Fritz Fischer und die DDR-Literatur in ihren Skizzen der Machteliten und regierenden Kräfte in Deutschland ignorieren. Sie operieren mit einem Zweiparteienschema, das sich an die ideologischen Formationen des Freund-Feind-Denkens hält und dem Lager der Rechten (Fischer) bzw. der Linken (DDR-Literatur) unkritisch Gruppen zuordnet, die weder ihrer sozialen Herkunft nach noch von ihrer Ideologie her zu den Beharrungs- bzw. den revolutionären Kräften gehörten, sondern als soziale Stützgruppen einer Politik der mittleren Linie in Betracht kommen^{19a)}.

Parteifreunden zu finden; s. F. Klein, (Hrsg.), Deutschland im 1. Weltkrieg, Berlin (Ost), 1968, I, S. 183.

¹⁹⁾ Das geht deutlich aus den Tagebüchern von E. David und aus den Protokollen der Reichstagsfraktion der SPD hervor; s. E. Matthias, E. Pikart, (Bearb.), Die Reichstagsfraktion der SPD 1898—1918, in: Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Düsseldorf 1969; Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten E. David 1914—1918, hrsg. von S. Müller, Düsseldorf 1969.

^{19a)} Hier ist an die Konflikte zwischen der verarbeitenden Industrie und dem Ruhrkohlenyndikat als einem Beispiel für Interessengegensätze zwischen BdI und CVdI zu denken. Vgl. H. Nußbaum, Unternehmer gegen Monopole, Berlin 1966.

Die Kritik an Fischers Einschätzung der politischen Machtkonstellation in Deutschland kann davon ausgehen, daß er den Anlaß, den das Jubiläumsjahr 1913 zur Selbstbestimmung und Selbstbesinnung bot, einseitig unter dem Aspekt der Bekundung des Willens zur Weltpolitik und nationalen Machtpolitik ausdeutet. Was den Zeitgenossen zur Selbstverständlichkeit geworden war, daß nämlich nach den Nationalliberalen und dem Zentrum auch Fortschrittspartei und schließlich SPD ins nationale Pathos einstimmten, registriert er mit moralisierender Kritik oder mit Verwunderung. Darüber entgeht ihm ganz, daß die Bestimmung des Parteiinteresses und des Standorts der sozialen Kräfte im politischen Herrschaftgefüge nur selten von außenpolitischen Fragen ausgeht, daß aber innenpolitische Kontroversen durchaus auf dem Hintergrund einer Übereinstimmung in der nationalen außenpolitischen Phraseologie ausgetragen werden können²⁰⁾. Fischer übersieht fast völlig, daß gerade das Jubiläumsjahr 1913 den Reformisten in der SPD und der bürgerlichen Mitte Gelegenheit bot²¹⁾, einerseits ihre teilweise Saturierung im Kaiserreich zu begründen und ihren Anhängern glaubhaft zu machen, andererseits aber durch Verweise auf die preußische Reformzeit („1813“) den staatspolitischen Nachholbedarf der Stiefkinder der zweiten Reichsgründung anzumelden und das politische Emanzipationsstreben des dritten und vierten Standes anzufachen²²⁾. In Naumanns Suggestivfrage^{23a)}, ob der nächste Aufruf „An die

drei Klassen meines Volks“ gerichtet sein sollte, wird der Denkanatz der Reformier zu einem Symbolwort verdichtet: ihre Parole hieß, daß es an der Zeit sei, in der politischen Struktur (Wahlrechtsänderung in Preußen) nachzuholen, was mit der allgemeinen Wehrpflicht und dem Anteil aller Volksschichten am Produktionsprozeß längst vorgezeichnet wäre.

Gewiß lassen sich diese mit Vergleichsbildern operierenden Bekundungen eher mit Diagnosen einer kritischen Situation als mit Anzeichen einer reformerischen Verständigungs-ideologie oder gar einer reformbereiten Aktionsgemeinschaft der Zu-Kurz-Gekommenen vergleichen. Dennoch zeigen sie eine Distanzierung der bürgerlichen Mitte von den nationalen Sammlungsparolen. Die bürgerlichen Partei- und Verbandsführer (Bassermann, Stresemann, Schiffer, Rießer) verschlossen sich nach der Erfahrung mit dem Bülow-Block nicht länger der Einsicht, daß Maßnahmen, die gegen die Sozialdemokratie wirken sollten, den Einfluß der preußischen Konservativen zementierten und Änderungen im Machtgefüge zugunsten des Bürgertums verhinderten. Sie behaupteten nun, daß das große Werk der Integration des vierten Standes nur gelingen könne, wenn der Einfluß des Bürgertums auf die Staatsgeschäfte steige. Indem die „linke Mitte“ ihrerseits nationale Notwendigkeiten anerkannte, wollte sie der Rechten die zugkräftige „nationale“ Parole entziehen und die Auseinandersetzung mit den Beharrungsparteien, entkleidet vom Ballast der Diffamierungskampagnen gegen die rote, goldene oder schwarze Internationale (SPD, Fortschrittspartei, Zentrum) auf der richtigen Ebene, dem innenpolitischen Streitfeld, ansiedeln und austragen. Indem sie die Verketzerung der SPD als Reichsfeinde und vaterlandslose Gesellen aufgab, wollte sie ein politisches Klima schaffen, in welchem sie ihr Verlangen nach einer Änderung der politischen Gewichtung im Kaiserreich mit größerer Glaubwürdigkeit vortragen konnte.

Die Anpassungserscheinungen im außenpolitischen Vokabular symbolisieren keine Unterwerfung der Linksparteien unter die Herrschaftsansprüche des konservativen Establishment, im Gegenteil: sie sind Auftakt für eine Herausforderung, allen sozialen Schichten der Nation das Recht und die Möglichkeit der politischen Mitbestimmung zu sichern. Die Rechtskräfte ahnten sehr wohl, daß die sogenannte nationale Wendung der Linksparteien weder ein Nachlassen des Emanzipationsstrebens anzeigte noch für ein geschlossenes Auf-

²⁰⁾ Was ist beispielsweise von einer Argumentation wie der folgenden zu halten?: „Ein nicht unbedeutender Teil dieser assimilierten jüdischen Familien, die in innenpolitischen Fragen zumeist eine vorsichtig liberalkonservative, zum Teil aber auch eine prononcierte linksliberale Haltung einnahmen, vertrat außenpolitisch das Programm der imperialistischen deutschen Weltpolitik und ordnete sich auch insofern voll in die Hauptströmungen der deutschen Politik vor 1914 ein.“ So Fischer, *Krieg der Illusionen*, S. 42.

²¹⁾ S. vor allem Bassermanns Parteitagsrede vom 4. 7. 1909, zitiert in: Th. Eschenburg, a. a. O., S. 266 ff. Vgl. Stegmann, a. a. O., S. 220 ff., 438 ff., 344 ff. Die Festredner stilisierten die Erinnerungsfeiern des Jahres 1913 zum Thema der Selbstbestimmung, d. h. der Erweiterung und Auffrischung der Führungsschichten der Nation und einer Neubestimmung der staatstragenden Kräfte.

²²⁾ Ich verweise vor allem auf die Beiträge von L. Haas (FVP) und E. Bernstein in dem repräsentativen Sammelband „Das Jahr 1913. Ein Gesamtbild der Kulturentwicklung“, Leipzig/Berlin 1913, ed. D. Sarason, bes. S. 18–20; s. ferner Stegmann, a. a. O., S. 344 ff.

^{23a)} F. Naumann, *Der Liberalismus von 1813*, in: *Die Hilfe*, 1913, S. 274 f.

treten in der Weltpolitik in der von der Rechten gewünschten Richtung bürgte²³⁾. Da sie einen nachdrücklichen Vorstoß gegen ihre politische Vorrangstellung befürchteten, gingen die nationalen Verbände immer mehr dazu über, unter die vaterlandslosen Gesellen alle jene — von Bethmann Hollweg bis zu

den Reformisten in der SPD — zu subsumieren, die mehr oder weniger offen Veränderungen in der politischen Machtstruktur (z. B. Änderung des preußischen Wahlrechts) gegen die Privilegien der Konservativen guthießen und das mit nationalen Interessen rechtfertigten.

Zur Kritik an Fischer

Die Kritik an Fischer läßt sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

Die methodische Inkonsequenz, auf der einen Seite den Erfolg zum Gradmesser seiner Einschätzung der innenpolitischen Machtverhältnisse zu wählen, ohne den Maßstab auf der politischen Gegenseite anzulegen, hindert Fischer an einer überzeugenden historischen Urteilsbildung. Während er die Bedingungen oder das Zustandekommen der „Erfolge“ der Rechten nicht näher prüft, schließt er aus dem Scheitern der Reformansätze auf die Halbherzigkeit der Reformen oder bestreitet, daß sie im politischen Geschehen überhaupt eine Rolle spielten. Dabei enthalten seine Zitate oder Querverweise auf Arbeiten seiner Schüler Witt und Stegmann selbst unzählige Hinweise darauf, daß die Beharrungskräfte ihren Angriff auf die vermittlungswilligen Kräfte in der Regierung und in den bürgerlichen Mittelparteien richteten, weil sie eine stärkere Einflußnahme der „Reformer“ auf die deutsche Politik befürchteten. (Ähnliches gilt für die Anklagen der Radikalen gegen die Organisationsstrategen in der SPD-Führung). Man kann sogar behaupten²⁴⁾, daß die Aufrufe zur Sammlung der Rechten stets in den Momenten erfolgten und organisatorische Folgen hatten, in denen die Regierungen unter den Einfluß der Linken oder der Verfassungsreformer zu geraten drohten. Stegmann spricht in diesem Zusammenhang sehr richtig von einem Caprivitrauma²⁵⁾ und führt die Konfrontation in den letzten Vorkriegsjahren darauf zurück, daß

den bürgerlichen Parteien die Unzulänglichkeiten und die Gefahren der Kompromisse mit dem „Preußentum“ bewußt wurden, sahen die bürgerlichen Kräfte doch die Ursache für ihre Mandatsverluste und für den Aufstieg der Sozialdemokratie in der Unzufriedenheit der Wähler besonders mit den liberalen Mittelparteien. Die Attraktivität der Linksblock-Idee für die bürgerlich-liberalen Parteien lag in der Absicherung ihrer Fraktionsstärke durch Stichwahlabkommen zunächst untereinander und Dämpfungsabsprachen mit der SPD und/oder dem Zentrum; vor allem würde der Linksblock jene Drohung mit der Reichstagsauflösung entschärfen, mit der die Regierungen bislang den Umfall der gefährdeten Mittelparteien nach rechts zu bewirken gewußt hatten. Das von Naumann propagierte und in Baden, aber auch zum Teil im Reichstag in einzelnen Bereichen und bestimmten Situationen (Wehrvorlagen) praktizierte Zusammenwirken zwischen den bürgerlichen Parteien und einer sich zur sozialen Reformpartei entwickelnden Sozialdemokratie veranlaßte die Wirtschaftsverbände, ihrerseits die Reihen zu schließen und eine Abwehrfront gegen den erwarteten Angriff auf die Verfassung (d. h. die Minderung der kaiserlichen Regierungsgewalt und des konservativen Einflusses auf die Personalpolitik und die Verwaltungspraxis) oder die sie begünstigenden Gesetze (Schutzzollsystem, Wahlrecht, etc.) aufzubauen.

Das alles zeigt, daß die Konservativen ihrer Herrschaft nicht mehr sicher waren, zumal Abwanderungen aus dem Lager der Rechten erfolgten: Sowohl die Nationalliberalen als auch das Zentrum stellten Bedingungen für die weitere Zusammenarbeit mit den Konservativen und traten Mehrheitsbildungen ohne bzw. gegen die Konservativen bei. Insbesondere stand ihr Parteiinteresse im Gegensatz zur Agitation des Rechtskartells gegen „Sozialduselei“ und „Versicherungsseuche“, wenn auch die Rücksichtnahme auf die Belastbarkeit der Wirtschaft mit sog. unökonomischen sozialen Abgaben dem Eintreten der bürgerlichen Parteien für eine verständige Fortführung der

²³⁾ Fischer zeigt selbst, daß die konservativen Kräfte Deutschland weltpolitisch in verschiedenen Richtungen engagieren wollten. Er unterläßt es aber, erstens nach der Relation zwischen verfügbaren Machtmitteln und postulierten Zielen generell und zweitens in der Sicht der einzelnen Gruppen zu fragen. Das außenpolitische Programm der Linkskräfte stellt er verzerrt dar, weil er die innenpolitischen Triebkräfte und Leit motive nicht genügend berücksichtigt.

²⁴⁾ Hierin stimme ich Stegmann, S. 401 ff., 423 zu; er stellt die These auf, der Blockgedanke sei 1913 zum politischen Credo der Rechten geworden; sie wertete ihr Kartell als Gegengewicht zur „gesamtdemokratischen Interessengemeinschaft“ (!), S. 402.

²⁵⁾ Stegmann, S. 348, 427 ff.

Sozialpolitik deutliche Grenzen steckte. Diese nachweisliche Entwicklung hindert Fischer nicht daran, den Frondeuren der Rechten — im Fall der DDR-Literatur: der revolutionären Linken — zu bescheinigen, sie hätten die Zukunft für sich gehabt, obwohl er an keiner Stelle seiner Werke exakte, d. h. nachprüfbare Auskunft über Trägergruppen und Mitläufer der militanten Rechten liefert. Die von ihm betonte Kontinuität der Konfrontation zwischen dem „Kartell der raffenden Hände“ und den entschiedenen Demokraten von den Vorkriegsjahren über die Krisensituationen des Weltkriegs und die Revolution 1918/19 bis hin zur Endphase der Weimarer Republik gibt noch keinen Aufschluß über die Einfluß- und Machtchancen der Kräfteformationen in Wirtschaft und Gesellschaft auf die deutsche Politik, die keineswegs geradlinig vom Rechtskartell über die Diktatur der OHL zum Hitler-Regime verläuft. Das wird an der Beweisführung deutlich, mit der Fischer seine unterschiedliche Bewertung der Durchschlagskraft der Blöcke untermauert. So muß man ihm zwar in einigen Punkten zustimmen: daß am Scheitern der Gesetzesinitiativen der Liberalen oder des Linksblocks im Reichstag die Ohnmacht der Reformen gegenüber den regierenden herrschenden Klassen und Institutionen (Kaiser, Militär, Bürokratie, preußisches Staatsministerium, Bundesrat, Herren- und Abgeordnetenhaus) abzulesen sei, oder daß die Regierung den Machtfaktor Reichstag, den sie fürchtete, umging, wo immer sie auf den Verordnungsweg ausweichen konnte (z. B. in einer so wichtigen Frage wie der Wiederaufhebung der 1911/12 im Reichstag beschlossenen Zollsenkung zur Erleichterung der Fleisch-einfuhr). Aus diesen Indizien aber die Schlußfolgerung abzuleiten, die konservativen Kräfte hätten freie Bahn gehabt, ihre Interessen wahrzunehmen und die Regierung zum Vollstrecker ihrer Willensbekundungen zu bestellen, ist nur angängig, wenn man die Gegenprobe macht: welche Verstöße der Rechten parierte die Regierung?, welche reaktionären Gesetzesinitiativen scheiterten an bürokratischen Bedenken?, usw.

Erst wenn man die Fähigkeit der Rechten, Reformpläne der linken Mitte zu blockieren, mit dem Widerstand in der Regierung und im Reichstag gegen die Machtansprüche und Forderungen der sogenannten herrschenden Klassen an die Regierung vergleicht, kann man die Behauptung verifizieren, daß die Rechte das Herrschaftsmonopol innegehabt habe. Die Niederlagen der Regierung und erst recht die Niederlagen der Rechten bei ihren Versuchen, mit Gesetzen oder Verordnungen den ihnen

unerwünschten sozialen Nebenfolgen des deutschen Eintritts in den Kreis der führenden Industrienationen entgegenzuwirken, müssen berücksichtigt werden, wenn man den Stellenwert der konservativen Kräfte im Regierungssystem vor 1914 bestimmen will. Man kann die Flucht der Konservativen und der „nationalen Opposition“ (beispielsweise BdL, AdV, Preußenbund) in die Demagogie sowie die in die Öffentlichkeit getragenen Intrigen und Konspirationen gegen den Kaiser oder ein Phänomen wie die „Bethmann-soll-weg“-Kampagne doch wohl kaum anders denn aus dem Gefühl ihrer zunehmenden Isolierung erklären: Aus Verzweiflung über den drohenden Privilegien- und Machtverlust begann man, das Heil in einer konterrevolutionär-nationalistischen Massenbewegung zu suchen.

Der Widerspruch zwischen den unbestreitbaren Machtbastionen, die die Konservativen innehatten, und der Unsicherheit über ihre Zukunft, die einem Katastrophenstrategen wie z. B. Heydebrand vollauf bewußt war, ist der Punkt, den Fischer erhellen müßte, um seine Deutung aufrechterhalten zu können. Er übernimmt zwar — vor allem von Puhle²⁶⁾ — Thesen über den Gestalt- und Stilwandel der Konservativen, sieht aber das skizzierte Problem nicht; auch die von seinem Schüler Stegmann aufgezeigte Kontinuität, daß die Reichskanzler von Caprivi über Hohenlohe und Bülow bis zu Bethmann Hollweg, in zunehmendem Maße auch Wilhelm II., für eine konservative Gewaltpolitik (Staatsstreichpläne) nicht zu gewinnen waren²⁷⁾, die Staatsstreichpläne der Rechten sich also ebenso gegen die Regierung wie gegen die SPD und die bürgerlichen Reformen richten mußten und tatsächlich richteten, ist für Fischer kein Anlaß, die Einflußchancen der Konservativen auf die Regierung und auf die deutsche Politik genauer zu bestimmen.

Die Ambivalenz der Reformbewegungen

Die Reformvorstöße scheiterten nicht nur, wie es Fischer behauptet, an der Halbherzigkeit der Reformen, — an ihren Hemmungen, den Konservativen zu nahe zu treten —, sondern mindestens ebenso an den taktischen Fehlern der SPD. Das Wort Reformisten, die Herrschaft der Konservativen dauere an, solange die stärkste Linkspartei an ihrer Abstinenzpolitik festhalte, enthält mindestens soviel Wahrheit wie die These von der Entpolitisierung und Assimilierung des Bürgertums an die Wert-

²⁶⁾ S. die in Anm. 10 zitierte Studie von H. J. Puhle.

²⁷⁾ Stegmann, a. a. O., S. 120 et passim.

welt des Junkertums. Bevor die Reformisten in der SPD und die Linkskräfte in den bürgerlichen Parteien ihre Einsichten durchsetzen konnten, mußten sie innerparteiliche Scherbengerichte in Kauf nehmen: Ihre Niederlage bei dem Versuch, gegen die Beharrungskraft, die jeder Organisation innewohnt, eine flexiblere Parteistrategie durchzusetzen, ist mit anderen Kategorien als dem Verzicht auf eine selbständige Rolle gegenüber den Machtansprüchen der Konservativen zu beurteilen. Die Sorge in der SPD vor einer ideologischen Aufweichung, die die Klassenkampfpartei ununterscheidbar vom bürgerlichen Sozialliberalismus machen würde, behinderte jeden Vorstoß, die Reformfähigkeit und die Chance zur Strukturverbesserung durch eine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Reformen im System unter Beweis zu stellen.

Da die SPD, solange sie nicht zur Alleinherrschaft gelangte, nur in Koalitionen mit den bürgerlichen Parteien der Arbeiterschaft Verbesserungen sichern konnte, rückte der Zeitpunkt heran, an dem sie zwischen der Abwartetaktik und dem Risiko wählen mußte, Wähler an die liberalsozialen Parteien zu verlieren; diese warben ja mit sozialen Parolen um Arbeiterstimmen, um den steigenden Stimmenanteil zu bremsen und die eindrucksvolle Organisationsmacht der SPD zu unterlaufen. Die Integrationsideologie des sogenannten Kautskyanismus sank in den letzten Vorkriegsjahren immer mehr zur Abwehrschlacht gegen den Sozialliberalismus herab, der die Arbeiterschaft mit dem Staat ausöhnen wollte. In der Praxis verlor der Kautskyanismus in dem Maß an Bedeutung, in dem klar wurde, daß die SPD die bürgerlichen Reformer nicht anspornen konnte, ihre Forderungen gegen die Konservativen durchzukämpfen und damit Vorarbeit für die SPD zu leisten, wenn die SPD während der Phase dieser Auseinandersetzung nicht zumindest wohlwollende Neutralität gegenüber den liberalen Reformern übte. Fischer erwägt nirgends die Möglichkeit, daß die Reformbewegung ins Stocken geraten konnte, weil die SPD die Sorge um ihre Identität und ihre organisierte Macht höher stellte als das Interesse an einer Reformkoalition, die bestenfalls punktuelle Fortschritte zu erzielen vermöchte — aber dafür von der SPD Kompromißwilligkeit verlangte. Die Tatsache, daß Parteien genötigt sind, ihre Interessen gleichzeitig gegen verschiedene Gegner mit taktischen Manövern durchzusetzen, trifft in Fischers Konzeption auf kein Verständnis.

Das Verhältnis von Regierung und Rechtskräften in der Sicht Fischers

Man hat Fischer wiederholt die Zuflucht zu der Methode angekreidet, mißliebige Tatsachen — wie die Distanzierung der Reichsleitung von den Staatsstreichplänen der nationalen Opposition — auf bloße taktische Kalkulationen zurückzuführen. Er rettet auf diese Weise seine These, daß die Amtsträger auf dem gleichen Boden gestanden hätten wie die in der Öffentlichkeit propagandistisch agierenden Exponenten einer Unterdrückungspolitik gegenüber den Emanzipationsbewegungen der Arbeiterschaft und Teilen des Bürgertums. Indem Fischer die „wahren“ Intentionen der Machthaber aus Verbandsresolutionen, Eingaben und Zeitungsartikeln herausdestilliert, gelingt es ihm dann auch, die deutsche Politik am Vorabend des Ersten Weltkriegs als Siegeszug der unheiligen Allianz von Alldutschen, Schwerindustrie und Großagrariern zu deuten oder gar als vorrevolutionäre Situation im Sinne des verschärften Interessenkonflikts der „Haves and Have-Nots“ hinzustellen. Die Ergebnisse seiner Interpretationen erscheinen unangreifbar, solange man nicht die Methode unter die Lupe nimmt. Dann gewinnt man den Eindruck, als ständen Abqualifizierung taktischer Handlungsmotive und Konzentration auf Interessenverbände und deren Resolutionen in einem Zusammenhang.

Wird mit dem ersten der Zweck verbunden, den Reichstag als Forum der Kompromißbildung und des Taktierens der Parteien²⁸⁾ unter die „Quantités négligeables“ für eine Bestimmung der Machtzentren in Deutschland einzuufen zu können²⁹⁾, so suggeriert die Kon-

²⁸⁾ Das ist auch von Fischers Standpunkt aus unlogisch. Denn es ist nur berechtigt, das Zentrum zu den konservativen Kräften zu zählen, wenn man herausstellt, daß das taktische Geschick des Zentrums, vor allem die Absprachen zwischen Zentrum und Konservativen über die Arbeit im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus dazu mithelfen, das komplizierte deutsche Regierungssystem einigermaßen intakt zu halten. Fischer interessiert keine „Details“ wie die Tatsache, daß nur das Zentrum und nicht die Nationalliberalen oder das „Bürgertum“ die Illusion der Konservativen und der Regierung zerstören konnte, sie würden den konservativen Kurs beibehalten können, ohne ihn durch liberale oder soziale Zugeständnisse für die anderen Gruppen erträglicher zu gestalten. Nur das Zentrum war stark und unabhängig genug, um den Konservativen zu demonstrieren, daß sie sich entweder allein dem Zug der Zeit entgegenstellen oder Konzessionen machen mußten, um dem Zentrum zu helfen, das Gesicht als Volkspartei zu wahren.

²⁹⁾ Reichstag und Parteien sind für Fischer sekundäre Durchgangsstufen, die von den anderen Kräften manipuliert und beherrscht werden, also keinen eigenständigen gestaltenden Einfluß ausüb-

zentration der Analyse auf die Interessengruppen und Verbände, daß der Autor den Mächtigen auf der Spur sei. Nun ist nicht zu leugnen, daß die innenpolitische Blockbildung mehr im Bereich der Verbände als in dem der Parteien oder gar des Reichstags anzutreffen ist, — und zwar im Gegensatz zu den Hoffnungen und Spekulationen der Reformen —, und daß die Einwirkungen der Wirtschaftsverbände und Wirtschaftsführer (zwei Wirkungsformen, deren Bedeutung und teilweise Gegenseitlichkeit Fischer nicht immer genügend auseinandehält) den Denkhorizont und das Handeln der Reichsleitung und der preußischen Bürokratie entscheidend beeinflußt haben. Fischers Deutung beschränkt sich an entscheidenden Stellen seiner Argumentation³⁰⁾ auf eine Analyse der außerparlamentarischen Kräfteformationen, beansprucht jedoch, eine umfassende Analyse der Geschichte Vordrutschlands zu sein.

Die Fehlerquellen sind offensichtlich: Wenn z. B. das Kartell der schaffenden Stände als Abwehrblock gegen den Einfluß des Hansabundes auf das Bürgertum, gegen die Machtstellung der SPD sowie gegen die Bildung einer Linkskoalition im Reichstag nach den Wahlen von 1912 erneuert wurde, — und zwar mit dem ausdrücklichen und erklärten Zweck, ein Gegengewicht zur wachsenden Bedeutung des Reichstags in der deutschen Politik zu bilden —, dann müßte Fischer, der diese Zielsetzung richtig konstatiert, seine Beurteilung des Stellenwerts des Reichstags in Zweifel ziehen. Man gewinnt jedoch den Eindruck, als widme Fischer dem außerparlamentarischen Raum sein Augenmerk, weil die dort wirkenden Kräfte weniger dem Handlungs- und Entscheidungszwang unterstellt sind, und die Analyse sich daher mit der Interpretation pauschaler, an die Außenwelt gerichteter Adressen begnügen kann. Dieser Eindruck stützt sich auf folgende methodische Mängel

ten. Die marxistische Literatur fand den Rechtfertigungsgrund für die Vernachlässigung des Reichstags als Entscheidungsebene der Politik darin, daß der Parlamentarismus bekanntlich der Bourgeoisie dazu diene, das Volk zu betrügen — S. D. Fricke, Die bürgerlichen Parteien und die Lebensfragen der Nation, ZfG, XI, 1963, S. 56. Indem Fischer bei den Verbänden und deren Resolutionen verweilt, beschränkt er seine Analyse auf einen Bereich, in dem der Zwang zur Zweck-Mittel-Relation nur selten besteht; Verbände können sich aufs Postulieren beschränken, Parteien und Regierung müssen hingegen den kürzesten Weg gegen die geringsten Widerstände finden, also taktisch operieren.

³⁰⁾ Zum Folgenden s. F. Fischer, Krieg der Illusionen, Düsseldorf 1969, bes. S. 41 ff., 53, 59 ff., 100 ff., 381—413 u. a. O. Die Kritik trifft die Arbeiten von Witt und Stegmann nicht in gleicher Schärfe.

Fischers: Er prüft nur in Ausnahmefällen das politische Handeln und bietet keine Fallstudien zum Entscheidungsprozeß an. Statt dessen stützt er seine Argumentation mit Zitaten aus apodiktischen Resolutionen von Verbänden, die nicht selber zum gesamtgesellschaftlich verantwortlichen Handeln gezwungen sind, sondern in ihren Resolutionen vielmehr andere Instanzen — die Reichsleitung, den Kaiser, die Bürokratie — zum Handeln auffordern; dabei wird dem Leser vorenthalten, wie die Amts- und Entscheidungsträger auf das Ansinnen reagierten, als Exekutor der herrschenden Klassen zu fungieren.

Die Stichhaltigkeit seiner Argumentation muß man auch in Frage stellen, wenn man beobachtet, daß Fischer es unterläßt, den Mechanismen, über die — nach seiner Deutung — die herrschenden Klassen mit Bürokratie und Militär kollaborierten, im einzelnen nachzuspüren oder darüber Auskunft zu geben, ob die „konservativen“ Institutionen die anderen politischen Kräfte in Deutschland (also etwa SPD und Gewerkschaften, Hansabund, Zentrum) und die Entwicklungstrends ähnlich beurteilten wie die konservativen Machteliten. Man müßte vor allem die Frage stellen, ob sie gegenüber den Ratschlägen, die sie vom BdL, AdV oder der Schwerindustrie für die Behandlung der Gegner des Systems erhielten, ein offenes Ohr zeigten.

Ebenso wäre zu prüfen, ob die latente Bereitschaft zur sozialen Reform auf Seiten der Regierung (bis zum Frühjahr 1913, vor den Wehrevorlagen)³¹⁾ und der bürgerlichen Parteien noch auf der Linie der Bismarckschen Politik lag, Sozialistengesetz und Sozialpolitik im Dienst der Systemerhaltung zu sehen, oder ob die ähnliche Disposition der Reichsleitung und der bürgerlichen Mittelparteien in der Sozialpolitik die Aussicht auf eine alternative Mehrheitsbildung, — die Anlehnung der Regierung bei den Mehrheitsparteien im 1912 gewählten Reichstag —, eröffnete. Die Rechte agitierte bekanntlich so, als ob die Reichsleitung Bethmann Hollweg diesen Linksruck bereits eingeleitet habe. Fischer schließt dagegen aus dem Wunsch der mehrseitigen Pressionen aus-

³¹⁾ Stegmann, S. 277. Die Sozialpolitik stagnierte in allen am Wettrüsten beteiligten Ländern, die auch aus anderen Anlässen von Streikwellen, innenpolitischen Frontbildungen etc. erfaßt wurden. Ich brauche nicht den alten Vorwurf zu wiederholen, daß Fischer sein Begriffsinstrumentarium schärfen und die Problemidentifizierung präzisieren könnte, falls er einen Blick auf die verwandten Probleme der anderen europäischen Industrienationen geworfen und aus dem Vergleich der Gründe und Umstände, die zur Bewältigung, Kriterien zur Beurteilung der deutschen Situation entwickelt hätte.

gesetzten Regierung, vorläufig auf dem Status quo in der Wirtschafts-, Sozial- und Verfassungspolitik stehen zu bleiben, auf eine Interessengemeinschaft mit der Rechten. Verbale Übereinstimmungen zwischen dem Wortlaut der Resolutionen des Kartells der schaffenden Stände und Delbrücks als Sprecher der Regierung scheinen ihm zu genügen, um ein derartiges Bündnis in der Wirtschafts-, Verfassungs- und Sozialpolitik zu behaupten. Dabei bleibt völlig außer acht, daß Nationalliberale und Zentrum, z. T. auch noch Bethmann Hollweg und Delbrück im Winter 1913/14 in einer weitergehenden Sozialpolitik das Mittel erblickten, um der SPD Agitationsstoff zu entziehen und das eigene Ansehen als sozial gesinnte Politiker zu behaupten, während die Rechte in dieser Taktik ihrer vermeintlichen Partner, in der „Sozialduselei“, einen Weg ins Verderben sah und deshalb die Politik der Regierung, des Zentrums und der Nationalliberalen angriff.

Man kann also wohl kaum davon sprechen, daß die Regierung und die bürgerliche Mitte sich zum Büttel des Kartells der schaffenden Stände hergeben oder deren reaktionäre Absichten befördern wollten. Man würde auch gern Belege für die These erhalten, daß die Regierung, indem sie den vom Kartell geforderten Stop der Sozialpolitik — aus welchen Gründen immer, sei hier offengelassen — proklamierte, das Feld der Sozialpolitik faktisch der Repressionspolitik der Wirtschaftsverbände freigab³²⁾.

Die Machtakkumulation auf seiten der Wirtschaftsführer und ihre sozialen Kontakte zu Mitgliedern der preußisch-deutschen Regierung mögen zwar eine politische Handlungsgemeinschaft bzw. eine Willfährigkeit in den regierenden Stellen gegenüber den Pressionsmanövern der Interessengruppen anzeigen, aber sie können keine Analyse des Regierungssystems unter dem Aspekt „wer regierte eigentlich in Deutschland“ ersetzen³³⁾. Da

³²⁾ Mir fällt auf, daß Fischer trotz eines gewissen Vorsprungs bei der Benutzung der in der DDR liegenden Akten des preußischen Staatsministeriums und der Reichskanzlei kaum einmal Belege aus den Archiven für seine gravierenden Behauptungen erbringt, sondern vielmehr an entscheidenden Stellen der Argumentation lediglich Zitate aus den Hausorganen der Verbände ins Treffen führt; d. h., er führt polemische Zeugnisse der Flügelparteien als Kronzeugen in den Prozeß der historischen Meinungsbildung ein. S. Fischer, *Krieg der Illusionen*, S. 381 ff., 412; ähnliches gilt gelegentlich auch für Stegmann, z. B. S. 418.

³³⁾ Die Aufzählung der Personalunionen etc. verwischt darüber hinaus die Gegensätze zwischen Parteien und Verbänden, die für die politische Auseinandersetzung in Deutschland vor 1914 kennzeichnend sind.

Fischer weder seine Begriffe „Herrschen“ und „Regieren“ klärt noch schildert, wie Regierungsakte zustandekommen, verwickelt er sich obendrein in Widersprüche. Behauptet er an einer Stelle (S. 61), die Regierung sei den Weisungen der Schwerindustrie und Großagrarien gefolgt, als sie die Kampfpapole gegen die SPD wiederholt ausgab, so muß er an anderen Stellen konzedieren, daß die Regierung und die bürgerlichen Fraktionen im Reichstag den von jenen Kräften gewünschten Ausnahmegeetzen ihre Zustimmung verweigerten. Fischer läßt außerdem die naheliegende Frage unbeantwortet, wer denn von den Frondeuren zum Handeln bereitstand, da ihnen die aus innen- und außenpolitischen Gründen ablehnende Haltung der Reichsleitung und des Kaisers gegen einen Präventivkrieg nach innen bekannt war³⁴⁾. Der Rechten drohte darüber hinaus der Verlust ihres wichtigsten politischen Privilegs: Sie mußte nicht nur Neuwahlen fürchten, da ihr die Unterstützung des Regierungsapparats im Wahlkampf nicht mehr gewiß war, sondern auch mit der Möglichkeit einer Reichstagsauflösung gegen die Konservativen rechnen; wäre das eingetreten, so wäre der Umbruch in den deutschen Machtverhältnissen vollzogen worden, denn Reichstagsauflösungen hatten bislang immer dazu gedient, den Links- oder Reformkräften das Rückgrat zu brechen³⁵⁾.

Der konservative Grundzug der deutschen Politik und die Isolierung der Konservativen

Die Paradoxie, daß die deutsche Politik auf einem konservativen Kurs gesteuert wurde, während die Konservativen zunehmend in die Isolierung gerieten, wird von Fischer nicht berücksichtigt. Er sieht nicht den Widerspruch zwischen seiner These und der Tatsache, daß das Rechtskartell als Organisation des laut-

³⁴⁾ Wir konnten bei Fischer keinen Beleg dafür finden, daß die Kerngruppen des Kartells das Risiko einer Klassenkampfsituation wagen bzw. wie sie die Regierung aus ihrer Zurückhaltung in dieser Angelegenheit herausholen wollten. Fischers Schüler zitieren frappierende Aussagen von Tirpitz, Wangenheim, Roesicke u. a., aus denen hervorgeht, daß die konservativen Führungskräfte ähnlich wie die SPD-Führung das Stehvermögen ihres Anhangs in Krisensituationen bezweifelten und den Konflikt scheuten, s. z. B. Witt, S. 141, 238; Fischer, S. 168.

³⁵⁾ Ich verdanke G. A. Ritter den Hinweis auf die Bedeutung der „Konvention“, daß die preußisch-deutschen Regierungen das Recht zur Reichstagsauflösung immer nur gegen „links“ nutzten, vor einer Auflösung gegen die Rechte — zuletzt 1909, als Bülow das Drängen der Nationalliberalen unbeantwortet ließ — aber stets zurückschreckten; s. *Historisches Lesebuch*, 2, 1871—1914, Fischer-Bücherei, 1967, S. 19.

starken Protests der verdrossen-unzufriedenen Rechten gegen die Strategie der Regierung Bethmann Hollweg/Delbrück 1913 erneuert wurde. Das Rechtskartell bezweckte eine Gegenaktion gegen die Annäherung von Zentrum und Nationalliberalen und deren Strategie der Distanzierung von den konservativen Beharrungskräften. Vor allem das Zentrum entwickelte taktische Varianten, um seinen Einfluß abzusichern; es wünschte weder einen zu starken Rechtsruck im Reichstag noch eine Vorherrschaft von sozialen und liberalen Demokraten (wie im badischen Linksblock) noch eine Schlüsselstellung nationalliberaler Kulturkämpfer in einer die Regierung stützenden Mehrheit (wie im Bülow-Block). Der Verdruß darüber, daß die Konservativen die Hilfe des Zentrums (etwa in der Reichsfinanzreform) nutzten, ohne Gegenleistungen zu gewähren, und der Wettbewerb um die Arbeiterschaft in katholisch-industriellen Regionen gerade 1911/1913 zwischen christlichen und freien Gewerkschaften lockerten die Beziehungen zwischen den Partnern der zweiten Reichsgründung, der Sammlungspolitik und der Reichsfinanzreform. Die eigentlichen konservativen Interessengruppen (BdL, Schwerindustrie) wurden in die Rolle der „nationalen Opposition“ hineingedrängt, als die früheren bürgerlichen Partner der Konservativen innenpolitische Forderungen anmeldeten und gleichzeitig in den nationalen Fragen (Militär- und Flottenvorlagen) der Rechten das Monopol der nationalen Zuverlässigkeit bestritten³⁶⁾.

Fischer weicht diesem Sachverhalt aus, indem er Nationalliberale und Zentrum undifferenziert zu den konservativen Schichten rechnet. Das ist für eine Bestandsaufnahme, die auf die Schwerpunkte der Interessenpolitik der Parteien achtet, im begrenzten Maße durchaus zulässig: Zentrum und Nationalliberale gelten als systemkonforme Parteien der konstitutionellen Monarchie; sie neigten zu Kompromissen mit den Konservativen, um die von ihnen vertretenen Interessengruppen zu befriedigen und halfen die Reformvorstöße der Linken blockieren, wirkten also vom Ergebnis her gesehen ausgesprochen konservierend. In den für die Rechte — nach Fischers Deutung — zentralen Fragen einer Wahlrechtsverschlechterung, einer Finanzpolitik zu Lasten der Konsumenten oder der Verwirklichung der Ständeideologien dachten die bürgerlichen Parteien — Zentrum und Nationalliberale — jedoch nicht daran, Änderungen im Sinn der Konservativen zuzulassen. Vielmehr hatten sie ein existenzielles Interesse daran, den Staat

nicht noch mehr an die „preußischen Junker“ auszuliefern³⁷⁾.

Auf die Frage, ob die Gruppen, die Fischer zu den Trägern und Urhebern des konservativen Grundzugs der deutschen Vorkriegspolitik rechnet, unter konservativ „Beharren“ verstanden oder „schrittweise Reformen“ (wie die englischen Konservativen oder die Nationalliberalen in der Bismarckzeit), findet man bei Fischer kaum eine Antwort. Die Rechte erkannte, wie gefährdet ihre Position war; sie wußte, was der Konkurrenzdruck der Freien Gewerkschaften auf die christlichen Gewerkschaften oder der Aufstieg Erzbergers in der Zentrumsfraktion nach dem Ausscheiden Hertlings, des Fürsprechers des schwarz-blauen Blocks 1909, aus dem Reichstag bedeutete. Sie fürchtete, daß die Mitte und Linke der schwachen Regierung die Zügel entreißen und sie zu weiteren Beschlüssen zu Lasten der Besitzenden (in der Steuergesetzgebung) in der Nachfolge des Erzberger-Bassermann-Kompromisses zwingen könnte. Nach dem Fehlschlag der innenpolitischen Krisenstrategie des Tirpitz-Planes^{37a)}, — d. h. des Versuches, mit dem Flottenbau ein Palliativ zu schaffen, das die Arbeiterschaft materiell befriedigen, sie politisch aber wie zuvor das Bürgertum vom Entscheidungsprozeß fernhalten wollte, und durch die Inaktivierung des Bewilligungsrechts des Reichstags (über die Einführung eines „Eisernen Etats“) die demokratischen Reichsorgane auszutrocknen —, wurde für die Regierung das Gebot der Rücksichtnahme auf Parteien und Parlamente unumgänglich. Das Scheitern der Tirpitzschen Hoffnungen, den Flottenbau ohne Steuererhöhungen aus der wachsenden Wirtschaftskraft des Landes zu finanzieren und insoweit den innenpolitischen Konsens zwischen bürgerlichen und agrarischen Interessen zu erhalten, mußte die Chancen der Parlamentarisierung und Demokratisierung des preußisch-deutschen Konstitutionalismus steigern. Die Gefährdung der Position der Rechten und das wachsende Machtbewußtsein der Mitte sowie das relative Sicherheitsgefühl der SPD, — daß Regierung und Konservative eine Auseinandersetzung mit ihr scheuen mußten —, berechtigen dazu, anders als Fischer die Offenheit der innenpolitischen Situation in den letzten Vorkriegsjahren hervorzuheben.

Die Repolitisierung der Parteien

Die ungenügende Differenzierung zwischen den Schattierungen in den großen politischen

³⁷⁾ Stegmann, a. a. O., S. 121.

^{37a)} Vgl. V. R. Berghahn, Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II., Düsseldorf 1971.

³⁶⁾ Stegmann, a. a. O., S. 323 ff., 444; Fischer, a. a. O., S. 168.

Lagern der Linken, Mitte und Rechten führt dazu, daß Fischer einen der entscheidenden Vorgänge vor 1914 verkennt: ich meine den Prozeß der Repolitisierung der Parteien. Die wichtigsten Indizien dafür sind die Abwehrgefechte der bürgerlichen Mittelparteien gegen die Infiltration seitens der Wirtschaftsverbände — wozu Fischers Schüler Stegmann eindrucksvolles Material veröffentlicht hat³⁸⁾. Aus ähnlichen Gründen motiviert ist die Distanzierung der Regierung Bethmann Hollweg/Delbrück von der Ständeideologie der Wirtschaftsverbände und ihr Versuch, die Dominanz der Verbände zu verhindern. So bedeutungsvolle Ereignisse wie der Bruch zwischen den von Bassermann und Stresemann geführten Nationalliberalen und der Schwerindustrie, die eine Kampagne gegen die Nationalkommunisten finanzierte³⁹⁾, oder andere Vorgänge, die man als Indizien einer Linksschwenkung, einer Repolitisierung der bürgerlichen Mittelparteien sehen muß, verschwinden in Fischers Aufriß der deutschen Politik als nahezu belanglose Episoden, gemessen an den sogenannten wahren Interessen an einer Bürgerfront gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie und an den Bekenntnissen zum nationalen Machtstaat und Weltmachtstreben⁴⁰⁾.

Angesichts der zunehmenden Vertiefung der Kluft zwischen Reichsleitung oder Reichstag einerseits und Bund der Landwirte, Alldeutschen, Schwerindustriellen andererseits ist die These vom Interessenbündnis zwischen den Trägergruppen der Sammlungspolitik und der Regierung zumindest eine waghalsige Konstruktion, die nur glaubhaft werden kann, wenn sie durch „case studies“ über den Entscheidungsprozeß in wichtigen Fragen untermauert werden würde. Die Arbeiten seiner Schüler — Witts über die Reichsfinanzreform und die Finanzierung der Wehrvorlagen, Stegmanns über die Sammlungspolitik — bringen zwar neues Material, das verdeutlicht, daß Bethmann Hollweg trotz der anerkennenden Worte, die er für die Sozialdemokratie fand,

³⁸⁾ Stegmann, a. a. O., S. 433, 166, 284 f., 367, 416 ff.; vgl. die obigen Ausführungen über das Jubiläumsjahr 1913.

³⁹⁾ Stegmann, a. a. O., S. 148 ff., 284, 221 ff., 318 ff., 364 ff., 399 ff., 405 ff., 423, 443 ff., 455, enthält glänzende Analysen des Verhältnisses zwischen Nationalliberalen und Wirtschaftsverbänden.

⁴⁰⁾ Fischer läßt seine Leser dabei im Unklaren, warum er Meinungsäußerungen der Rechten für bare Münze nimmt (s. Anm. 32), Standortbekundungen der Nationalliberalen aber übergeht, wonach ihr Eintreten für eine nationale Wirtschaftspolitik noch kein Plädoyer für das Leipziger Kartell sei, sondern im Gegenteil die Distanzierung von den Sammlungsparolen der Alldeutschen, des BdL und des CVdI erleichtern sollte; s. Stegmann, S. 432.

und trotz der Verstimmung über die Katastrophenstrategie der Konservativen, auch weiterhin auf die Rechtskräfte stärker Rücksicht nahm⁴¹⁾ und nehmen wollte als auf die Mittelparteien oder den Linksblock. Sie zeigen aber auf der anderen Seite auch die wachsende Bedeutung des Reichstags und die Notwendigkeit für die Regierung sowie deren Bemühen, einem Konfliktkurs mit Reichstag und SPD auszuweichen und statt dessen der Stimmung in der Volksvertretung entgegenzukommen.

Fischers Deutung wäre nur dann überzeugend, wenn sie zeigen könnte, daß das Rechtskartell nicht die gleichen konstitutiven Schwächen aufwies, die die Handlungsfähigkeit der Reformen oder des Linksblockes beeinträchtigten. Die Sammlung der Rechten hatte ebenso unter dem Vereinspatriotismus und den Interessengegensätzen der Partner Bund der Landwirte, Centralverband deutscher Industrieller und Mittelstandsvereinigung bei der Konkretisierung ihrer prinzipiellen Forderungen zu leiden, so daß es auch einer in taktischen Winkelzügen nicht sehr versierten Regierung wie der Bethmann Hollwegs gelungen ist, die Pressionen von rechts mit Verzögerungstaktiken und dem Hinweis auf die Widersprüche in ihren Programmpunkten zu parieren⁴²⁾. Anders formuliert: War das Rechtskartell — nach Fischer das Herrschaftskartell des Wilhelminischen Reichs — nicht vielleicht wie das Reich selber ein Koloß auf tönernen Füßen, eine mit Schlagworten errichtete Fassade, hinter der sich Interessengegensätze, taktische Differenzen, Egoismen und eine gewisse Handlungsfähigkeit verbargen⁴³⁾? Diese Frage stellen, heißt nicht, die Macht- und Einflußchancen der Rechten zu leugnen, sondern durch Auf-

⁴¹⁾ Witt, S. 337, 341, 365; F. Klein, (Hrsg.), Deutschland im Weltkrieg, S. 132 und Stegmann schildern die bis zum Kniefall oder zur Demütigung gehenden Versuche Bethmann Hollwegs, die Konservative Partei vor der Isolierung zu bewahren und ihnen Einfluß auf die Regierungsgeschäfte zuzugestehen.

⁴²⁾ Zur Charakterisierung der Blöcke s. Anm. 10.

⁴³⁾ Während z. B. Claß die Frontstellung gegen Bethmann Hollweg verschärfen wollte, mahnte der konservative Parteiführer Heydebrand, der ungekrönte König von Preußen (!), zu vorsichtigerem Taktieren, denn auf Bethmann Hollweg könne ein liberaler, reichstagsfreundlicherer Kanzler folgen — s. Stegmann, a. a. O., S. 415. Claß schildert auch eingehend, daß zwischen den Verbandsführern der Rechten vor 1913 kaum Kontakte bestanden hätten, daß das Mißtrauen zwischen ihnen aber auch nach den ersten Treffen durchaus erhalten blieb. Für Fischer sind diese Indizien eines Selbständigkeitsstrebens der „Kampfverbände“ der Rechten zur Eindämmung der demokratischen Regungen bedeutungslos; andernfalls müßte sein Bild der Machteliten differenzierter ausfallen.

werfen von „counterfactual questions“ die mögliche Einseitigkeit einer auf Selbstzeugnissen der Rechten gestützten Interpretation zu überprüfen.

Die Abwertung der taktischen Aspekte der Politik in Fischers Geschichtsbild

Der schwerste Vorwurf gegen Fischer betrifft die Grundlage seiner Methode: Eine Geschichtsschreibung, die einen unleugbaren Tatbestand der Politik ignoriert oder für irrelevant erklärt, kann nicht in der Lage sein, politisches Geschehen analytisch zu durchdringen. In der Bildung seiner Urteilkategorien setzt Fischer sich darüber hinweg, daß zum einen politisches Handeln ein Abwägen von größeren oder kleineren Übeln, von Zielkonflikten, primären Interessen und unbeabsichtigten Nebenfolgen ist, und zum anderen, daß Politik wegen des Zwangs zum Optieren für sachliche Alternativen und Koalitionspartner eine persönliche Entscheidung impliziert, so daß Motivationsanalysen in die Rekonstruktion und Interpretation von Wirkungszusammenhängen eingebracht werden müssen⁴⁴⁾. In Fischers Konzeption ist kein Platz für den die deutsche Innenpolitik beherrschenden Komplex, der zugleich auch die politischen Strategien der Macht- und Einflußgruppen geprägt hat: ich meine die miteinander korrespondierenden Befürchtungen der Regierung und der SPD. Auf Seiten der Regierung die Sorge, daß die von der Rechten geforderten Kampfmaßnahmen gegen die SPD in ihr Gegenteil, nämlich in eine Annäherung oder Solidarisierung des Bürgertums mit der Arbeiterbewegung umschlagen könnten; auf Seiten der SPD-Führung und der Gewerkschaften die Sorge, die Partei würde in die Isolierung zurückgestoßen und die Zerschlagung der Organisation riskiert werden, falls die Arbeiterpartei den von den

⁴⁴⁾ Zur Verdeutlichung ein Beispiel: Bebel konnte situationsbedingt die Diskussion in der SPD um das preußische Wahlrecht durch den Hinweis auf die für die Partei bedeutendere, aber auch gefährdete Funktion des Reichstags entschärfen; auf diese Weise gelang es ihm, jeden über disziplinierte Wahlrechtsdemonstrationen hinausgreifenden Aktivismus seiner Anhänger zu bremsen. Für die Mittelparteien stellte sich das Problem, ob sie in der Personalpolitik, in der Verwaltungsreform, in der Wahlrechtsfrage oder in der Parlamentarisierung den Hebel zur Auflockerung des preußischen deutschen Machtgefüges ansetzen sollten. Zwar stellten alle Initiativen einen Angriff auf konservative Machtbastionen dar, aber der Wechsel der Angriffsfläche schwächte doch die Durchschlagskraft und die Erfolgchancen der Reformbewegungen. Die Beurteilung dieser Vorgänge ist aber nur möglich, wenn man die taktischen Bedingungen berücksichtigt und nicht nur das Ergebnis an den höher gesteckten Zielformulierungen mißt.

Radikalen angeratenen Konfliktkurs (Massenstreiks zur Erzwingung einer Wahlrechtsreform in Preußen) einschlage. Aus diesen Gründen tendierten die Regierung und die SPD-Führung zur Abwartetaktik.

Die Kehrseite zu diesem Immobilismus bildete die ideologische Dauerfehde, deren Notwendigkeit im politischen System des Bismarck-Reiches besonders Sauer⁴⁵⁾ herausgearbeitet hat. Wie die Regierung eine auf dem Standpunkt des Klassenkampfes beharrende SPD brauchte, um die bürgerlichen Parteien zu veranlassen, einen Preis für den vom „Staat“ gewährten Schutz zu zahlen, so benötigte auch die SPD den „Staat“ als Feindbild, um sich gegen Spaltungstendenzen in eine soziale, systemkonforme Reformpartei und eine „sozialistische Umsturzpartei“ zu schützen. Die Klassenkampfadeologie hatte die Funktion, das Gefühl des Anders-Seins und der Zusammengehörigkeit in der SPD zu zementieren und die Notwendigkeit einer organisierten Macht zu begründen. Fischer kennt nur den manipulatorischen Aspekt des Freund-Feind-Verhältnisses von Staat (Konservativen) und Arbeiterbewegung (SPD), er sieht nicht, daß Immobilismus und agitatorische Kampfhaltung zweier feindlicher Lager nebeneinander standen, ja, daß Regierung und SPD ein Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Konstellation hatten. Es hängt mit den Geboten der Selbsterhaltung zusammen, daß beide die Polemiken unter den überlieferten Schlagworten „Reichsfreunde-Reichsfeinde“ fortführten und davor zurückscheuten, am Status quo zu rütteln. Regierung und SPD wollten sich nicht der „Koalition im Werden“ bzw. dem Linksblock anschließen, um die programmatische Forderung der Wachablösung zu verwirklichen. Man trifft hier auf die Ursachen des Wechselspiels von Blockierung und Blockbildung, von ideologischer Dauerfehde, Neuauflage der Abwehrblöcke gegen die Bestrebungen des inneren Feindes und Versuchen, durch eine neue Formation der Kräfte, durch einen Reformblock, die Stagnation zu überwinden.

⁴⁵⁾ W. Sauer, Das Problem des deutschen Nationalstaats, in: H. Böhme, Hrg., Probleme der Reichsgründungszeit, Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 26, Köln-Berlin 1968, S. 471. Die Starrheit des Sozial- und Machtgefüges des Kaiserreichs habe den Organisationspatriotismus in der Arbeiterbewegung mit ähnlicher Wirkung stabilisiert wie die Fixierung der SPD auf die eigene Subkultur den revolutionären Habitus der Arbeiterpartei im Gespräch hielt und dem konservativen Sozialmilieu das Beweismaterial für die Beschwörung der Revolutionsgefahr, d. h. für die Propagierung ihrer Stiftungsideologie einer Sammlung der staatsert haltenden Kräfte an die Hand lieferte.

Die Mitte als „Koalition im Werden“

Die „Mitte“⁴⁶⁾, deren Wirkungsmöglichkeiten und Konturen unter dem permanenten Zwang eines Abwehrmanövers gegen rechts und links standen, existiert für Fischer anscheinend überhaupt nicht. Niemand wird leugnen, daß es in der deutschen Politik vor 1914 mehrere Strömungen gab, die ihre Aufgabe darin sahen, jene unfruchtbare Stagnation zu überwinden, die aus dem politisch-ideologischen Immobilismus der festumrissenen politischen Verbände auf den rechten und linken Flügeln und aus dem Lavieren der Zentrumsparterie resultierte; sie richteten ihre Spitze gegen die Flügelgruppen, die „Reaktion“ oder „Revolution“ auf ihr Banner schrieben, aber weder den Staatsstreich noch den Umsturz machen wollten oder konnten⁴⁷⁾. Jene Reformkräfte waren bereit, die Konsequenzen aus der Diskrepanz von ideologischer Verhärtung der Fronten und verschärftem Kampf um partikuläre Interessen zu ziehen. Sie boten sich der Regierung als Schutzmacht gegen die „nationale Opposition“ an, ohne die sogenannten gesunden konservativen Elemente aus der Regierungspolitik bannen zu wollen. Die „Mitte“

sah sich auf ein Bündnis mit der Regierung angewiesen, um den von ihr propagierten Weg der Reformen gehen zu können, ohne Gefahr zu laufen, in einen Links- oder einen Rechtsblock einverleibt oder zwischen den Extremen zerrieben zu werden. Dazu war die Einflußnahme auf die Regierung zugunsten einer Reformpolitik nötig, einer Reformpolitik, zu der sich wiederum die Regierung prinzipiell verpflichtet fühlte, um das Reich durch die Krisen der Weltpolitik steuern zu können.

Wenn diese Ideologie der Mitte, die einem in unzähligen Zeugnissen aus Regierungskreisen und aus Kreisen der Mittelparteien und der SPD (David, Südekum) begegnet, keine deutlichen Spuren in der deutschen Politik hinterließ, so heißt das noch längst nicht, daß die Mitte einflußlos gewesen wäre. Vielmehr ist auf ihr Wirken zurückzuführen, daß die latente Konfrontation der politischen Extreme nicht zum Konflikt führte, und — wenn man schon von Kontinuitäten spricht — sich eine politische Alternative anbot, die in der Phase des Zusammenbruchs der Monarchie (von der Bildung der Regierung Max von Baden bis zur Weimarer Koalition) auch faktisch zur Bildung einer Regierung der „Mitte“ führte.

Gegenpositionen zu Fischers Deutung der Machtverhältnisse im Kaiserreich

Eine gewisse Gegenposition zu Fischer nimmt die neuere ostdeutsche Literatur ein; denn indem sie dem Kaiserreich und dem organisierten Kapitalismus eine gewisse Integrationsfähigkeit zubilligt — mag sie auch auf Manipulationstechniken und verfälschtem Bewußtsein der Arbeiterklasse oder Verrat der sogenannten Arbeiteraristokratie beruhen —, löst sie sich nicht nur vom Klassenkampfschema. Vielmehr stellt sie die Existenz einer bürgerlichen Sozialreformideologie heraus und bescheinigt dieser eine Überzeugungskraft, die der Solidarisierung einer klassenbewußten Arbeiterbewegung entgegenwirken konnte. Denn

die Trägergruppen seien im Weltkrieg in der Lage gewesen, die Regierung Bethmann Hollweg zu konkreten Zugeständnissen an die organisierte Arbeiterbewegung zu veranlassen: aus diesem Erfolg leiten Ruge, Gutsche und andere⁴⁸⁾ die Anfälligkeit der SPD und der Gewerkschaften für das systemstabilisierende Verhalten der Mehrheitssozialdemokratie in der Endphase der Hohenzollern-Monarchie ab.

Systemkonformes Verhalten der Parteien

Systemkonformes Verhalten ist nun das Stichwort für die theoretische Konzeption, die den Gegenpol zu Fischer bildet. Lepsius⁴⁹⁾ geht

⁴⁶⁾ Die Konzeptionen der „Mitte“ und des Linksblocks überlagern sich streckenweise; beide schließen die SPD als Partner einer Reformbewegung ein: der Linksblock, indem er die SPD als aktives Mitglied vorsieht, die „Mitte“, indem sie — unter anderem auch unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten für die SPD, einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien beizutreten — die wohlwollende Neutralität der SPD einkalkuliert. Sie will ihrerseits bestrebt sein, die „legitimen“ Forderungen der SPD zu verwirklichen — teils, um die SPD zu befriedigen, teils, um den Aufstieg der SPD durch Erfolge der Reformpolitik zu bremsen.
⁴⁷⁾ S. Anm. 34. Vgl. ferner Witt, a. a. O., S. 141, 238; Fischer, a. a. O., S. 168.

⁴⁸⁾ Es ist offensichtlich, daß die ostdeutsche Geschichtswissenschaft hier den Wandel der Außenpolitik der DDR nachvollzieht, d. h. versucht, die Gefährlichkeit der Konvergenz-Ideologie zu enthüllen und die „Reinheit“ des Sozialismus in der DDR von der Anfälligkeit der SPD für sog. Reformkoalitionen mit den Vertretern des Monopolkapitals abzuheben — vgl. Anm. 3.

⁴⁹⁾ M. R. Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte, Festschrift zum 65. Geburtstag von F. Lütge, hrsg. von W. Abel, K. Borchardt, H. Kellenbenz, W. Zorn, Stuttgart 1966, S. 371—393.

von der Annahme aus, Deutschland sei das Land eines strukturell bedingten Mehrparteiensystems; von da aus gelangt er zu der — vor allem von Roth, Matthias und Lösche⁵⁰) am Beispiel der SPD erläuterten — Kernthese, daß die gesellschaftlichen Kräfte ihre Autonomie im Verfassungsstaat, nicht aber „Revolution“ oder „Reform“ angestrebt hätten. Er führt aus, warum die Integration der Subkulturen mit einer je eigenen kämpferischen Ideologie — Klassenkampf für die Flügelparteien SPD und Konservative, Kulturkampf für die bürgerlichen Mittelparteien Nationalliberale und Zentrum — systemstabilisierend wirken konnte: jene Konfrontationen hätten der Ausbildung gesamtgesellschaftlicher Konfliktsituationen entgegengewirkt. Das Interesse an der Erhaltung der Autonomie ihres Freiraums habe das Gesamtsystem, das ihnen diese Chance bot, gewissermaßen aus den innenpolitischen Auseinandersetzungen herausgehalten. Dank der Fixierung auf die eigene Subkultur — sehr deutlich ausgeprägt im Organisationspatriotismus der SPD — habe von ihnen keine Bedrohung für das bestehende System ausgehen können. Das Parteiensystem des Kaiserreichs sei der Ausdruck struktureller Konflikte, die vor der Reichsgründung bestanden hätten, aber da die Parteien im großen ganzen auf ihre einmal politisch mobilisierten Gesinnungsgemeinschaften begrenzt blieben, seien die Konflikte verewigt, ritualisiert worden. Sie hätten daher den Demokratisierungsprozeß subkulturell überformen und damit hemmen können⁵¹). Die Parteien seien in der Komplexität der Interessen ihres Milieus verfangen geblieben und hätten ihre politische Aktivität auf die Erhaltung ihres Einzugsbereichs gerichtet. Die Schlußfolgerung daraus lautet: Die vier politisch dominanten sozial-moralischen Milieus — Liberale, Konservative, Zentrum, SPD — wollten und konnten keine gesamtgesellschaftlichen Konflikte artikulieren. Die

⁵⁰) E. Matthias, Kautsky und der Kautskyanismus. Die Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem 1. Weltkrieg, in: Marxismus-Studien, 2. Folge, hrsg. von I. Fetscher, Tübingen 1957, S. 151—197; G. Roth, The Social Democrats in Imperial Germany. A Study in Working-Class Isolation and National Integration, Totowa 1963; P. Lösche, Arbeiterbewegung und Wilhelmismus. Sozialdemokratie zwischen Anpassung und Spaltung, in: GWU, XX, 1969, S. 519—533. Im Ansatz entwirft Morsey ein ähnliches Bild von der Zentrumsparterie — R. Morsey, Die deutschen Katholiken und der Nationalstaat zwischen Kulturkampf und Erstem Weltkrieg, in: HJb, Bd. 90, 1970, S. 31—63. Für die Liberalen und die Konservativen dürfte der Nachweis wegen der Verquickung ihrer Parteigeschichte mit dem Gang der Regierungsführung schwieriger sein.

⁵¹) Lepsius, a. a. O., S. 377.

Subkulturen führten den Kampf um die Demokratisierung des Verfassungssystems lediglich als rhetorische Auseinandersetzungen, wobei es mehr um die Ausweitung der Autonomie der einzelnen Milieus innerhalb der Gesamtgesellschaft als um die Demokratisierung der Gesamtgesellschaft ging. Da es zu keinen klaren, die soziokulturellen Milieus überwindenden Frontbildungen kam, habe es im Kaiserreich weder erfolgreiche Reformbewegungen noch revolutionäre Situationen geben können⁵²).

Ursachen der Blockierung deutscher Politik: Parteiensystem und Sozialstruktur

Lepsius' Thesen tragen dazu bei, das Phänomen der Blockierung im Bismarckreich zu erklären, das mit dem Selbstverständnis der Sozialdemokratie als revolutionärer, aber nicht revolutionäremachender Partei, und dem Interesse der bürgerlichen Mittelparteien (Zentrum, Nationalliberale) an der besonderen Form des deutschen Konstitutionalismus zusammenhängt. Mit seinem soziologischen Begriffsinstrumentarium faßt Lepsius Betrachtungen und Beobachtungen zusammen, die zeitgenössische Kritiker unter dem Etikett „Trinkgelderparlamentarismus“ polemisch abhandelten; er konstatiert jenes zwielichtige, vor allem von der Zentrumsparterie exemplifizierte Verhalten, die einerseits den Anspruch auf wirtschaftliche und soziale Partizipation am Sozialprodukt sowie kulturpolitische Mitspracherechte durchzusetzen versuchte und zu diesem Zweck ins Lager der Regierungsparteien übergang, andererseits aber den Schutzwall um ihren eigenen Bereich aufrechtzuerhalten trachtete und sich von der übrigen „Gesellschaft“ distanzierte. Man kann seit etwa 1905 beobachten, wie auch die Arbeiterbewegung, das zweite Stiefkind der Reichsgründung, — in diesem Fall vertreten durch die Gewerkschaften —, dem Zentrum in der Angleichung an das politische System nachfolgte, indem sie die Methoden anderer organisierter Interessen aufzugreifen suchte und Einflußchancen, die das System bot, nutzen wollte⁵³). Die ideologische Differenz zu den anderen sozialen Schichten wirkte

⁵²) Lepsius, ebenda, S. 392 f.

⁵³) Ohne sich von der SPD zu trennen, erklärten sie nach außen hin ihre Neutralität, um über alle ihnen offenstehenden Kanäle die Interessen ihrer Anhänger zur Geltung bringen zu können. Sie pochten auf das Recht, wie andere Verbände über Beiräte von der Regierung in den sie betreffenden Angelegenheiten konsultiert zu werden und gingen dazu über, innerhalb der SPD-Fraktion eine Art Sozialausschuß zu bilden, der sich um punktuelle Koalitionsabsprachen mit ähnlich eingestellten Flügeln in benachbarten Fraktionen bemühte.

auch hier als Identitätsgarantie für die Arbeiterbewegung weiter.

Lepsius übersieht aber mit seinen Thesen das Bestreben der vier Parteiengruppen, zu Volksparteien zu werden; er trägt nicht genügend der Entwicklung des deutschen Parteiwesens Rechnung, die von den Weltanschauungs- und Verfassungsparteien der 60er/70er Jahre zu den Interessenskonglomeraten im Gefolge der innenpolitischen Wendung Bismarcks und zu einer Repolitisierung der Parteien unter dem Druck des Konkurrenzkampfes mit den in den politischen Bereich vorstoßenden Interessenverbänden führte. Vor allem ist es fraglich, ob das von Lepsius „überflüssig“ genannte Bekenntnis der SPD und des Zentrums zum nationalen Gedanken das Demokratisierungstreiben dieser Parteien hemmte, oder ob es nicht vielmehr die Voraussetzung für verfassungs- und sozialpolitische Vorstöße bildet. Von Energievergeudung kann man in diesem Zusammenhang wohl nur sprechen, wenn man damit die Abwehrgefechte gegen die marxistische Linke meint, zu der sich die Reformisten in der SPD bei ihrem Versuche, die Machtchancen im System zu nutzen, gezwungen sahen. Für das Zentrum eröffnete das Bekenntnis zum Reichsgedanken den Weg zur Durchsetzung der von ihrer Fraktion vertretenen Interessen. Daß diese Einflußchancen letztlich nicht der politischen Demokratisierung der Gesamtgesellschaft (Parlamentarisierung) zugute kamen, lag weniger an der Anerkennung der sogenannten nationalen Notwendigkeiten durch Zentrum, Fortschrittspartei und schließlich Sozialdemokratie, als vielmehr an dem Zielkonflikt zwischen der Befriedigung der von diesen Parteien vertretenen Interessen und einem verfassungspolitischen Auftrag, den ihnen die Reformen und die Historiker zudiktieren.

In Lepsius' Deutung bleiben die Kräfte und Tendenzen unberücksichtigt, die mit nationalen Parolen ihren Ruf nach Verfassungsreformen einleiteten, jene Nationaldemokraten (wie Weber, Preuß, Haussmann, Neumann, Brentano, L. Frank), die in den Links- und Mittelparteien für eine stärkere Mitwirkung der Volksvertreter an der Regierung eintraten. Die Tatsache, daß die Parteien sich aufgrund der Führungsschwäche der Reichsleitung und der Polarisierung im sozialen Bereich gezwungen sahen, sich auf die Übernahme der Regierungsverantwortung oder wenigstens der Verantwortung für eine von ihnen gestützte und beeinflusste Regierung einzustellen, ist gerade für die letzten Vorkriegsjahre von Bedeutung, zumal den Parteien bewußt wurde, daß sie aufgrund der Schwächung der Regierungsposition im Verfassungssystem die Interessen

ihrer Anhänger nur durchsetzen konnten, wenn sie die Übernahme oder Teilhabe an der Macht anstrebten. Das Denkmodell von Lepsius ist wenig geeignet, die Wechselwirkung von Parteigeschichte und Verfassungsentwicklung, die gegenseitige Beeinflussung von Sozialstruktur und politischen Machtverhältnissen zu analysieren. Es dürfte kein Zufall sein, daß Lepsius' Ausführungen über die Liberalen und Konservativen, d. h. über die Parteien, deren Schicksal und Organisationsprobleme von Anbeginn von ihren Beziehungen zur Regierung und von ihrer Rolle als Regierungsparteien bestimmt wurden, wenig überzeugend ausfallen. Lepsius' Entwurf enthält jedoch die Erklärungsgründe für das Beharrungsvermögen des deutschen Konstitutionalismus.

Die auf den ideologischen Identifikationsnachweis und auf wirtschaftlich-soziale Abschlaggeschäfte ausgerichteten deutschen Parteien hatten ein Interesse an der Aufrechterhaltung eines Systems, das im Unterschied zum „in and out“ des Parlamentarismus sowohl die fortwährende Befriedigung der sozio-ökonomischen „Essentials“ in Aussicht stellte als auch die Integrationsideologien der Subkulturen unangetastet ließ⁵⁴). In allen Parteien behaupteten sich vor 1914 und nach 1919 die Kräfte, die die Autonomie ihres soziokulturellen Milieus höher bewerteten als die von „Außensternern“ formulierten Einsichten, daß Deutschland einen verfassungspolitischen Nachholbedarf wettzumachen habe, was nur durch Rückverwandlung der verwirtschaftlichen Parteien in verfassungspolitisch orientierte, d. h. auf die Regierungsverantwortung gerichtete Parteien zu bewerkstelligen sei⁵⁵). Die deutschen Parteien verhielten sich aber wie Staaten im Staate, die ihre Autonomie nach außen abgrenzen und

⁵⁴) Für das Zentrum meint das die Paritätsforderung und die Verankerung der kirchlich-klerikalen Grundrechte in der Reichsverfassung; damit suchte es die Unterwanderung seines Wählerreservoirs durch die SPD und den bürgerlichen Nationalismus abzufangen. Die Formel der Wachablösung hatte für die Liberalen eine ähnliche Bedeutung — sie wollten einen Erdbeben nach links oder rechts verhindern und durch Mobilisierung eines traditionellen Emanzipationsanspruchs ihren soziokulturellen Stammkreis verteidigen.

⁵⁵) S. hierzu D. Grosser, a. a. O., S. 76 ff. et passim.; s. auch U. Bermbach, Aspekte der Parlamentarismus-Diskussion im kaiserlichen Reichstag. Die Erörterungen im Interfraktionellen Ausschuß 1917 bis 1918, in: PVJ, VIII, 1967, S. 51—70. Man wollte mitregieren, d. h. beim Abschluß der mehrheitsbildenden Kompromisse Berücksichtigung finden, um Maßnahmen oder Gesetze zu Lasten des eigenen Sozialmilieus zu verhindern, andererseits aber in der Lage sein, „Opposition“ zu betreiben, um die Fixierung der Gefolgschaft auf das traditionelle Sozialmilieu sicherzustellen.

durch eine „kämpferische“ Integrationsideologie (Klassenkampf, Kulturkampf) nach innen festigen wollten, vom Gesamtsystem aber wirtschaftliche Nutzungs- und sozialpolitische Anteilsrechte verlangten. Ihre Befürchtung, in

einer Kampfgemeinschaft zur Durchsetzung prinzipieller Ziele (Demokratisierung), in einem „Reformblock“, die Identität zu riskieren, hat manche Ähnlichkeit mit dem Souveränitätsdünkel von Nationalstaaten.

Blockbildung und Blockieren

Hilft Lepsius' These, die gegenseitige Blockierung aller politischen Kräfte zu erklären und den Streit um die Reformierbarkeit der Bismarckschen Verfassungskonstruktion oder die Anfälligkeit des monarchischen Systems für eine Revolution zu relativieren⁵⁶⁾, so negiert sie von ihrem Ansatz her das andere uns beschäftigende, von Fischer und der DDR-Literatur hervorgehobene Phänomen der Blockbildung. Lassen sich beide Argumentationsstränge zu einer Synthese zusammenfügen? Wir meinen: ja, und zwar aufgrund folgender Beobachtungen:

1. Ähnlich wie die neuere DDR-Literatur muß man den Erfolg der sozial-liberalen Taktik zur Pazifizierung revolutionärer Kräfte anerkennen. Umgekehrt gelang es zwar nicht, die Konservativen auszubooten oder den Rechtsextremismus zu zügeln, aber doch zu erreichen, daß die von rechts gewünschten Ausnahme Gesetze gegen die Sozialdemokratie oder Verschlechterungen der Verfassungspositionen auf einen festen Abwehrblock aus bürgerlichen Mittelparteien, Reichsleitung und SPD stießen. Ein derartiger Erfolg setzt die Existenz und das Durchsetzungsvermögen einer Gruppierung voraus, die wir als „Mitte“ oder „Koalition im Werden“ bezeichnen möchten.

2. Die Existenz der Mitte wird von Fischer und der älteren marxistischen Literatur (Stenkewitz) bezweifelt oder als belanglos aus der Analyse ausgeklammert. Aufgrund der erwähnten und noch näher zu schildernden Anhaltspunkte kann man jedoch von der „Mitte“

als drittem Block neben Rechtskartell und Linksblock sprechen. Das Schema läßt sich auch mit Lepsius' Deutung zusammenbringen. Denn aus der Beobachtung, daß Zentrum und Nationalliberale als systemkonforme Parteien einerseits an der Erhaltung der konstitutionellen Monarchie mitwirkten und verfassungspolitische Reformen (im Anschluß an die Daily-Telegraph-Affäre; in den Verhandlungen über eine Änderung des preußischen Wahlrechts) blockieren halfen, andererseits aber aus Gründen der Selbsterhaltung — um keine weiteren Wähler an die SPD zu verlieren — eine Sozialpolitik zu Lasten der Konservativen ins Auge faßten, und darüber hinaus begannen, ihre Differenzen (Kulturkampfstimmung) hintanzustellen oder auszuräumen, folgt, daß die Spaltung im Bürgertum zwischen politischem Katholizismus und Liberalismus allmählich an Bedeutung verlor. Zwar fühlte sich das Zentrum von der antiagrarischen Stoßrichtung des Hansabunds und von den kulturkämpferischen Einflüssen in der Nationalliberalen Partei auch weiterhin bedroht, aber der im Interesse der Selbsterhaltung dieser Mittelparteien liegende Zwang zu einer ausgleichenden Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik legte den Gedanken an die Erneuerung der Partnerschaft zwischen Lieber und Bassermann nahe; die durch Verbandsbildungen (Hansabund, Bauernbund) unterstrichene Distanzierung von den agrarischen und schwerindustriellen Konservativen und wahltaktische, gegen eine Stärkung der SPD zielende Interessen profilierten die Politik der mittleren Linie von Zentrum und Nationalliberalen und begünstigten die gegenseitige Annäherung. Auch in den Sachfragen steuerten sie in die gleiche Richtung: Fortsetzung der Sozialpolitik unter Rücksichtnahme auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, Verhinderung von Ausnahme Gesetzen gegen die SPD und von Finanzgesetzen zu Lasten des Bürgertums und der Konsumenten; besonders die letztgenannten Grundsatzbeschlüsse legten die Position der bürgerlichen Mittelparteien gegen die Programmpunkte der agrarischen Konservativen (lückenloser Zolltarif; Streikverbot) fest. Im Reichstag hatte es seit Ende der 1890er Jahre

⁵⁶⁾ Die Literatur nach dem Zweiten Weltkrieg stand weitgehend unter diesem Aspekt, s. z. B. W. Frauentendenz, Demokratisierung des deutschen Konstitutionalismus in der Zeit Wilhelms II., in: Zs. f. ges. Staatswiss., Bd. 113, 1957, S. 721—746; ders., Der Reichstag im Zeitalter des persönlichen Regiments Wilhelms II., in: E. Deuerlein, Der Reichstag, Aufsätze, Protokolle und Darstellungen zur Geschichte der parlamentarischen Vertretung des deutschen Volkes, 1871—1933, Frankfurt/M. 1963, S. 59—73; E. Pikart, Die Rolle der Parteien im deutschen konstitutionellen System vor 1914, in: Zs. f. Pol. IX, 1962, S. 12—32; Th. Eschenburg, Die improvisierte Demokratie der Weimarer Republik, München 1963; H. Herzfeld, Ausgewählte Aufsätze, Berlin 1962.

bis zum Dülow-Block^{56a)} in sozialpolitischen Fragen Formen des Zusammenwirkens zwischen Zentrum und Nationalliberalen gegeben; in den letzten Vorkriegsjahren wurden diese nicht nur intensiviert, sondern auch auf andere Gebiete erstreckt, man denke vor allem an den Erzberger-Bassermann-Kompromiß, der die Basis für die Finanzierung der Wehrevorlagen schuf. Wahlkampfaktische Gesichtspunkte führten beide Parteien in einigen Regionen (Rheinland) näher zusammen.

Auch wenn die fortwirkenden Konflikte (Kulturkämpferinnerungen) und regional bedingte Konfrontationen (Baden, Bayern) nicht übersehen werden dürfen, eröffnete der Aufstieg von Parteiführern wie Erzberger im Zentrum und Stresemann in der nationalliberalen Partei noch eine weitere Perspektive der Zusammenarbeit⁵⁷⁾. Mit ihnen kommen Kräfte zum Zuge, die den Streit um Verfassungsfragen entideologisierten, d. h. ihn ohne Scheuklappen nach Zweckmäßigkeitserwägungen und taktischen Vorteilen behandelten. Sie wirkten darauf hin, die Mittelparteien gegen links abzugrenzen, hielten das aber nur für möglich, falls Zentrum und Nationalliberale sich gleichzeitig gegen rechts profilierten, d. h. konkrete Zugeständnisse seitens der Regierung und der Rechten erzwingen könnten⁵⁸⁾. Sie waren nicht länger bereit, sich von den Konservativen und der Regierung für die Anwendung der Devise Bülow's einspannen zu lassen „links bremsen, rechts gut zureden, erst die leichteren Wege fahren, und wenn es einmal stockte und gefährlich wurde, abschrillen und Attacke reiten gegen SPD“. Sie wollten an der von der Regierung gewünschten Entkrampfung im bürgerlichen Lager nur mitwirken, falls die Regierung die Politik der mittleren Linie mit energischen Versuchen zur Mäßigung der Konservativen verband. Nicht zuletzt waren Erzberger und Stresemann — im Unterschied zu den älteren Parteiführern, die sich gleichsam mit der Rolle des Oberkellners im konstitutionellen Betrieb

zufrieden gaben⁵⁹⁾ — keineswegs mehr gewillt, die unterschiedliche Behandlung, die den Regierungsparteien seitens der Regierung zuteil wurde, unangefochten hinzunehmen. Nicht nur Bassermann war darüber ungehalten⁶⁰⁾, daß Bethmann Hollweg sich vor den Konservativen demütigte, um der Reichsleitung die Unterstützung der Mehrheitspartei im preußischen Abgeordnetenhaus zu sichern, aber keine besondere Sorgfalt darauf verwendete, die für die Regierung unentbehrlichen Reichstagsfraktionen ins Vertrauen zu ziehen⁶¹⁾.

Es spricht einiges für die Vermutung, daß das Zusammenwirken von Zentrum und Nationalliberalen auch von der Absicht bestimmt war, sich eine kontinuierliche Einflußnahme auf die Regierung zu sichern und einen festeren Kurs zu gewährleisten. Man kann die bürgerlichen Mittelparteien zwar als Nutznießer der Politik der wechselnden Mehrheiten ansehen und ihnen damit die Urheberschaft am Beharrungsvermögen des konstitutionellen Systems zuschieben; daneben sollte man aber nicht den zweiten Entwicklungsstrang übersehen, zumal mit ihm eine Abkehr von ihrer früheren Haltung einherging: Erzberger, Bassermann und Stresemann hatten ein Interesse daran, die Mittelparteien aus der Handlungerschaft für die Konservativen und die Regierung herauszuführen und sich nicht länger gegeneinander ausspielen zu lassen⁶²⁾. Die Parteien sollten

⁵⁶⁾ Wir spitzen damit Grossers Deutung zu, daß die älteren Parteiführer — Gröber, Pachnicke, Spahn, Paasche, Wiemer, u. a. — kein Gefühl für die Krisenanfälligkeit des Bismarckschen Verfassungssystems (und damit kein Verständnis für Nauemanns und Haußmanns Linksblock-Konzeption) entwickelten, sondern sich damit zufrieden gaben, daß sie in den Unterhandlungen mit den Regierungskommissaren in den Ausschüssen des Reichstags dieses oder jenes Zugeständnis heraus schlagen konnten. S. Grosser, a. a. O., S. 134.

⁶⁰⁾ Witt, a. a. O., S. 353; Stegmann, a. a. O., S. 217, 300 ff., 420.

⁶¹⁾ Über die Besprechungen zwischen Reichsleitung (Bethmann Hollweg, Delbrück, Wahnschaffe u. a.) mit den Fraktionsführern wissen wir noch zu wenig, um die Bedeutung der Kontaktebene würdigen zu können.

⁶²⁾ Für die Rechte bedeutete Erzbergers Aufstieg in der Zentrums-Partei — nach dem Wechsel Hertlings auf den Stuhl des bayerischen Ministerpräsidenten 1912 — ein Warnsignal; Hertling galt als Exponent einer „Entente“politik zwischen den konservativen Parteien Zentrum und Deutsch-Konservative; Erzberger trat zwar 1913 mit einem Buch an die Öffentlichkeit, in dem er das Zentrum als Partner der Konservativen vorstellte, aber seine Stilisierung des Zentrums als konservativem Gegenpol zur SPD (und zum Linksblock) beruhte doch auf einem Programm, das für die vom BdL abhängigen Deutsch-Konservativen kaum akzeptabel war.

M. Erzberger, Politik und Völkerleben, Würzburg 1914.

^{56a)} Besonders C. Bachem hob diese Teile in seiner Geschichte der Zentrumsparlei — Bd. VI, S. 165 — hervor und suchte in den tagespolitischen Auseinandersetzungen nach 1909 daran anzuknüpfen.

⁵⁷⁾ Wir können an dieser Stelle nur die Frage anschnitten, welche Bedeutung der Umstand haben mochte, daß die jungen Führungsschichten zum großen Teil aus dem außerpreußischen oder süddeutschen Raum nach Berlin kamen und dann 1918 in den Regierungen Max v. Badens und Scheidemanns den Hauptteil der Minister stellten.

⁵⁸⁾ S. die Zeugnisse bei Stegmann, a. a. O., S. 220 ff., 344 ff., 432 ff., 438 ff. — Die Nationalliberalen und die bürgerlichen Politiker wollten sich nicht länger zur Kasse bitten lassen, ohne politische Gegenforderungen bei den Konservativen einklagen zu dürfen. Zum stärkeren Machtbewußtsein des Reichstags s. Eschenburg, a. a. O., S. 277 ff und Bachem, VII, S. 56 ff.

ihr Profil durch eine größtmögliche Abgrenzung von den Konservativen und einer diese umwerbenden Regierung wiedergewinnen, um dadurch auch ihre soziale Basis gegen die Unterwanderung durch die Linksparteien besser verteidigen zu können. Absetzungsmanöver vom Kartell der Konservativen, gemeinsame Frontstellung der Mittelparteien gegen die SPD sowie das Bestreben, einerseits unabhängig von der Regierung zu bleiben und andererseits die Regierung auf das Programm der Mitte festzulegen, berechtigten dazu, von der Mitte als einer Koalition im Werden zu sprechen. Sie trat vor 1914 zwar erst in Umrissen in Erscheinung — vor allem, weil persönliche Animositäten zwischen Bassermann und Bethmann Hollweg sowie Erzbergers ungefestigte Stellung in der Zentrumsfraktion die Voraussetzungen für ein gemeinsames Vorgehen abschwächten —, aber man kann doch sagen, daß es eine Frage der Zeit, keine Grundsatzfrage mehr war, wann die Mittelparteien und die Regierung sich im Interesse ihrer Selbsterhaltung über einen Reformkurs bei einer Öffnung nach links verständigten.

Blockbildung, „Mitte“ und Integration des vierten Standes in den Nationalstaat

„Blockbildung“ und „Blockierung“ treten in einen unmittelbaren Zusammenhang, wenn man das Problemverständnis und die Zielsetzungen der Mitte in den Mittelpunkt der Analyse deutscher Vorkriegspolitik rückt. Für sie stellt sich als Grundlage deutscher Politik das Problem der Integration der Arbeiterbewegung in den Nationalstaat. Wer diese Aufgabe löst, gilt ihnen als künftige herrschende Schicht. Für sie geht es um die Frage, welche Gruppen bereitstehen, um das drängende Problem zu lösen. Da man angesichts der gespannten internationalen Lage mit der Möglichkeit des Krieges rechnete und Zweifel hegte, ob das monarchische System unter Wilhelm II. und Bethmann Hollweg der Belastung standhalten würde, stellte sich sowohl das Problem der Wachablösung oder Verfassungsreform als auch das der Blockbildung. Naumanns bereits erwähnte Suggestivformel, daß Deutschland nicht mit dem Dreiklassenwahlrecht die Bewährungsprobe eines Kriegs bestehen könne, und die These, die Integration des Vierten Standes könne nur bei einer stärkeren Beteiligung des Bürgertums an der Bestimmung der deutschen Politik, — d. h. einer Liberalisierung der Personalpolitik und Verwaltungspraxis sowie einer Zusammenarbeit zwischen Reichskanzler und Reichstagsmehrheit wie in den Jahren 1867 bis 1876 — gelingen, umreißen den Bewußtseinshorizont der Mitte. Die Übertragung der

vom Hansabund geführten antifeudalen „Bürger-Erwache“-Kampagne auf die Wahlrechtsfrage diente der Absicht, die in dieser Frage vorhandene latente Übereinstimmung zwischen der Mitte und der Linken zu aktualisieren und einen symbolischen Durchbruchserfolg anzustreben. Die historische Untermauerung der Forderung (Meinecke, Oncken), man müsse endlich das Ideal der Preußischen Reformzeit verwirklichen und die Bürger „zu subjektiven Mitträgern der Staatspersönlichkeit“ machen, rief freilich auch die Konservativen zur geballten Abwehr auf den Plan. Die offensichtliche Schwäche der Regierung bot einen weiteren Anstoß, den Kampf um die Beeinflussung der Amts- und Entscheidungsträger zu forcieren, d. h. — um der höheren Effektivität willen — die Blockbildung voranzutreiben.

Der Sammlung der Rechten zur Abwehr der demokratischen Tendenzen setzte man auf Seiten der Mittelparteien das Ziel entgegen, die nötige Anpassung der Verfassungsverhältnisse an die wirtschaftlich-sozialen Veränderungen und Machtverhältnisse herbeizuführen, auch im Interesse der Verteidigungsfähigkeit des Reiches⁶³). Die bürgerlichen Reformer behaupteten — wie einst 1876/78⁶⁴) —, daß die Konservativen oder Agrarier als Minorität nicht geeignet seien, ein Bollwerk gegen revolutionäre Bewegungen zu bilden. Das könne nur einer sozialliberalen Politik gelingen, deren Kerntruppe das Bürgertum bilden müsse. Es kam also alles darauf an, ob die Ideologie der Mitte Resonanz bei der Linken fand.

Die Haltung der SPD zu den liberalen Reformkräften

Im Lager der Linken stand seit längerem, wenn auch in anderer Terminologie, die Frage zur Debatte, ob eine Fortführung der Sozialpolitik die SPD gefährden, d. h. in eine auch in ihrer Ideologie sozialreformerische (revisionistische) Volkspartei verwandeln könnte. In den bürgerlichen Mittelparteien drängten Kräfte nach vorn, die Marksteine einer ernsthaften Reformbereitschaft setzen wollten⁶⁵),

⁶³) So vor allem L. Haas (FVP), in: Das Jahr 1913, ed. Sarason, 1914, S. 18—20; Die entsprechenden Äußerungen von Naumann, Max Weber, Rathenau sind bekannt.

⁶⁴) In meinem Aufsatz „Die Nationalliberalen — eine regierungsfähige Partei“ (s. Anm. 8) habe ich diese These unter Berufung auf die Wahlkampfbroschüre bzw. den Rechenschaftsbericht W. Wehrenpfennings über „Sechs Jahre nationalliberale Politik“ vertreten; sie verlegt Sauer auf den Regierungsantritt Caprivi datierte Problemsicht zurück auf die Krise der Reformpolitik 1876—1878; vgl. W. Sauer (Anm. 45), S. 470.

⁶⁵) Stegmann, a. a. O., S. 217 ff. et passim.

bevor die SPD ihren Aufstieg zur Mehrheitspartei vollziehen könnte. Sie wollten damit den Prozeß des verschärften Klassenkampfes, der als Folge der Reichsfinanzreform befürchtet wurde, unterbrechen und den Reformisten in der SPD als Bundesgenossen ihrer künftigen Politik unter die Arme greifen. Sie wußten, daß die Reformisten in der SPD Erfolge vorweisen mußten, um die Politik der Annäherung an die bürgerlichen Reformgruppen gegen die Radikalen und das Parteizentrum beibehalten und ausbauen zu können. Das war schwierig genug. Der Chefideologe der Sozialdemokratie, Karl Kautsky ⁶⁶⁾, spekulierte nämlich in jenen Jahren darauf, daß die positive Reformarbeit der Sozialdemokratie die Verschärfung des Klassenkampfes vorantreiben würde; denn die Erfolgsskala der SPD zwänge die Besitzenden zur Gegenwehr und würde damit die Polarisierung der Kräfte in organisierte Interessenverbände begünstigen. Kautsky schien geradezu die Abwendung der Mitte von der Arbeiterbewegung, d. h. die Wiederherstellung der „einen reaktionären Masse“ zu wünschen, um seine These von der Vereinbarkeit von sozialreformerischer Tätigkeit und revolutionärem Endziel der SPD aufrechterhalten zu können.

Das widersprach den Absichten der Integrationsideologie der bürgerlichen Sozialreformer, die Fortschritte in der Sozialpolitik für unerlässlich hielten — vor allem im Bereich des Koalitionsrechts und der Anerkennung der Gewerkschaften, aber auch des Ausbaus der Unterstützungskassen, der Volkswohlsorge, des Wohnungsbaus etc. —, um die Fundamente für eine politische Aktionsgemeinschaft mit der SPD legen zu können. Kautskys Kalkulation, daß der steigende Widerstand im Bürgertum gegen weitere Sozialreformen die Klassenlage des Proletariats verschlechtern und damit eine Kraftprobe notwendigerweise herbeiführen müsse ⁶⁷⁾, wirkte allen Hoffnungen der Reformkräfte zuwider, die mit Hilfe einer sozialreformerischen Volkspartei zu ihrer linken Seite die Emanzipation der Industrienation von den herrschenden (vor-industriellen) Klassen in Preußen-Deutschland ertrotzen wollten. Kautskys Dogma konnte zwar die Entwicklung in der SPD zur sozialreformerischen Volkspartei nicht mehr aufhalten, hemmte aber den Elan jener Reformisten (Südekum, David, Heine, Kolb), die auf den Wandlungsprozeß des deutschen Parteiengefüges hofften. Sie werteten die Rücksichtnahme der SPD auf ihre bürgerlichen Wähler oder Partner als Beitrag zur Neugruppierung in der deutschen Politik.

Orientierungsprobleme der Parteien und Hindernisse der Blockbildung

Das Dilemma von Parteistrategie und taktisch-politischen Kalkulationen bestand für alle deutschen Parteien vor 1914 in ähnlicher Weise. Man wußte, daß man, um Einfluß zu gewinnen, gleichgerichtete Interessen und Meinungen sammeln mußte. Aufrufe zur Sammlung, d. h. zur Blockbildung auf der einen und Appelle, die eigene organisierte Macht ideologisch abzusichern, auf der anderen Seite bestimmten die Szenerie. Die Annahme, daß die Regierung orientierungslos und unsicher sei, verlieh der Konstellation besondere Akzente: die „Blockbildung“ figurierte unter dem Aspekt, eine Abwehrmehrheit zu organisieren, um Vorstöße anderer politischer Kombinationen blockieren zu können. ^{67a)} Die Blockbildungen, die sich unter diesem Blickpunkt vollzogen, wirkten der Herausbildung von politischen Lagern im Sinne des parlamentarischen Parteiensystems entgegen; die Frontenbildung verlief in den anstehenden wirtschaftlich-sozialen (Verlängerung oder Revision des Zolltarifs und der Handelsverträge; Einführung einer Arbeitslosenversicherung) oder verfassungspolitischen (preußisches Wahlrecht; Einführung des Mißtrauensvotums in die Geschäftsordnung des Reichstags) Fragen durchaus unterschiedlich. Stand z. B. der Wahlkampf der Linken 1912 unter dem Zeichen einer Abwehrmehrheit gegen befürchtete Staatsstreichpläne der Rechten, so war die Neuaufgabe des Kartells der schaffenden Stände motiviert als Formation zur Verhinderung der Revision der in den nächsten Jahren fälligen Erneuerung der Zolltarife und Handelsverträge, zur Abwehr einer Demokratisierung des Wahlrechts oder der Steuergesetzgebung und der Anerkennung der SPD und Gewerkschaften als gleichberechtigte Partner in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft.

In den Tagesfragen der Reichspolitik lösten sich die Blöcke jedoch auf und machten anderen Arrangements Platz. Die Mittelparteien verblieben in den Wirtschafts- und Rüstungsfragen im Lager der Rechten, in sozialpolitischen Angelegenheiten standen sie auf dem Boden der FVP und der „rechten“ SPD. Die politischen Kräfte fühlten sich aufgerufen, anstelle der orientierungslosen Regierung ihrerseits den Ton anzugeben und die Initiative an sich zu reißen. Da deutlich wurde (1912), daß die Regierung das Leitprinzip des Bismarckschen Systems, sich im Parlament eine Mehrheit zu bilden, nicht länger befolgen konnte,

⁶⁶⁾ Grosser, a. a. O., S. 53.

⁶⁷⁾ Grosser, ebenda, S. 42.

^{67a)} Das ist besonders an den Stichwahlparolen abzulesen; für die Wahl von 1912 s. Bertram, a. a. O., S. 40 ff., 55 ff.

fanden die Stimmen größere Resonanz, die zu einer Mehrheitsbildung aus den Reihen der Mitte-Links-Parteien aufriefen oder die Rechte (Zentrum, Konservative) aufforderten, die Verantwortung auf sich zu nehmen. Doch der Drang zur Macht und zur Übernahme der Verantwortung, der in diesen Auseinandersetzungen latent vorhanden war und zur Parlamentarisierung hätte führen können, brach sich an dem Interesse der bestehenden Parteien, ihren politisch-sozialen Besitzstand zu wahren. Die Furcht, in einem Zweiparteiensystem die Identität zu verlieren, beherrschte vor allem die Mittelparteien, aber auch die SPD. Die Absicht, eine Abwehrmehrheit zu organisieren, um den politischen Gegenspieler daran zu hindern, die Regierung — worunter man vorwiegend Gesetzgebung und Verwaltung verstand —, in ihren Dienst zu nehmen, dominierte über das aufkommende, von der jungen Parlamentariergeneration der Berufspolitiker (Stresemann, Erzberger, Frank) getragene Machtbewußtsein. Stresemanns Wort „die Regierung versagt, das Parlament führt“⁶⁸⁾, läßt erkennen, daß die aufstrebenden Politiker von der Annahme eines (partiellen Machtvakuum) ausgingen^{68a)}. Ihre Vorstellung, daß Regierungs- und Oppositionsparteien wie in einem parlamentarischen System um die Macht ringen sollten, verband sich zwar noch nicht mit Naumanns und Webers vorausblickender Frage, welche Kräfte im Falle des Versagens von Monarchie und Bürokratie bereitstünden, die Regierungsverantwortung zu übernehmen, aber sie zielte immerhin auf eine Öffnung des Konstitutionalismus in Richtung einer verstärkten Mitwirkung der Parlamentarier in und an der Regierungsführung.

Diese Zielsetzung liegt auch der Aufforderung der bürgerlichen Sozialreformer an die SPD und der Reformisten innerhalb der SPD an die eigene Parteiführung zugrunde, sie solle ihre Mandatsziffern in die Waagschale werfen. Diese Aufforderung hat den Sinn, die politi-

⁶⁸⁾ Stresemann, in: Der Panther, 1. 7. 1912. Ich verdanke den Hinweis Herrn Dr. Dietrich Mende. — Ähnliche Aussagen fielen in der Zabern-Debatte. Die Untersuchung von Grosser verzeichnet Stimmen des wachsenden Selbstvertrauens der Parlamentarier neben Stimmen der Bescheidung vor den Vorrechten des Kaisers hinsichtlich der Auswahl des Kanzlers. H. Preuß' berühmtes Bild — die Regierungsbildung im konstitutionellen System der Wilhelminischen Monarchie erfolgte nach dem Motto „Aus der Wolke zuckt der Strahl — ohne Wahl“ — bündelt die Kritik an der Unsachlichkeit eines Regierungssystems, das in seiner Selbstbeispielung gerade Sachverstand und Unparteilichkeit für sich in Anspruch nimmt. Die Unzufriedenheit über diesen Zustand erfaßte auch Stresemann, Bassermann, Erzberger, L. Frank oder E. David.

^{68a)} J. C. G. Röhl, Deutschland ohne Bismarck, Tübingen 1969, hat dieses Machtvakuum in den 1890er Jahren ausführlich analysiert.

schen Frontenbildungen offenzulegen, in den Kontroversfragen (Lebensmittelzölle, Finanzreform, Vereins- und Koalitionsrecht, Fürsorge) die Interessengemeinschaft der Linken zu manifestieren und dadurch die Regierung zu zwingen, dieser Mehrheit im Reichstag künftig ebenso Rechnung zu tragen, wie sie es zuvor gegenüber dem „Schwarz-Blauen Block“ und den Rechtskartellen stets getan hatte. Hinter dieser Reform- und Linksblockkonzeption steht die Auffassung, die Linke solle endlich ihre latente Mehrheit nutzen, um der Regierung Konzessionen abzutrotzen und sie auf einen Kurs zu bringen, der den Interessen des Volkes entspreche. Das bedeutete, daß der Linksblock seine Machtchancen innerhalb des Systems nutzen, durch dieses systemkonforme Vorgehen aber gleichzeitig — dank seiner Legitimation durch die Wahlerfolge — eine Wachablösung und einen innerstaatlichen Systemwandel herbeiführen sollte⁶⁹⁾.

Der Linksblock

Der Linksblock wollte eine gemeinsame Sprachregelung gegen die Bürgerschreck-Kampagne und die nationale Phraseologie entwickeln und neue Perspektiven aufzeigen. Aus einer weitverbreiteten Stimmung gegen die von rechts verursachte Klimavergiftung sollte eine tragfähige Plattform für eine regierungsfähige Mehrheitskoalition gezimmert werden. Zu den Stärken und Schwächen des Linksblocks nur soviel: 1. Die Fürsprecher des Linksblocks wußten um die Unterschiede zwischen Nord- und Süddeutschland, Preußen und Baden; die preußische SPD hatte andere Erfahrungen hinter sich als die Badenser; das Zentrum war in Baden der konservative Gegenpol, im Reichstag aber unentbehrlich für eine effektive Linksblock-Politik. Sie hegten keine Illusionen hinsichtlich der Übertragbarkeit des badischen Modells eines Großblocks auf die Reichspolitik. 2. Die Konzeption verlangte geradezu die Auflösung der bestehenden Parteiverbände oder zumindestens die Einebnung der Parteigrenzen. Der Zusammenschluß bestimmter Flügel zu einer arbeitsfähigen Koalition setzte die Ausschaltung des „Einflusses“ der Radikalen und des „Zentrums“ (Kautskys Primat der Partei als Klassenkampfverband) auf die Politik der SPD-Fraktion voraus, und seitens der bürgerlichen Parteien den Verzicht auf eine Bürgerblock-Politik. 3. Die Fürsprecher besaßen keine Klarheit darüber, ob die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag den An-

⁶⁹⁾ Exponenten der Linksblock-Konzeption sind vor allem Junckh, F. Naumann, C. Haußmann, Haas, Richthofen, Funk in den bürgerlichen Parteien; Heine, Kolb, L. Frank in der SPD.

satzpunkt bilden sollten oder ob die Idee erst nach einem Wandel an der Basis verwirklicht werden könnte, oder ob der Linksblock — wie das Rechtskartell — von einer außenparlamentarischen Bewegung ausgehen müßte. Die Konzeption verlangte praktisch von allen Parteien, daß sie entweder in corpore den Bruch mit ihrer Tradition vollzogen, d. h. die Führung den Reformisten anvertrauten, oder daß sie die Spaltung zuließen — unter gleichzeitigem Verzicht der „alten“ Elemente auf eine kraftraubende Machtprobe mit der Neugruppierung. Auf diese Toleranz durften aber weder Naumann/Haußmann noch Richthofen/Junckh oder die Reformisten in der SPD rechnen. 4. Für den Linksblock sprach die gemeinsame Abneigung gegen den „konservativen Parlamentarismus“ —, der von Preußen her die Reichspolitik blockierte —, vor allem gegen den Einfluß von DTKP, Z, BdL und AdV auf die deutsche Politik, und die erreichte Übereinstimmung in einzelnen Bereichen — wie z. B. in der Sozialpolitik. 5. Problematisch war die Linksblock-Konzeption von vornherein, weil sie die Stoßkraft auf die Verfassungsorgane Reichskanzler-Reichstag richtete und die Schwierigkeiten, die mit der militärstaatlich-bürokratischen Komponente gegeben waren, hintansetzte, teilweise sogar aus dem Wunschenken heraus, mit der Parlamentarisierung der Reichsleitung wäre automatisch auch die Kontrolle über die Bürokratie und das Militär gewährleistet. Der Linksblock wollte und konnte — aufgrund seiner Zusammensetzung — keine Neuaufgabe des Verfassungskonfliktes wünschen; er mußte sich daher auf die Ebene konzentrieren, auf der Verbesserungen möglich schienen — auf die Neugestaltung des Verhältnisses von Regierung und Mehrheitsparteien im Reichstag: alles weitere würde sich von dorther ergeben.

Die Angleichung an den politischen Stil der älteren systemkonformen Parteien und Verbände (BdL, CVdI, Zentrum) brachte die Linkskoalition oder den Reformblock allerdings in Widerspruch zu ihren verfassungspolitischen Zielen. Die um ihre Wählerschaft besorgten Parteiführer nutzten die Spekulation, die Regierung werde den allgemeinen Demokratisierungstendenzen Rechnung tragen und deshalb auch die Volksvertretung ins Vertrauen ziehen müssen, um regieren zu können, dazu, unerfüllte materielle Forderungen durchzusetzen⁷⁰⁾; darüber verloren sie die Chance aus

⁷⁰⁾ Die Links- und Mittelparteien wollten damit gleichsam nachahmen, was Konservative, Zentrum und Interessenverbände durch Absprachen untereinander und durch geschlossenes Auftreten gegenüber der Regierung seit der innerpolitischen Wendung 1878—1881 erreicht hatten.

dem Auge, die Regierung zur Aufwertung des Reichstags und zu verfassungspolitischen Konzessionen zu zwingen. Die Flügelparteien der Reformblöcke (Mitte, Linksblock) — Nationalliberale, Zentrum — fielen immer wieder der Versuchung anheim, z. B. bei der Reichsversicherung, mit der Taktik der wechselnden Mehrheiten Interessenpolitik im Dienste ihrer Wähler zu betreiben und den verfassungspolitischen Aspekt hintanzusetzen. Differenzen in Sachfragen, die Sorge um die Unabhängigkeit der eigenen Organisation und schließlich die Scheu, Personalprobleme aufzuwerfen, erschwerten ohnehin die Einigung über ein Regierungsprogramm und ein zielstrebiges Vorgehen im Parlament und in der Öffentlichkeit.

Das Parteienspektrum und der Handlungsspielraum der Regierung

Die Entwicklung der interparteilichen Beziehungen und des Verhältnisses Regierung—Parteien war in eine Sackgasse geraten: Die Regierung war nicht mehr in der Lage, sich zuverlässige Mehrheiten zu schaffen oder auch nur ihre Autorität geltend zu machen. Die Parteien der Linken und der Mitte konnten sich zwar verständigen, wenn es Vorstöße der Rechten abzuwehren galt (Streikbrechergesetzesentwürfe, Schutzzollerhöhung, Steuerprojekte), ohne allerdings in bestimmten Tagesfragen gemeinsam und zielstrebig vorzugehen. Die Regierung behielt infolgedessen einen breiteren Spielraum, den der Reichskanzler Bethmann Hollweg mit seiner „Politik der Diagonale“ zu nutzen versuchte. Dieses politische Konzept war aber nicht, wie so oft behauptet wird, das Verfassungsideal Bismarcks und seiner Nachfolger, sondern der Versuch, aus der Not des Parteienspektrums eine Tugend zu machen. Sie stellt eine Ersatzideologie dar, die Bedeutung erlangte, nachdem erstens die Wahlergebnisse der Reichsleitung die erwünschte Mehrheitskombination versagten und zweitens die Konservativen mit ihrer Halsstarrigkeit die Bemühungen der Regierung um die Bildung einer dauerhaften Mehrheit aus den Parteien der rechten Mitte durchkreuzten.

Entgegen dem Wunsch der Regierungen (Bismarcks 1878—81, Bethmann Hollwegs 1910—1912), rechts von Nationalliberalen und/oder Zentrum eine Stütze im Parlament zu finden, setzten sich die Liberalen (Sezessionisten und Fortschrittspartei 1881—84, Nationalliberale und Fortschrittspartei 1910—12) für ein Reformprogramm unter Ausschluß der Konservativen ein. Durch institutionalisierte Kontaktebenen zwischen Regierung und Mehrheitsfraktionen sollte nicht nur die Mitsprache der

parteien und die Beilegung von Konflikten garantiert, sondern auch die Parlamentarisierung vorangetrieben werden. Die politische Absicht ging dahin, die Regierungsfähigkeit der Mehrheitsparteien des Reichstages zu demonstrieren und damit der Reichsleitung den Vorwand für ihre Anlehnung bei den sogenannten staatstragenden Parteien zu entziehen oder sie aus der Abhängigkeit von den außerkonstitutionellen Organen zu befreien, in die die Regierungen nach Bismarcks Zusammenwirken mit den Interessenverbänden gegen den Reichstag geraten waren. Die Nachfolger der nationalliberalen Reichsgründungspartei

sahen eine Lösung des sich erneut stellenden Problems in der Bereitschaft der Mittelparteien, der Regierung eine Stütze gegen die Konservativen anzubieten, unter der Voraussetzung, daß die Regierung die parlamentarische Rückendeckung durch Mitspracherechte und Verantwortung der Mehrheitsparteien in Sach- und Verfassungsfragen honorieren würde. An der Frage, ob es sich lohne, Bethmann Hollweg gegen die Frondeure zu stützen, schieden sich die Geister ebenso wie innerhalb der Parteien Richtungskämpfe über die Frage ausbrachen, mit welchen anderen Parteien man eine engere Kooperation riskieren könne.

Parteiinteresse und Blockbildung

Die Bildung des „idealen“ Blocks — einer sich auf alle wichtigen und zusammengehörigen Fragen, d. h. auf ein Regierungsprogramm erstreckenden Arbeitsgemeinschaft politischer Gruppen —, hätte von den Parteien die Einwilligung in ihre Auflösung zur Erleichterung des Zusammenschlusses der miteinander sympathisierenden Flügel (Reformisten, FVP, Jungliberale, linker demokratischer Flügel der Zentrumspartei) verlangt und erwies sich daher als Illusion. Die Parteien zogen es vor, Kompromisse zu finden, die die Parteieinheit wahren helfen sollten. Dagegen fehlte für Kompromisse, die einen Block regierungsfähiger Parteigruppen konstituieren könnten, die soziale Basis und die Bereitschaft zum Verzicht auf die Ladenhüter der jeweiligen Parteideologie. Die Furcht der SPD, ihr Aufstieg würde stocken, wenn ein Reformblock dank der Aufbietung der SPD-Mandate Erfolge in der Gesetzgebung verbuchte, — da die sozialliberalen Parteien und das Zentrum davon profitieren würden —, war dabei nicht allein entscheidend, sondern daneben stand die Sorge der Mittelparteien, ein vom Linksblock getragener Reformkurs würde der SPD einen Einbruch in ihr Wählerreservoir erleichtern.

Das Zentrum, auf das es in jeder Hinsicht ankam, suchte sich 1912/13 in einem erneuten Anlauf als christlich-soziale, nationale Volkspartei zu profilieren, um damit als Gegenpol zur SPD die innenpolitische Szene beherrschen zu können. Die von der Reichstagsauflösung 1906 und von den Wahlerfolgen des Linksblocks 1912 bewirkte Profilneurose des Zentrums lähmte die taktische Bewegungsfreiheit dieser Partei, die aufgrund ihrer Position Schrittmacherdienste bei einer Flurbereinigung im deutschen Parteienpanorama leisten mußte. Seit 1870/71 war das Zentrum ein Hindernis auf dem Weg zur Neugruppierung im deutschen Parteiengefüge nach verfassungspoliti-

schen Prioritäten gewesen. Es blieb der Prototyp einer systemkonformen Partei, die, vom sozialen und politischen System der konstitutionellen Monarchie geprägt, auch die im konstitutionellen System angelegten Möglichkeiten der Verfassungsreform weder in Angriff nehmen wollte noch — in Rücksichtnahme auf ihre gruppeninterne Integrationsfähigkeit — konnte⁷¹⁾. Sie blieb diejenige Partei, die zwar nach außen hin in die Frontstellung gegen die Agrardemagogen und die anachronistische Politik der Deutschkonservativen einstimme⁷²⁾, in ihrer Politik aber den Primat des parteiinternen Interessenausgleiches zwischen Bauernbund, Magnaten oder christlich-sozialen Konservativen einerseits und „Mönchen-Gladbach“ und christlichen Gewerkschaften andererseits befolgte. Mit großem taktischen Geschick vermied sie es, in den Kampf für eine gerechte, die innere Zustimmungsbereitschaft der Aktivbürger (Wähler) sichernde Verfassung verwickelt zu werden. Sie hütete sich z. B., in der Wahlrechtsfrage das Band zu den unnachgiebigen Konservativen zu zerschneiden. Das Bekenntnis der Zentrumspartei zur mittleren Linie, das auch in den Bekundungen der Regierung, des Hansabundes und der Nationalliberalen anzutreffen ist und das Vorhandensein eines gemeinsamen Nenners für eine bürgerliche Reformbewegung suggeriert, erwies sich bei näherer Betrachtung als Rückzugslinie für die Aufrechterhaltung der bestehenden, von Flügelkämpfen bedrohten Partei.

⁷¹⁾ S. dazu Th. Nipperdey, Grundprobleme der deutschen Parteigeschichte im 19. Jahrhundert, in: W. Conze, Hrsg., Beiträge zur deutschen und belgischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1967, S. 147—169, bes. S. 168.

⁷²⁾ Die Zentrumspartei mußte, was z. B. Bachem erkannte, die Grenze nach rechts schärfer ziehen, um ihre Arbeiterwähler bei der Stange zu halten; s. Stegmann, a. a. O., S. 234.

Die innenpolitische Situation in den letzten Vorkriegsjahren

Ziehen wir das Fazit aus den vorgetragenen Beobachtungen: Die Richtungskämpfe innerhalb der Parteien, zwischen den Parteien und den ihnen nahestehenden oder zugeordneten Zubringerorganisationen (Gewerkschaften, BdL, Hansabund, Volksverein für das katholische Deutschland) sowie innerhalb der Sammlungsbewegungen auf der einen Seite und die Einengung des Handlungsspielraums der Regierung oder die zunehmende Orientierungslosigkeit der Amtsträger auf der anderen Seite erhoben die Abwartetaktik zum Gebot des Handelns für die gesellschaftlichen Kräfteformationen und für die Entscheidungsträger. Das Kennzeichen des innenpolitischen Meinungs-panoramas und des sozialen Kräftefeldes war die Devise, das Erreichte zu konsolidieren und den Besitzstand durch erhöhte Abwehrbereitschaft unangreifbar zu machen. Die zur Aktivität aufrufenden Gruppen fanden weder im eigenen soziokulturellen Milieu noch im Lager der benachbarten Gruppen genügend Resonanz: Das gilt für die Prediger der spontanen Revolution ebenso wie für die Frondeure und Staatsstreichler oder für die Reformier und Vermittlungsideologen der Mitte. Die Flügelgruppen lehnten es ab, das sozio-kulturelle Milieu zu verlassen, aus dem sie hervorgegangen waren: Die Alt-Nationalliberalen zogen den Verbleib in der Bassermannpartei dem Eintritt in eine neukonservative Sammelpartei vor, die Jungliberalen fanden selten den Weg zur Fortschrittspartei, die Reformisten der SPD wollten die Heimat in der Sozialdemokratie nicht mit der ungewissen Zukunft in einem Linksblock vertauschen. Die SPD scheute den Bruch mit den reformistischen Gewerkschaften in der Massenstreikfrage ebenso wie die Konfrontation mit dem Militär; die bürgerlichen Parteien führten Abschirmmanöver zur Verhinderung weiterer Erfolge der SPD durch und wandten sich gegen das Image, Handlanger der Beharrungskräfte zu sein; die Konservativen gerieten in die Isolation, sträubten sich aber — erfolglos — gegen die völlige Abhängigkeit vom BdL.

Die eher noch verschärfte ideologische Konfrontation zwischen SPD und Staatsgewalt — da jeder die andere Seite als Gegner brauchte, um mit dem überlieferten Feindbild sowohl die Fassade der organisierten Macht zu erhalten als auch den Aufweichungstendenzen im eigenen Lager entgegenzuwirken —, trug dazu bei, die errungenen Positionen zu zementieren. Die Wortmachtspolitik der ideologischen, von der radikalen Linken wie vom Rechtskartell immer wieder angefachten Konfrontation

diente wohl mehr dem Zweck, den Status quo zu verlängern, als in einen Konfliktkurs einzustimmen. Beide Flügel waren zu schwach und fühlten sich ihres Anhangs und Zulaufes zu unsicher, um auf militante Auseinandersetzungen zuzusteuern.

Man sollte daher — trotz der Indizien sozialer Unruhe und sozialen Aufruhrs oder geordneter Demonstrationen seitens der radikalen Demokratie sowie der Unrechts- und Willkürmaßnahmen der herrschenden Klassen — weder von einer Zuspitzung zum Klassenkampf oder einer vorrevolutionären Situation noch von günstigen Vorzeichen für eine Reformierbarkeit von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft sprechen. Da jede Veränderung der bestehenden Verhältnisse unter den gegebenen Bedingungen Machtfragen involvierte, bedeuteten prinzipielle Übereinstimmungen noch keine Garantie für ein Zusammengehen in Aktionsgemeinschaften. So erkannten Regierung und bürgerliche Mittelparteien zwar die Integrationsfunktion einer gerechteren Sozialpolitik; aber da jedes „Mehr“ nicht nur die Frage der Kostendeckung, d. h. der Umverteilung des Einkommens und der Steuerlastquote, aufwarf, sondern auch Machtzuwachs für die mit der Ausführung der Fürsorgeleistungen beauftragten Instanzen bedeutete (indem etwa die Gewerkschaften als Teilhaber an der Selbstverwaltung von Arbeitsämtern oder als Auszahler von Arbeitslosenunterstützung an Prestige gewannen)⁷³⁾, wurde jede gesetzliche Neuregelung zu einer Grundsatzentscheidung über die Machtstellung und Einflußchancen der Großverbände in Staat und Gesellschaft.

⁷³⁾ S. hierzu die einschlägigen Passagen bei Stegmann, a. a. O., S. 105, 153, 208 ff., 271 f., 329, 389, 446 f., et passim. Die Pamphlete und Zeitschriften der Arbeitgebervereinigungen (Reiswitz, Kuhlo, u. a.) und der Freien Gewerkschaften sprechen deutlich aus, daß Fortschritte in der Sozialpolitik Machtfragen implizierten. So würde die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Arbeitsvermittlung durch Arbeitsämter (statt der je eigenen der Unternehmer- und der Arbeiterseite) oder bei der Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung die Position der Gewerkschaften konsolidieren. Die Verankerung des Schlichtungswesens in Tarifverträgen warf die Frage auf, ob die Festsetzung von Lohnleitlinien in diesen Rahmen fallen dürfe. Wer sollte Urteile in Tarifstreitigkeiten vollstrecken? Würden nur die Arbeitgeber de facto haftbar gemacht werden können oder auch die Gewerkschaften (für Verluste im Falle von formalrechtlich unzulässigen Streiks)? Die Entwicklung in den englisch-sprechenden Ländern — vor allem Neuseeland — wurde von der Arbeitgeberseite gegen die Machtsteigerung der Arbeitnehmervertretung durch gesetzliche Verankerung von „sozialen Verkehrsformen“ als Argument herangezogen.

Das direkte und indirekte Zusammenwirken der politisch-sozialen Kräfte, die sich im Interesse ihrer Existenzsicherung auf die Strategie der mittleren Linie und verbandsinterne Kompromißbildung verwiesen sahen, drückt der deutschen Politik vor 1914 den Stempel des Immobilismus, der Blockierung der Initiativen durch die Gegenwirkung von Abwehrblöcken und die internen Reibungsverluste auf. Sie steht damit unter dem Signum einer Durchgangsphase. Weder Regierung noch SPD, weder Staatsstreichplaner noch „Revolutionsgymnasten“ glaubten im Fall einer Offensivstrategie an den Sieg ihrer Bewegung. Jede These, die in der Flucht nach vorn das treibende Motiv der Politik in den letzten Vorkriegsjahren erblickt, ist bislang den Beweis schuldig geblieben, daß die für die Konfliktthese ansivierten Organisationen und Gruppen tatsächlich ein offensives Vorgehen in Erwägung zogen oder auch nur im Fall einer Notwehraktion (Präventivschlag) auf den Erfolg ihres Vorgehens rechneten. Vieles spricht für die Vermutung, daß keiner der Blöcke und sozialen Kräfteformationen sich mehr zutraute

als die Integration der widerstrebenden Tendenzen im eigenen Lager auf der einmal gefundenen Linie. Andernfalls fürchtete man einen Machtverlust, Isolierung und Zerrüttung der Organisation. Die Politik der Diagonale war das Lebensgebot der Regierung, der Parteien, Verbände und Blockbildungen. Jede Vereinbarung, die das innerparteiliche Gleichgewicht zugunsten eines Flügels zu verschieben und die Partner eines derartigen interparteilichen Abkommens unter den Erfolgswang einer „Blockpolitik“ zu stellen drohte, brach sich am Widerstand der Vereinspatrioten. Für Kompromisse mit benachbarten sozialen Gruppen oder gar früheren Konkurrenten bestand kaum Spielraum, es sei denn, man schloß sie auf Kosten Dritter. Das war der Vorteil, den die Rechtskräfte lange Zeit hatten nutzen können und zugleich der Grund für den politischen Erfolg der Kartelle und der Sammlungsbewegung auf der rechten Seite des Kräftepanoramas. Im Zeitraum nach 1909, besonders nach den Wahlen von 1912, bahnte sich aber auch hier ein einschneidender Wandel an.

Integrationsgebote und Verständigungspolitik

Die innerparteilichen und gruppeninternen Interessen an der Aufrechterhaltung ihrer geschichtlich gewordenen organisierten Macht erschwerten eine Politik der Neuorientierung und der Reformen im innenpolitischen Sektor ebenso wie im zwischenstaatlichen Bereich die Integrationsgebote der innenpolitischen Sammlung einer deutschen Ententediplomatie im Wege standen. Der Vergleich mit dem außenpolitischen Erscheinungsbild lehrt ein weiteres: das Interesse an der Bewahrung der eigenen organisierten Macht und die Bereitschaft zur Blockbildung in innenpolitischen Interessenfragen hat Ähnlichkeit mit der „Abschreckungsstrategie“. Die Abwehrbereitschaft der soziokulturellen Milieus sollte nämlich im innenpolitischen Bereich die Anerkennung der Gleichberechtigung erzwingen. Die radikale Linke und die Beharrungskräfte der Rechten betrachteten diese Spekulation der Reformbewegungen auf die Möglichkeit eines rational kalkulierbaren Interessenausgleichs als Illusion, da weder auf Seiten der Besitzenden die Bereitschaft zur Preisgabe von Privilegien vorhanden sei noch auf Seiten der Radikalen eine Neigung bestehe, in eventuellen Abschlagszahlungen mehr zu sehen als die überfällige Zuweisung unb streitbarer Rechte.

Demgegenüber argumentierten Scheidemann (auf dem Jenaer Parteitag 1913) und die Ge-

werkschaften ähnlich wie Kurt Riezler, der außenpolitische Chefideologe Bethmann Hollwegs, in seiner Theorie des kalkulierten Risikos. Für die Führer der Arbeiterbewegung hatten die Stimmengewinne die gleiche Funktion wie das steigende Rüstungspotential für Riezler: Sie galten als wirkungsvollste und zuverlässigste Verbündete am Verhandlungstisch. Die von Bebel anlässlich der Reichstagswahlen wiederholt ausgegebene Devise, ein Stimmenzuwachs für die SPD bilde die beste vorbeugende Maßnahme gegen den inneren Krieg, erfüllte eine ähnliche Funktion wie die von den Bethmann Hollweg nahestehenden bürgerlichen Historikern verbreitete Meinung, eine Heeresverstärkung trage zur Sicherung der Stellung des Reichs in der Mitte Europas und zur Verhinderung eines Zweifrontenkrieges bei. In beiden Fällen kalkulierte man jedenfalls, daß unter derartigen Voraussetzungen Verhandlungen von Macht zu Macht stattfinden würden, in denen Bedingungen eines dauerhaften Friedens vereinbart werden könnten.

Man kann sagen, daß das konstitutionelle System in Deutschland begann, eine Strategie des Ausweichens vor Konflikten zu entwickeln in der Hoffnung, es werde sich allmählich ein Gleichgewicht der Kräfte einpendeln, in dem die konservativen und die revolutionären Dok-

trinäre an Widerhall einbüßen würden⁷⁴). Die Reformisten in der SPD hofften nach den Wahlerfolgen von 1912 — ähnlich wie die Fortschrittspartei 1907 —, daß die Regierung ihr wegen des Machtgewinns alte Forderungen bewilligen müsse. Scheidemann verteidigte diese Spekulation gegen den Vorwurf der Radikalen, die Parteiführung ahme den Kotau der Bourgeoisie vor dem feudal-militaristischen Preußentum nach. Er wies die Anklage, die von der SPD-Führung beanspruchten oder von den herrschenden Klassen in Aussicht gestellten Konzessionen würden bestenfalls selbstverständliche Forderungen erfüllen, keineswegs aber den Weg zur sozialistischen Gesellschaftsordnung erleichtern, mit der nicht nur taktisch gemeinten Behauptung zurück, die SPD werde, auf ihre eigene Machtposition vertrauend, kein bequemer Verhandlungspartner sein. Er konterte den Vorstoß der Radikalen, indem er ihnen vorhielt, daß man die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft in den Augen des Volkes nur diskreditieren würde, wenn man die falsche Methode, nämlich vollendete Tatsachen zu schaffen (wie es jede Revolution bezweckt oder zur Folge hat), anwende.

Scheidemann näherte sich mit seiner Verteidigungsrede auf dem letzten Parteitag der SPD vor Kriegsausbruch in Jena 1913 dem Standpunkt der Reformisten, die verlangten, daß die SPD endlich lernen solle, im System ihre Einflußchancen zu suchen und zu nutzen, statt durch das Revolutionsgerede die Selbstisolierung der Arbeiterschaft zu verlängern und aufgrund ihrer Borniertheit die junkerlich-klerikale Reaktion zu ermöglichen (Eduard David). Die Politik des Ausharrens und des Ausbaus der eigenen Organisation verband sich hier mit dem Plädoyer für eine Politik punktuell-pragmatischer Verständigung mit anderen sozialen Kräften, um dem Kurs der Regierung den eigenen Stempel aufdrücken zu können.

⁷⁴) Die Rechnung ging nicht auf, weil die Regierung Bethmann Hollweg nicht den ihr zugeordneten Part spielen wollte: Sie scheute die Loslösung von den mit den Agrardemagogen liierten Deutsch-Konservativen und die Kampfansage an die schwerindustriellen Scharfmacher. Andererseits registrierte sie zwar die Wandlungen in der SPD hin zur Reformpartei, beantwortete die Öffnung der SPD zur Mitte aber nicht mit erhöhter Verhandlungsbereitschaft. Die Regierung, die weiterhin auf die Machtverhältnisse in Preußen Rücksicht nehmen mußte und dort direkt mit den Rechtskräften zu tun hatte, schätzte deren Macht höher ein als die bürgerlichen Reformer, die sich von den anti-sozialistischen Schlagworten zu lösen begannen. Die Reformer hielten sich stärker an die Symptome und Indizien des Unsicherheitsgefühles der Rechtskräfte.

Die Reformisten in der SPD wollten — im Vertrauen auf die Stärke der organisierten Macht der SPD, die eine Verschlechterung der Lage abwehren könne — dazu übergehen, zusammen mit den bürgerlichen Reformkräften das System aufzulockern und schrittweise zu ändern. Machtwille beschränkte sich hier freilich — wie beim Vorstoß der Nationalliberalen in der Reichsgründungszeit — auf zielstrebige Einflußnahme auf die Gesetzgebung. Die Verankerung des Einflusses auf legislatorische Regierungsakte erhielt den Vorrang vor der Übernahme von Macht und Verantwortung, vor der Parlamentarisierung der Regierungsgewalt.

Die Tatsache, daß konservativ-klerikale Reichstagsmehrheiten jahrzehntelang das Gesicht der deutschen Politik prägen konnten⁷⁵), indem sie Regierungsvorlagen umgestalteten oder ihre wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Interessen über das Gesetzgebungsverfahren durchsetzten —, leistete offenbar dem Eindruck Vorschub, daß dieser Aspekt wichtiger sei als das Problem der Rekrutierung des Regierungspersonals aus den Reihen der Mehrheitsparteien. Taktische Gründe, wie die Ansicht, daß feste Mehrheiten durch Verständigung über Fragen, die in der Kompetenz des Reichstags lagen, eher zu erzielen seien, und das Wissen um die eigenen Schwächen (welche Abgeordneten waren ministeriabel?) verstärkten diesen Eindruck. Erst in der Endphase des Weltkriegs wurde den Linksparteien und der Mitte bewußt, daß die Verständigung über ein Regierungsprogramm nicht schon eine Garantie für seine Ausführung darstellte. Die gleichzeitig damit ausgebildeten Formen der Regierungsbildung und der Auswahl der Ministerkandidaten trugen dann aber sofort dazu bei⁷⁶), den Übergang zum parlamentarischen System zu diskreditieren und den Ruf nach einem plebitären Ersatzkaiser und einer neutralintegren Bürokratie erneut und mit Nachdruck zu erheben.

⁷⁵) Diese Beobachtung hatte anscheinend für die Linksblock-Ideologie mehr Gewicht als die von den Zeitgenossen verfochtene These von der Pseudo-Parlamentarisierung in Preußen, d. h. die personelle Verflechtung zwischen Mehrheitspartei im Abgeordnetenhaus und Regierung, Bürokratie, Militär und Hofgesellschaft.

⁷⁶) S. hierzu vor allem U. Bernbach, (Anm. 55) und D. Grosser, a. a. O. Ich habe diese Frage bereits in meiner Dissertation: „Deutscher Historismus und der Übergang zur parlamentarischen Demokratie. Untersuchungen zu den politischen Gedanken von Meinecke-Troeltsch-Max Weber“, Lübeck-Hamburg 1964, behandelt.

Zur politischen Relevanz historischer Theorien

Die Imperialismus-Diskussion im Schatten des Kalten Krieges

Wilhelm Treue hat sich vor kurzem in dieser Zeitschrift mit einigen der wirtschaftshistorischen Arbeiten zum deutschen Imperialismus beschäftigt, die im letzten Jahrzehnt von Historikern aus der DDR vorgelegt worden sind¹⁾. Seine Bilanz ist überwiegend negativ: Die Bücher und Aufsätze, die er rezensiert hat, stellen seiner Meinung nach mehr oder weniger säuberlich erarbeitete Stilübungen dar, worin das Quellenmaterial hauptsächlich die Funktion hat, die obligatorischen Ausgangsthesen der Autoren zu untermauern, welche zugleich Anfangspunkt und Schlußfolgerung ihrer Analysen bilden und einen vornehmlich politisch-propagandistischen Charakter besitzen. Eine monolithische staatliche Ideologie verhindert, so müßte man aus Prof. Treues Kritik folgern, sowohl eine umfassende Aktenforschung wie auch eine unabhängige und systematische Reflexion über das erarbeitete Material seitens der Historiker der DDR. Anscheinend auf Grund dieser vermeintlichen Beobachtung orientiert sich die Kritik Treues viel stärker an der Ideologie des Marxismus-Leninismus als an den geschichtswissenschaftlichen Leistungen und Mängeln der behandelten Autoren.

Diese Ideologiekritik weist nun genau dieselben Fehler und Blindheiten auf, die Prof. Treue in den rezensierten Arbeiten zu finden meint. Es muß vorweg bemerkt werden, daß der von ihm so heftig verworfene Marxismus-Leninismus Anspruch darauf erhebt, eine geschichtswissenschaftliche Methodologie zu bilden. Angesichts der reichen, obgleich in der Qualität recht unterschiedlichen Ernte von an Marx orientierten Analysen, die in den letzten fünf Jahren auch in der Bundesrepublik erschienen sind, dürfte dieser methodische Anspruch kaum eine umstürzende Neuigkeit in der Wissenschaftsgeschichte mehr sein. Davon

erfährt man in dem Aufsatz von Prof. Treue indessen nichts. Er bringt das Kunststück fertig, die Bedeutung des Marxismus-Leninismus für die Geschichtswissenschaft am Beispiel der zitierten Literatur aus der DDR zu diskreditieren, ohne sich mit den Fragestellungen der Arbeiten auch nur am Rande auseinanderzusetzen²⁾.

Womit beschäftigt sich die moderne Wirtschaftsgeschichte? Nach dem Aufsatz von Prof. Treue zu urteilen, müßte sie sich in erster Linie mit der Persönlichkeit führender Wirtschaftsfiguren befassen. Daß die Historiker der DDR dieser Problematik sowenig Aufmerksamkeit schenken, daß ihre Abhandlungen sich vorwiegend auf Strukturen, Prozesse, Interessengruppen und Bewegungen konzentrieren, scheint ihm nicht ganz geheuer zu sein. War Schacht denn nicht „Deutschnationaler mit Hang zum Nationalsozialismus, kosmopolitischer Nationalist, ... unabhängig sich äußernder, mutiger Minister und Präsident“ (S. 21 des Beitrages)? Prof. Treue möchte die persönliche Rivalität zwischen Schacht und Göring in den Vordergrund der Darstellung nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik bringen. Der Leser möge für sich entscheiden, ob dieser Ansatz wichtigere Fragestellungen eröffnet als der des so arg zurechtgewiesenen Herrn Gossweiler: „Je erfolgreicher Schacht für die Aufrüstung des faschistischen Deutschland tätig war, desto mehr untergrub er seine eigene Stellung, indem er die Umstände beseitigen half, die ihn unentbehrlich gemacht hatten.“³⁾ Mir scheint, daß Prof. Treue rein deskriptive Belletristik betreibt, während Herr Gossweiler durch analytische Argumentation wirtschaftshistorische Zusammenhänge aufdecken will.

Wo sich andererseits Herr Czichon — im Gegensatz zur Mehrheit seiner Kollegen und

¹⁾ „Zur jüngeren Wirtschaftsgeschichtsschreibung in der DDR über den ‚deutschen Imperialismus‘“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 33/71 v. 14. August 1971. Die folgenden Ausführungen beschränken sich auf methodologische Probleme sowie auf die Wirtschaftsgeschichte des nationalsozialistischen Regimes, da der Verf. nicht kompetent ist, sich zu Prof. Treues Kritik an der Arbeit von Joachim Mai zu äußern.

²⁾ Nicht wesentlich anders waren die Reaktionen von Prof. Treue auf die Veröffentlichungen von Hans-Ulrich Wehler zum gleichen Thema; s. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11. Juli 1969 und 23. Sept. 1970.

³⁾ Kurt Gossweiler, *Der Übergang von der Weltwirtschaftskrise zur Rüstungskonjunktur in Deutschland 1933—1934*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Teil II, S. 115.

durchaus im Sinne von Prof. Treues Kritik an ihnen — sich eben gerade mit Persönlichkeiten beschäftigt, da wird er sofort zum Ziel eines außerordentlich scharfen Angriffs, denn er hat sich herausgenommen, die frühere Laufbahn einer der wichtigsten Figuren in der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik zu untersuchen⁴). Zugegeben, Herr Czichons Zweck war sicherlich nicht frei von aktuellen politischen Überlegungen. (Ob Prof. Treue nicht ebensolche Überlegungen bei der Abfassung seines Manuskriptes angestellt hat, mag zunächst dahingestellt bleiben.) Es kann auch sein, daß Herr Czichons Porträt von Hermann Josef Abs in der Tat schwerwiegende Entstellungen und Unterschlagungen enthält. Darüber wird — was einen eigentlich überraschen müßte — ein Gericht demnächst zu befinden haben. Man hätte aber gern von Prof. Treue gehört, ob Czichons Abs-Bild durchgängig falsch ist: Ob es seinen Einfluß zwischen 1933 und 1945 sowie den der Banken, bei denen er beschäftigt war, in der Tat maßlos übertreibt; ob man für seine Tätigkeit in den besetzten Gebieten Europas völlig andere Erklärungen finden kann. Denn Prof. Treue ist wohl einer der ganz wenigen Wirtschaftshistoriker, die über die erforderlichen Fachkenntnisse in diesem sehr komplexen Bereich verfügen, um ein solches Urteil abzugeben.

Daß er eine distanzierte und abwägende Würdigung von Czichons Arbeit, die Fragen dieser Art reflektiert hätte, in einem Aufsatz schuldig bleibt, der zugleich ein Plädoyer für die Rolle der Persönlichkeit in der Wirtschaftsgeschichte enthält, mutet etwas paradox an. Die Tatsache, daß die Nachlässe führender Industrieller und Bankiers sowie der Inhalt von Firmenarchiven im Westen sich zum größten Teil im Privatbesitz befinden⁵), ist aber wohl der Hauptgrund dafür, daß solche Studien bis dato überwiegend Auftragsarbeiten gewesen sind, die für die Wirtschaftsgeschichte einen sehr begrenzten Wert haben. Nur in den seltensten Fällen sind die Fragestellungen solcher Arbei-

⁴) Eberhard Czichon, *Der Bankier und die Macht. Hermann Josef Abs in der deutschen Politik*, Köln 1970; der Text der DDR-Ausgabe dieses Buchs, der mit einem langen Dokumentenanhang versehen ist, weist einige Unterschiede auf (Hermann Josef Abs. *Porträt eines Kreuzritters des Kapitals*, Berlin 1969). Die Abfassung dieses Aufsatzes wurde dadurch wesentlich erleichtert, daß beide Bücher — trotz einstweiliger Verfügung — im westdeutschen Buchhandel noch leicht erhältlich sind.

⁵) In diesem Zusammenhang erscheint es dem verfassungsjuristischen Laien, als enthielte das Grundgesetz einen eventuellen Widerspruch, denn die Eigentumsgarantie ist nicht immer vereinbar mit der Freiheit der Forschung.

ten von irgendeinem übergeordneten methodologischen Interesse.

Nun liegen einige relevante Archivbestände in der DDR. Diese sozusagen archivarische Folge der Teilung Deutschlands bedeutet, daß sich führende Persönlichkeiten im westdeutschen Wirtschaftsleben ihnen unsympathische biographische Darstellungen werden gefallen lassen müssen. Eigentlich müßte es aber gerade demjenigen schwerfallen, diesen Tatbestand zu bedauern, der der Überzeugung ist, Wirtschaftsgeschichte sei die Geschichte handelnder Menschen und nicht die Aufdröselung blinder Prozesse — immer vorausgesetzt, daß auch die kritischste Biographie keine unbegründeten Diffamierungen und Verdächtigungen enthält.

Die Problematik der Rolle der Persönlichkeit bildet aber nur einen sekundären Aspekt in dem übergeordneten, von Prof. Treue sorgsam ausgelassenen Zusammenhang der geschichtswissenschaftlichen Methodologie. Die eigenartige Mischung von naivem Positivismus und oberflächlicher Polemik, die seinen Aufsatz kennzeichnet, wirft die Frage nach den Ursachen für die Misere der modernen Wirtschaftsgeschichte in Deutschland in der Zeit nach 1914 auf — eine Frage, die vielleicht einer detaillierten Untersuchung wert wäre. Nach den großen Arbeiten der Pioniere im 19. Jahrhundert ist diese Disziplin von den deutschen Historikern und Ökonomen bis Ende der 1950er Jahre fast völlig vernachlässigt worden. Noch immer gibt es keine fundierte deutsche Darstellung der Kriegswirtschaft 1914—1918, der großen Inflation vom Jahr 1923 oder der Weltwirtschaftskrise. Und die in der Bundesrepublik erschienenen Arbeiten über die Wirtschaftsgeschichte des „Dritten Reiches“ befassen sich in der Hauptsache mit den eher politischen Fragen der Kriegsvorbereitung und -durchführung. Selbst die brillianten Monographien von Dieter Petzina und Jörg-Johannes Jäger über die letztgenannten Fragen fußen nicht auf einem durchdachten Konzept des Wirtschaftssystems⁶). So gut sie auch die einzelnen Aspekte der Entwicklungen beleuchten, vermögen sie dennoch keinen überzeugenden Überblick über den Stellenwert ihrer Forschungsergebnisse zu vermitteln. Die Wirtschaft wird in erster Linie aus der Perspektive des Politikers, des Generals oder des Beamten gesehen, die die Prozesse zu beeinflussen suchten. Die Prozesse selber dagegen kommen

⁶) Dieter Petzina, *Autarkiepolitik im Dritten Reich*, Stuttgart 1968; Jörg-Johannes Jäger, *Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Dritten Reiches vom Ausland*, Berlin 1969.

viel zu kurz. Markt und Wettbewerb als Organisationsprinzipien der deutschen Wirtschaft in diesen Jahren, die erstrebte Regelung beider durch die Industrie selber, das Verhältnis zwischen wirtschaftlichem Wachstum und wirtschaftlicher sowie politischer Expansion beispielsweise werden nicht eingehend erörtert; darum werden auch die politischen Einflüsse auf die Wirtschaft implizit überschätzt. Alle wissenschaftliche Aufmerksamkeit gilt den Lenkungsmaßnahmen, wenig Beachtung hingegen dem ungemein dynamischen Bereich des öffentlichen Lebens selbst, der gelenkt werden soll: der deutschen Wirtschaft.

Man mag den Historikern der DDR ideologisches Denken vorhalten wollen; daß sie gerade diese Fragen außer acht lassen, wird man wohl nicht behaupten dürfen. Wenn man überhaupt als Wirtschaftshistoriker nur einige erste Schritte mit Kollegen in den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten zusammen gehen will⁷⁾, so kommt man nicht darum herum, einige explizite Vorstellungen über Regel- und Gesetzmäßigkeiten zu entwickeln, denen gemäß eine kapitalistische Industriewirtschaft funktioniert. Ein mögliches Konzept dieser Art liefert der Marxismus. Er hat den für den Historiker großen Vorteil, daß er selber eine *historische* Wirtschaftstheorie enthält, welche ferner zumindest im Umriss die gesamte Sphäre der Politik mit einbezieht. Die analytischen Komponenten des Marxismus stellen, ihrem eigenen Anspruch nach, sowohl eine Epochentheorie der Entwicklung der modernen Industrieproduktion wie auch ein Erklärungsschema zum Verständnis der wiederholten kurzfristigen Krisenerscheinungen dar, die die Geschichte des Kapitalismus kennzeichnen haben. Auch wenn es bezweifelt werden darf, ob der Marxismus imstande ist, ihnen gerecht zu werden, so muß es doch anerkannt werden, daß keine andere Wirtschaftstheorie vergleichbar umfassende Ansprüche auf einer Ebene geltend gemacht hat, welche dem Historiker zugänglich ist⁸⁾.

Diese im Marxismus wurzelnden gemeinsamen Fragestellungen, mit denen sich die Wirt-

schaftshistoriker der DDR beschäftigen, sind weder spekulativ noch uninteressant — und auch nicht als Propaganda abzutun. Eine kritische Auseinandersetzung mit ihren Arbeiten, die diese Problematik wortlos übergeht, die stillschweigend annimmt, methodologische Probleme dieser Art seien zweitrangig oder gar nicht existent, die sich letztlich damit zufrieden gibt, diese Ausdrucksform des Marxismus als reine Dienstleistung der SED gegenüber zu werten, kommt einer intellektuellen Bankrotterklärung gleich.

Prof. Treue hat es sich viel zu leicht gemacht. Seine Diskussion der von ihm ausgewählten Arbeiten⁹⁾ beschränkt sich weitgehend auf die obligatorischen Marx-, Lenin- und Ulbricht-Zitate der Verfasser. Damit will er vermutlich die angegriffenen Historiker nur noch weiter in ihrer Ehrfurcht vor den großen Autoritäten bestärken. Auseinandersetzungen dieser Art tendieren zu einem absurden Krieg aller gegen alle, in dem der Ausgangspunkt und der Sinn des Konflikts schlechthin vergessen werden. Denn mit dem Fortschritt der Geschichtswissenschaft im Spannungsfeld zwischen Kommunismus und Liberalismus hat der Beitrag von Prof. Treue allenfalls gelegentlich und zufällig etwas zu tun. Es mag sein, daß einige Historiker in der DDR in ihren sturen Phrasen zu einer Überreaktion herausfordern — Ulbricht als Marx-Autorität wirkt eingestandenmaßen etwas aufreizend. Doch hat es wenig Sinn, die Auseinandersetzung mit der marxistischen Geschichtstheorie auf diese Ebene herabzuschrauben. Kontroversen solcher Art können allein die Funktion haben, überkommene ideologische Fronten auf Kosten der Geschichtswissenschaft aufrecht zu halten¹⁰⁾.

Über die konkreten Forschungsleistungen der von Prof. Treue kritisierten Historiker, über ihre Interpretation spezifischer Phasen der neueren deutschen Wirtschaftsgeschichte erfährt man von ihm fast gar nichts. In den seltenen Fällen, wo er selber detailliert und zur Sache schreibt, verfolgt er ausschließlich den Zweck, Autoren wegen irgendeines Wider-

⁷⁾ Unter den bedeutsamen Beiträgen, die er nicht diskutiert, wäre wohl die Abhandlung von Eva Seeber, *Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft*, Berlin 1964, an erster Stelle zu erwähnen. Die von ihr behandelten Themen gehören, so möchte man meinen, ganz in den Mittelpunkt jeder Diskussion über den Imperialismus. Eine einseitige Konzentration der Debatte auf die Antriebskräfte der 'großen Politik' wird den eventuellen Ertrag entscheidend schmälern.

¹⁰⁾ Es soll an dieser Stelle nicht impliziert werden, daß eine 'reine' Geschichtswissenschaft denkbar sei, noch daß diese durch sachliche Diskussion allein alle methodologischen und ideologischen Probleme überwinden könnte.

⁷⁾ Peter Mathias hat einen Aspekt dieser Diskussion in seiner Oxforder Antrittsvorlesung klar zusammengefaßt: *Living with the Neighbours*, Oxford 1971.

⁸⁾ Wirtschaftliche Theorien, die das Wachstum oder die 'Modernisierung' als ihren Angelpunkt nehmen, scheinen in noch größere Schwierigkeiten als der Marxismus zu geraten, wenn es um das Problem des Verhältnisses zwischen ökonomischer und politischer Entwicklung geht. Zur möglichen Bedeutung des markttheoretischen Ansatzes für die Wirtschaftsgeschichte s. John Hicks, *A Theory of Economic History*, Oxford 1969.

spruchs, dieser Unterlassung oder jener Verdrehung zu rügen. Und dies geschieht mit einem bestechenden Hang zur Verallgemeinerung: „Es fehlt hier der Raum, um die beachtliche Zahl der Widersprüche im einzelnen darzustellen . . .“ (S. 19; ähnlich auch S. 17).

Man muß nicht selber Marxist sein, um die wissenschaftliche Bedeutung einiger in der DDR erschienenen Arbeiten zur deutschen Wirtschaftsgeschichte anzuerkennen; man muß nur an der historischen Forschung interessiert sein. So stellt etwa Kurt Gossweilers Analyse des Übergangs von der Arbeitsbeschaffung zur Rüstungskonjunktur 1933/1934 zweifelsohne einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik dar¹¹⁾. Andererseits bin ich mit Prof. Treue einer Meinung darin, daß ein zweiter Aufsatz von ihm sehr schwer verständlich ist¹²⁾. Seine wissenschaftlichen Bemühungen gehen eindeutig dahin, die Existenz wirtschaftlicher und politischer Richtungskämpfe innerhalb der ökonomisch herrschenden Klasse zu belegen und zu interpretieren. Der eine Versuch mag besser gelungen sein als der andere, zweierlei steht aber fest: Es gibt gar keinen Anhaltspunkt dafür, das gesamte wissenschaftliche Unternehmen von vornherein zu disqualifizieren; weiter, dieser Ansatz bildet eine interessante Fortentwicklung früherer marxistischer Interpretationen des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“, die in der DDR selber einige Jahre lang umstritten war. Weder die wissenschaftliche Frage — stimmt die These? — noch auch ihre politisch-historiographische Funktion innerhalb des Marxismus scheint Prof. Treue zu interessieren. Er fällt statt dessen eine Reihe von Urteilen, die einem Preisrichter vielleicht angemessen wären, einem geistig interessierten Publikum aber nicht genügen können: So ist Prof. Kuczynski „zugleich aber auch (der) gedanklich wendigste(n) Wirtschaftshistoriker in der DDR“, und Dr. Gossweiler „zieht in sehr geschickter Weise neuere westeuropäische Literatur heran“ (S. 11, S. 15). Welche diskutablen Thesen und Forschungsergebnisse diese Wissenschaftler kraft ihrer so gelobten Fähigkeiten vorgelegt haben, bleibt im Hintergrund.

Ähnlich ergeht es dem bedauernswerten Herrn Czichon, der nicht einmal das zunftmäßige

Handwerk richtig beherrsche, der andauernd falsch zitiere und der sich eindeutig in Berlin (Ost) beliebt machen wolle, indem er eine der führenden Figuren im westdeutschen Wirtschaftsleben angreift¹³⁾. Inwieweit Czichons Biographie von Hermann Josef Abs diffamierende Entstellungen und Unterschlagungen enthält, vermag ich genausowenig zu beurteilen wie Prof. Treue: Wir haben beide keine Einsicht in die wichtigsten der vom Autor benutzten Aktenbestände in Ostberlin gehabt. Ich habe an anderer Stelle auf Ungenauigkeiten in einer früheren Veröffentlichung von Herrn Czichon hingewiesen¹⁴⁾, die Quellen für das zur Diskussion stehende Buch kenne ich indessen nicht. Mir scheint aber, daß seine Abhandlung über Abs den ersten ernsthaften Versuch überhaupt darstellt, die Rolle und Entwicklung der großen deutschen Privatbanken im nationalsozialistischen Deutschland an Hand originären Aktenmaterials zu analysieren. Mir ist — außer Auftragsarbeiten — keine ähnliche Studie bekannt. Die Wirtschaftshistoriker der Bundesrepublik, der Schweiz, Eng-

¹³⁾ In Anm. 145, S. 28 seines Aufsatzes, zitiert Prof. Treue, ohne mich zu fragen, ein Gespräch zwischen uns, nach dem ich „es ablehnt[e], Czichon als einen wissenschaftlichen Historiker ernst zu nehmen“. Nach meiner Erinnerung ist diese Formulierung viel zu scharf: Genauigkeit ist nur eine Qualität unter mehreren, die man von einem Historiker erwartet. Aus zwei weiteren Gründen finde ich die Verfahrensweise von Prof. Treue an dieser Stelle völlig unverträglich. Erstens bildet dieser Satz einen billigen ideologischen Schachzug, denn auch andere Kollegen haben Czichons Quellenarbeit bemängelt; meine angeblichen Bemerkungen sind nur darum für ihn von Interesse, weil ich „dem Sozialismus zumindest nahe“ stehe (ebda.). Diese sozusagen ideologische Tatsache kann nur in einem juristischen, nicht aber in einem wissenschaftlichen Zusammenhang von Bedeutung sein. Zweitens wäre das Leben als Wissenschaftler völlig unerträglich, wenn Gespräche andauernd in wissenschaftliche Veröffentlichungen zitiert werden würden — selbst akkurat zitiert. Dieser doppelte Mißbrauch eines Gesprächs, um einen dritten Kollegen — ohne Vorkenntnis des Gesprächspartners — zu kritisieren, ist mir in der seriösen historischen Literatur noch nie begegnet. Dies reicht aber für Prof. Treue nicht aus. In der nächsten Etappe seiner Verfolgung von Herrn Czichon zitiert er — durch falsche Zeichensetzung sinnentstellend und wiederum ohne mich zu informieren — aus dem Brief, den ich ihm in Protest gegen seine Verfahrensweise in dieser Zeitschrift schrieb. Siehe „Ein Fall von Arisierung im Dritten Reich und heute“, in: Tradition, Heft 5/6 1971, S. 289.

¹⁴⁾ Vgl. die Diskussionsbeiträge in: Das Argument, Nr. 47. Ich habe persönlich wenig Grund, Herrn Czichon hier zu verteidigen, denn er wiederholt in: Der Bankier . . ., a. a. O., S. 67 ein sinnentstellend verkürztes Zitat von mir, das ich schon in der genannten Nummer des Argument richtiggestellt hatte. Vgl. ferner Henry Ashby Turner Jr., Big Business and the Rise of Hitler, in: Amer. Hist. Rev., vol. LXXV, No. 1. Okt. 1969, S. 66, Anm. 45.

¹¹⁾ Gossweiler, Der Übergang . . ., a. a. O. Vgl. dazu die aufschlußreiche Untersuchung von Dörte Doering, Deutsche Außenwirtschaftspolitik 1933 bis 35, Phil. Diss., WiSo. Fak., FU Berlin, 1970, hier S. 315 f.

¹²⁾ Kurt Gossweiler, Die Vereinigten Stahlwerke und die Großbanken, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1965, Teil IV.

lands und Amerikas haben sich — von der undurchsichtigen Figur Schachts und der Theorie Keynes' fasziniert — hauptsächlich auf die staatliche Kreditpolitik konzentriert. Es ist, nebenbei bemerkt, schon allein aus diesem Grund etwas befremdend, daß Prof. Treue die angebliche Vernachlässigung der Thematik in der DDR moniert. Daß das Thema von erst-rangiger Bedeutung ist, müßte für ein wissenschaftliches Publikum auf der Hand liegen. Man müßte sich außerdem fragen, warum es so lange nicht aufgegriffen worden ist.

Diese Frage ist sicherlich schwer zu beantworten. Abgesehen vom Problem der Zugänglichkeit des Aktenmaterials dürfte aber einer der Gründe in der extremen Komplexität der in den Akten festgehaltenen Vorgänge liegen. Als Historiker bräuchte man etwa ein zwei-jähriges Bankpraktikum, um die Bedeutung bankpolitischer Entscheidungen immanent zu verstehen — was immer eine Voraussetzung für eine theoretisch zusammenhängende Analyse der relevanten Geschäftsverfahren sein muß. In dieser Hinsicht war ich selber von Herr Czichons Studie etwas enttäuscht, denn man erfährt daraus wenig über die Rolle der privaten Institute im Wirtschaftssystem; die Differenzierung zwischen nominellem Besitz, wirtschaftlichem Einfluß auf einzelne Unternehmen und wirtschaftspolitische Macht wird nicht genau genug vollzogen. Die Probleme lösen sich etwas voreilig in einem Prozeß finanzieller und wirtschaftlicher Konzentration auf, dessen Konturen und Antriebskräfte verschwommen bleiben. Immerhin wirft das Buch zweifelsohne eine Reihe neuer und bedeutungsvoller Fragen für die zeitgeschichtliche Forschung auf.

Es ist vielleicht lohnenswert, die Kategorien von Treues Kritik an den Arbeiten von Czichon, Gossweiler und Eichholtz etwas genauer zu prüfen. Was sind seine Kriterien für Wissenschaftlichkeit? Welchen Bezugsrahmen für die moderne Wirtschaftsgeschichte schlägt er hier vor?

Er entrüstet sich vor allem über die unsaubere Quellenarbeit der Autoren. Läßt man einmal folgenlose Fehler in Detailfragen außer acht, so gilt dies innerhalb der Historiker-Zunft und auch darüber hinaus wohl als der schwerwiegendste Vorwurf, der von einem Kritiker erhoben werden kann. Gerade darum aber obliegt es dem Rezensenten in seiner eigenen Beweisführung, d. h. in der Begründung seiner Vorwürfe, selber ganz besonders genau zu sein. Prof. Treue ist es nicht. Für mehrere für seine Kritik zentrale Behauptungen führt er selber keine Belege an: so z. B. für die Größenordnung des Einflusses sowjetrussischer Ver-

träge in der deutschen Wirtschaft während der Krisenjahre (S. 14); für die Rolle des Ministeriums Todt in den Jahren 1940/41 (S. 22)¹⁵⁾; für die Aussagen von Baron v. Schröder im November 1945 (S. 26).

Sein Aufsatz enthält außerdem mehrere Pauschalurteile, die nur dann wissenschaftlichen Wert hätten, wenn sie sich auf eine konkrete Beweisführung und Argumentation oder aber wenigstens auf die Ergebnisse der zitierten Arbeiten gestützt hätten, welche er jedoch nur isoliert als Selbstverständlichkeiten vorträgt. Ist es wirklich ohne weiteres klar, daß die Historiker der DDR „die Bedeutung . . . der IG-Farbenindustrie . . . im Rahmen der Gesamtwirtschaft überbewerte(n)“?¹⁶⁾ Und wenn er die Rolle Goedelers in der außenpolitischen Krise der Jahre 1938/39 gegen die in der DDR aufgestellte Behauptung verteidigt, Goerdeler habe selber imperialistische Ziele vertreten, so sieht er geflissentlich an der fundierten und abgewogenen Abhandlung von Hermann Graml zu diesem Thema vorbei¹⁷⁾. Seine Verteidigung von Thyssen gegen ähnlich absurde Angriffe — so will er suggerieren — ist in der Tat selber absurd, beziehen sich doch die kritischen Urteile der besprochenen Autoren auf die Zeit vor 1934, in der Thyssen, wie nun hinlänglich bekannt sein müßte, die NSDAP unterstützt und beraten hat.

Prof. Treue ist offensichtlich darüber empört, daß marxistisch-leninistische Historiker sich die Freiheit nehmen, Bankiers zu verunglimpfen. Er sollte aber dann konsequenterweise davon absehen, selber diese Historiker zu diffamieren. Die Passage, in der Dr. Eichholtz als „Geschichtsfälscher“ bezeichnet wird, ist ein treffendes Beispiel eben der Verfahrensweisen, über die er sich bei anderen so aufzuregen vermag. Allein weil Eichholtz in einem *Zitat* einem Syndikus ungenaue wirtschaftstheoretische Kenntnisse zuschreibt, stellt Prof. Treue seinen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit radikal und wiederholt in Frage (S. 23, S. 27). Es ist aber wohl pure Vermutung, daß Eichholtz das Dokument unrichtig wieder-

¹⁵⁾ Die Interpretation von Dr. Eichholtz in dieser Frage wird indirekt bestätigt durch die wiederholten Forderungen führender Industrieller im letzten Vierteljahr 1939, die Reichsregierung möge eine mit effektiven Vollmachten versehene Instanz schaffen, um die Kriegswirtschaft zu dirigieren; s. die Protokolle mehrerer Besprechungen mit General Thomas im Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg, WilF5, Bd. 412.

¹⁶⁾ Siehe dagegen Petzina, Autarkiepolitik . . . , a. a. O., S. 123, 173.

¹⁷⁾ Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes, in: Der deutsche Widerstand gegen Hitler, hrsg. von Walter Schmitthenner und Hans Buchheim, Köln/Berlin, 1966.

gibt; offensichtlich kennt Treue das Aktenstück selber nicht, denn er hätte es sonst wohl „richtig“ zitiert. Die Unwahrscheinlichkeit der darin festgehaltenen Aussage ist für ihn Grund genug, seinen Gegner in der Auseinandersetzung unverblümt als „Geschichtsfälscher“ abzustempeln. Schwerwiegendere Formen der Polemik lassen sich in einem wissenschaftlichen Kontext kaum vorstellen; zumindest kann Prof. Treue keinen so gravierenden Fall seitens der rezensierten Autoren vorbringen¹⁸⁾.

Treues Kritik an Czichon bleibt größtenteils auf einer ähnlichen Ebene der kenntnislosen Verdächtigung. Ohne daß er die Quellengrundlage aus erster Hand kennt, fühlt er sich berufen, die schiere Existenz des gesamten von Czichon herangezogenen Aktenmaterials in Frage zu stellen. Er stellt die Tatbestände wohl gemerkt nur in Frage, er suggeriert nur, daß die Akten erfunden seien, denn ganz genau weiß er es auch wieder nicht. Das heißt, auch hier bedient er sich einer Methode der vage formulierten Unterstellung, die er bei den Historikern der DDR gerügt hat (u. a. S. 27).

Zum Sachverhalt ist folgendes zu sagen: Was die Aktenbestände der Deutschen Bank angeht, so dürfte es nicht überraschen, daß Prof. Mai in seiner Bibliographie allein von Restbeständen spricht, Herr Czichon dagegen eine umfangreiche Dokumentation ausgewertet haben will: Schließlich hört Mais Interesse an dem Bestand um das Jahr 1900 auf, während sich Czichon hauptsächlich mit der Zeit nach 1937 beschäftigt. Der scheinbare Widerspruch zwischen den beiden Historikern aus Ostberlin ist eben nur scheinbar. Ob es „nachweislich unzutreffend“ ist, daß Czichon viele der von ihm zitierten Akten der Reichskanzlei (Bundesarchiv Koblenz) tatsächlich eingesehen hat, ist zumindest fraglich: Denn es gibt inzwischen viele Mikروفilmkopien dieser Akten, und er hätte sie durch verschiedene Institute in der Bundesrepublik, in den USA und vielleicht auch in der DDR beziehen können, ohne daß das Bundesarchiv davon Kenntnis gewonnen haben müßte. Es ist ferner geradezu lächerlich,

¹⁸⁾ Es sei an dieser Stelle festgehalten, daß Czichon und Eichholtz ihre Polemiken gegen nicht-kommunistische Kollegen entschieden sachlicher halten als Treue; vgl.: Argument, Nr. 47, Eichholtz' letzter Aufsatz enthält einige unbegründete und sinnlos scharfe Passagen, doch setzt er sich mit den Hauptthesen der von ihm besprochenen inhaltlich auseinander, zitiert sie ausführlich und kommt zu differenzierten Schlußfolgerungen. Vgl.: Alte und „neue“ Konzeptionen. Bürgerliche Literatur zur Geschichte des Faschismus in Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1971 Teil III.

zu beanstanden, daß Herr Czichon die amtlichen Titel von zwei Archiven falsch wiedergibt. Daß die Westberliner CDU ihm Einsicht in ihre Archivalien gewährt haben könnte, möchte selbst Prof. Treue nicht glauben: Es handelt sich hier eindeutig um die CDU der DDR. Zweitens besteht eine gewisse Entschuldigung dafür, das Westberliner Geheime Staatsarchiv falsch zu benennen, in der Tatsache, daß diese Institution selber einige Zeit im unklaren gewesen zu sein scheint, wie sie sich nennen sollte. Sogar ein so genauer Wissenschaftler wie Dr. S. Aronson fand es noch 1971 ratsam, beide Titel in seiner Bibliographie aufzuführen¹⁹⁾.

Durch Techniken dieser Art ist Prof. Treue bestrebt, eine Abwehrhaltung unter seinen Lesern hervorzurufen, noch ehe er den Inhalt des Buches überhaupt zur Diskussion stellt. Mit den Grundlinien von Herrn Czichons Interpretation der Wirtschaftsgeschichte des „Dritten Reiches“ setzt er sich überhaupt nicht auseinander: die vorangegangene Abqualifizierung rein spekulativer Art entlastet ihn, zumindest in seiner eigenen Sicht, von dieser analytischen Arbeit. Drei Punkte folgen dann in seiner Kritik:

Zunächst führt Prof. Treue eine Reihe von Details an, die bei Herrn Czichon unrichtig sein sollen. Mangels Belegstellen aber wird es dem Leser nicht möglich gemacht, sich von der Richtigkeit der Kritik voll zu überzeugen. „Die Welt am Sonntag“ wird nicht jedem Dozenten und Schullehrer als die beste Quelle für derartige Behauptungen erscheinen²⁰⁾. Dennoch ist solche Detailkritik, wo berechtigt, für die Bewertung aller wissenschaftlichen Arbeit sehr wichtig. Fehler dieser Art sprechen aber — solange sie nicht irgendeine Konsequenz haben — eher für Schludrigkeit, Eile, Sorglosigkeit bei der Fahnenkorrektur usw. als für systematische Verdrehungen von Tatbeständen. So irritierend und verunsichernd es auch ist, zahlreiche Detailfehler in einem Buch festzustellen, so reicht die Feststellung aber an sich noch nicht aus, um auch die Argumentation von vornherein als indiskutabel abzutun. Czichons Studie sowie die in der DDR-Ausgabe veröffentlichten 46 Exzerpte aus dem herangezogenen Quellenmaterial bedürfen of-

¹⁹⁾ Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD, Stuttgart 1971, S. 331.

²⁰⁾ Dieses Versäumnis hat Prof. Treue nun z. T. nachgeholt; s. Tradition, 1971 Nr. 5/6, S. 290—294. Diese Nummer der Zeitschrift, für Oktober geplant (s. Beilage 33/71, S. 29), ist erst Mitte Dezember als Doppelheft erschienen, was die Fertigstellung dieser Erwiderung auf seinen ersten Aufsatz verzögert hat. Die Texte der beiden Beiträge von Prof. Treue sind über weite Strecken im Wortlaut gleich-

fensichtlich einer sorgfältigen archivarischen Analyse²¹⁾.

Die gebotene Genauigkeit ist, nach der Meinung von E. H. Carr, für den Historiker eine Pflicht, jedoch nicht an sich schon eine Tugend. Hat Czichons Studie irgendwelche Tugenden? Sie hat, so möchte man meinen, ein wesentliches Verdienst: als erste die Aufmerksamkeit auf den Fragenkomplex Banken/Wirtschaftsführung/Politik in dieser Zeit gelenkt zu haben. Diese Leistung wäre nur dann zweifelhaft, wenn die Ungenauigkeiten seiner Arbeit weitere Aktenforschung dadurch erschweren würden, daß die beteiligten Personen und Institute sich genötigt fühlen würden, ihre Akten der Wissenschaft nicht mehr zugänglich zu machen. Aber vielleicht würde eine akkurate Darstellung die gleiche Wirkung haben. Es ist zweitens möglich — d. h. das Gegenteil ist noch nicht in allen Aspekten bewiesen —, daß sein Buch die Tugend hat, einen zutreffenden Umriß der Laufbahn von Herrn Abs zu bieten, eine Darstellung, die bei allen Fehlern die Meilensteine, die Wendepunkte und die politischen Umstände in etwa zutreffend schildert²²⁾. Diese Frage bleibt noch offen mangels einer wissenschaftlichen Rezension²³⁾.

Prof. Treue führt weiter zwei Stellen in Herrn Czichons Arbeit an, die es ihm erlauben, von Aktenmißbrauch zu reden. Der Fall des Berichts der amerikanischen Untersuchungskommission, die nach 1945 die Geschäftsführung der Deutschen Bank aufzuklären hatte, scheint

unangefechtbar zu sein. Prof. Treue hat sich aber auch hier nicht dazu bequemt, den Fundort dieses Berichts anzugeben, damit andere Wissenschaftler den Text überprüfen können²⁴⁾. Die Frage der Arisierung des Petschek-Konzerns war sehr viel komplizierter, als sie sowohl bei Czichon wie auch bei Treue dargestellt ist. Die Übernahme der Hubertus Braunkohlen AG war nur ein Teilaspekt, und auch nur ein untergeordneter eines großen und verästelten Verfahrens, wodurch in den Jahren 1937—40 die Besitzverhältnisse im deutschen sowie im tschechischen Kohlenbergbau einschneidend verändert wurden. Über die Rolle von Abs bei diesem Verfahren weiß ich nicht mehr, als was aus den Darstellungen und Akten von Czichon und Treue hervorgeht. Es ist aber unwiderlegbar, daß die Söhne von Ignaz Petschek Anfang 1938 — also *bevor* es einen förmlichen „Druck der Gesetzgebung des Dritten Reiches“ gab (Treue, S. 29) — unter sehr erheblichem wirtschaftlichen und politischen Druck standen, ihr Vermögen zu Preisen weit unter dem Marktwert zu veräußern. Die Probleme wurden in Nürnberg als Teil des Flick-Prozesses eingehend erörtert, und auf der Grundlage der Gerichtsverhandlungen hat Raul Hilberg eine knappe, aber präzise Darstellung der wichtigsten Vorgänge verfaßt. Die Rolle der Familie Abs wird dort nicht erwähnt; es besteht jedoch kein Zweifel daran, daß Flick und die Reichswerke Hermann Göring — entschieden unterstützt durch die Ministerialbürokratie insbesondere im Reichsfinanzministerium — den Hauptanteil an der Arisierung dieses Zweigs des Petschek-Konzerns hatten²⁵⁾. Soviel zum Hintergrund.

Prof. Treues Darstellung der Details in bezug auf die Rolle der Familie Abs ist in jeder Hinsicht plausibel und beruht offensichtlich auf einer breiteren und präziseren Quellenbasis als die von Herrn Czichon zitierte. Doch enthalten seine Ausführungen in dieser Zeitschrift eine für den Laien verwirrende Unklarheit: Czichons Behauptungen über die Motive und das Verhalten von Herrn Abs betreffen

²¹⁾ Es sollte an dieser Stelle vermerkt werden, daß Czichons Arbeit auf einer sehr großen Sammlung gedruckter und ungedruckter Quellen beruht. Damit ist natürlich nichts über die Exaktheit seiner Arbeitsweise gesagt, doch sind auch seine anderen Studien durch hartnäckige und imaginative Forschung gekennzeichnet: so hat er z. B., wie auch der Verf. und unabhängig von ihm, vom beachtlichen Gedächtnis des Reichsministers a. D. Günther Gereke profitiert und seine Memoiren herausgegeben: Schwar königlich-preußischer Landrat, Berlin, 1970. In seiner Forschung ist Herr Czichon wohl intelligenter und emsiger als viele Kollegen in Ost und West. Daß er die westdeutschen Firmenarchive nicht ausgewertet hat, bildet zwar einen Mangel in seiner Abs-Biographie, doch muß gefragt werden, ob ihm dieses Material zur Verfügung gestellt worden wäre. Seine Fähigkeit, große Materialmengen auszusuchen und zusammenzutragen, ist schon Grund genug, um ihn als Historiker ernst zu nehmen.

²²⁾ Es sei hier wiederum auf die Fülle vor allem des gedruckten Materials hingewiesen, auf das sich Herr Czichon stützt.

²³⁾ Auch die Bemerkungen von Reinhard Kühnl in: Das Argument, Nr. 58, S. 268—71, sind ganz unkritisch. Aufschlußreich die von Martin Walser in: Der Spiegel 1970 Nr. 35, S. 128; Nr. 38, S. 16, 214; Nr. 40, S. 23. angeregte Diskussion.

²⁴⁾ Die Akte liegt nun in einer überarbeiteten deutschen Fassung vor: Bericht über die Ermittlungen in bezug auf die Deutsche Bank (OGMUS), Arbeitsmaterialien des IMS Frankfurt, Frankfurt a. M., 1972.

²⁵⁾ Vgl. Raul Hilberg, The Destruction of the European Jews, London 1961, S. 76—81. Helmut Genschel, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966, hat bemerkenswert wenig zu dem Thema zu sagen, was um so auffälliger ist, wenn man bedenkt, daß sein Doktorvater Prof. Treue ihm vielleicht Zugang zu den relevanten Firmenarchiven hätte verschaffen können. In jeder anderen Hinsicht ist Genschels Buch zuverlässig und nützlich.

allein die Hubertus Braunkohlen AG, früher ein Abs'sches Familienunternehmen, worüber die Gebrüder Petschek 1924 die Kontrolle erwarben²⁶⁾; die von Treue erwähnten Akten dagegen betreffen vornehmlich die Ilse Bergbau AG, und seine Darstellung berührt die andere Firma nur am Rande. Erst der von Prof. Treue in der Zeitschrift „Tradition“ abgedruckte Brief von William Petschek an Herrn Abs macht es eindeutig klar, daß die Gebrüder Petschek den Bankier in beiden Arisierungsverfahren als Beschützer betrachteten²⁷⁾. Doch ist auch hier die Beweisführung von Prof. Treue vollkommen unbefriedigend: Ein Historiker sollte es seinem Publikum nicht zumuten, sich mit der Behauptung abzufinden, „Mir sind der erhalten gebliebene Teil des Archivs der ‚Ilse‘ aus der Zeit vor 1945 und ihr Archiv seit dieser Zeit genau bekannt“²⁸⁾ — er sollte seine Kenntnisse genau mitteilen, sonst nutzen sie niemandem.

Prof. Treue begründet seine Zurückhaltung und die Skizzenhaftigkeit seiner Ausführungen zu diesem Thema mit der Bemerkung: „Dieser Komplex ist Gegenstand der gerichtlichen Auseinandersetzung und soll daher hier nicht behandelt werden“ (S. 28). Das ist, in dem zitierten Zusammenhang, kein überzeugendes Argument. Unter solchen Umständen sollte man entweder ganz schweigen oder aber das relevante Material in aller Ausführlichkeit veröffentlichen, damit das interessierte Publikum sich ein eigenes Urteil bilden kann. Prof. Treues Mittelweg kann nur den Effekt haben, die öffentliche Meinung schon vor dem Ende der Gerichtsverhandlungen zu beeinflussen — ohne jedoch die von ihm vertretene Position voll und unzweideutig zu dokumentieren. Es ist in diesem Kontext vielleicht nicht ohne Bedeutung, daß Prof. Treues Aufsatz in dieser Zeitschrift sofort nach Erscheinen zum Bestandteil der Anklageschrift gegen Czichon und den Pahl-Rugenstein Verlag gemacht wurde. Und gerade dieser Historiker ist es, der sich über die „politische Nutzenanwendung“ der in der DDR betriebenen Forschungsarbeit in zeitgeschichtlichen Fragen empören kann (S. 17).

Man darf an diesem Punkt wohl keiner Elfenbeinturm-Ideologie huldigen und bedauern, daß Wissenschaft und politisch-juristische Auseinandersetzungen auf diese Art und Weise

vermengt werden. Angesichts der historischen Vorbelastungen des geteilten Deutschlands ist das wohl unausbleiblich. Es kann auch niemand Herrn Abs sein Recht nehmen, sich gegen Diffamierungen vor Gericht zu verteidigen. Es scheint aber unumgänglich, daß die gesamte Prozedur in allen Stadien öffentlich ist, daß die juristische Auseinandersetzung soweit wie möglich dem gegenwärtigen Stand der geschichtswissenschaftlichen Erforschung der betreffenden Sachverhalte entspricht und daß die angeführten Argumente in allen Etappen stichhaltig sind. Nur dann wird ein Prozeß dieser Art auch für die Geschichtswissenschaft ergiebig sein (— und gerade dieser könnte sicherlich sehr ergiebig sein); nur dann kann die gerichtliche Entscheidung nicht nur gerecht sein, sondern auch gerecht erscheinen. Ob Prof. Treues Beitrag in diesem Sinne wirksam gewesen ist, darf bezweifelt werden.

So wichtig diese aktuellen Fragen auch sein mögen, so ist es doch eine Erleichterung, zum Hauptthema zurückkehren zu dürfen. Wie eingangs gesagt, scheint eine rein ideologische Auseinandersetzung mit der marxistisch-leninistischen Historiographie, wie die von Prof. Treue, völlig ohne Ertrag zu sein. Sie ist ferner dazu geeignet, alle methodologischen Überlegungen in der Wirtschaftsgeschichte diesseits der Elbe als überflüssig erscheinen zu lassen, die Wissenschaft hierzulande in ihrer bloßen Faktenaufzählung und in ihrem Hang zum Geschichtchen-Erzählen nur noch zu bestärken. Nicht allein aber aus diesen allgemeinen Gründen ist es notwendig, die Arbeiten der Historiker in der DDR wissenschaftlich ernst zu nehmen. Sie haben auf Grund ihrer Forschungsleistungen und ihrer Argumentation den unbestreitbaren Anspruch darauf, auf dieser Ebene gelesen und besprochen zu werden — einschließlich Herrn Czichon.

Eine Kritik an ihren Arbeiten müßte wohl immanent ansetzen und prüfen, wieweit es ihnen gelingt, den Marxismus für die neuere Wirtschaftsgeschichte fruchtbar und aufklärend einzusetzen. Die Frage kann nicht uneingeschränkt positiv beantwortet werden. Die von Prof. Treue rezensierten Arbeiten zeigen alle eine merkwürdig verkürzte Perspektive. Aus einer Wissenschaftslehre, die in ihrer klassischen Form den Ehrgeiz hat, epochale Zusammenhänge zu beleuchten, und die dem politischen Raum im Sinne des Liberalismus wenig Bedeutung beimißt, haben sie eine politische Soziologie gemacht, die in Querschnittsanalysen des modernen deutschen Herrschaftsystems und in den Prozessen politischer Willensbildung ihre Schwerpunkte hat. Das ganze erinnert stark an die Methodologie des großen

²⁶⁾ Czichons Darstellung dieser Vorgänge ist — insbesondere was die Kriegsjahre anbetrifft — in der DDR-Ausgabe seines Buchs aus nicht erläuterten Gründen bedeutend ausführlicher: Kreuzritter . . . , a. a. O., S. 59 f.

²⁷⁾ Petscheks Brief wurde am 22. 7. 1970 in Bühlerhöhe, Erholungsheim der Deutschen Bank, verfaßt.

²⁸⁾ Tradition, 1971, Heft 5/6, S. 297 f.

konservativen Historikers Namier; riesenhafte Kapitalgesellschaften treten hier an die Stelle von Namiers Adelsfamilien, verhalten sich aber mit ihren spinnennetzartigen und rivalisierenden Einflusssphären jenen fraprierend ähnlich. Wer saß an welchen Hebeln der Macht, wann und warum? — dies sind sicherlich nicht belanglose Fragen für den Historiker. Im klassischen Marxismus kommt ihnen aber gegenüber den säkular-ökonomischen Fragen der Entwicklung des Wirtschaftssystems eine zweitrangige Bedeutung zu. Lenins Imperialismus-Begriff legt zwar diese Art von Querschnittsanalyse nahe, doch ist dieses theoretische Konzept m. E. sowohl empirisch weniger solide wie auch vordergründiger als die Kategorien des historischen Materialismus bei Marx selber²⁸⁾.

Der politisch-soziologische Ansatz ist, auf den Nationalsozialismus angewendet, um so unbefriedigender, je schmaler das Interesse ist, das die Historiker der DDR für die Entwicklung des Staatsapparats im engeren Sinne aufbringen können. Die Bedeutung wirtschaftspolitischer Erwägungen in der allgemeinen politischen Willensbildung im „Dritten Reich“, ja, das Ausmaß, in dem die politische Führung einem von ihr nicht kontrollierten Wirtschaftssystem ausgeliefert war, ist wahrscheinlich von den Historikern im Westen bislang unterschätzt worden. Doch bleiben in den zur Diskussion stehenden Arbeiten die verschiedenen Varianten der marxistisch-leninistischen Thesen — zunehmende Verschmelzung von staatlichen und monopolwirtschaftlichen Interessen; Nationalsozialismus als „Überbau“ im einfachen Sinne; historische Vorbestimmung nationalsozialistischer Expansion durch den deutschen Imperialismus vor 1918; entscheidende Mitwirkung der großen Kapitalgesellschaften bei den wichtigsten Etappen der Radikalisierung der nationalsozialistischen Politik; dauerhafte und gegenseitig zufriedenstellende Arbeitsteilung zwischen Monopolen und politischer Führung usw. — diese Thesen bleiben allzuoft eben Thesen, deren Überzeugungskraft unter der Unwilligkeit der betreffenden Historiker leidet, die innen-, außen- und rassenpolitische Willensbildung des Regimes genau zu untersuchen und die Ergebnisse einer solchen Untersuchung mit ihren wirtschaftshistorischen Kenntnissen in Verbindung zu bringen.

Ihre Argumentation bewegt sich zudem auf verschiedenen Ebenen, welche nicht immer ge-

²⁸⁾ Eine ähnliche Kritik und ausführliche Argumentation liefert der ausgezeichnete Beitrag von Eike Hennig, Industrie und Faschismus, in: NPL, 1970, Nr. IV.

nau genug auseinandergehalten werden. So steht z. B. eine Betrachtungsweise, die die funktionale Bedeutung des Nationalsozialismus für das Wirtschaftssystem, die handfesten materiellen Vorteile für die großen Kapitalgesellschaften betont, einer eher ethisch-subjektiven Betrachtungsweise gegenüber, welche das Schwergewicht auf die Pläne und Absichten der Industriellen setzt. Es ist doch nicht ohne weiteres angängig, die beiden Ebenen durcheinanderzubringen oder Beweismaterial aus den beiden Kontexten so zu behandeln, als würde alles die gleiche These untermauern. Aus denselben Gründen, aus denen man darauf bestehen möchte, daß eine Klärung der subjektiven politischen Präferenzen führender Industrieller in den Jahren 1930 bis 1933 die Frage des Verhältnisses zwischen Kapitalismus und Nationalsozialismus nicht erschöpft, muß man ebenfalls darauf bestehen, daß z. B. programmatische Äußerungen und Denkschriften von Industriellen über wünschenswerte Annektionen usw. in den Jahren 1939 bis 1943 nur in ihrem Kontext gedeutet werden dürfen. Allein die Existenz solcher Dokumente besagt nicht, daß wirtschaftliche Interessen so spezifischer Art die Hauptantriebskräfte des Expansionskriegs waren; auch muß dann noch gefragt werden, ob diese Pläne tatsächlich verwirklicht wurden²⁹⁾.

Die gelegentliche Verschmelzung dieser beiden Ebenen der Argumentation in den Arbeiten von Historikern in der DDR führt zu einer etwas vordergründigen und leicht antiquiert anmutenden Moralisation der Geschichte, die der Theorie des historischen Materialismus — wenn auch nicht immer seinem Urheber selber — fremd ist. Dieses moralistische Moment bildet in methodologischer Hinsicht vielleicht die notwendige Ergänzung zu den sich dem Positivismus annähernden Fragestellungen des politisch-soziologischen Marxismus. Denn wenn der epochale geschichtsphilosophische Aspekt der Marxschen Theorie nicht mehr im Vordergrund steht, so wird das Bedürfnis für eine Ethik allzu schnell spürbar. Vielleicht dürfte man die These ganz allgemein zur Diskussion stellen, daß der anklagende Ton marxistisch-leninistischer Abhandlungen über den

²⁹⁾ Siehe z. B. Dietrich Eichholtz, Die IG-Farben ‚Friedensplanung‘, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1966, Teil III; vgl. auch Alan Milward, The New Order and the French Economy, Oxford 1970. Nicht zufällig — denn beide Parteien sind moralisch entrüftet — ist die Tatsache, daß Prof. Treues Entlastung von Herrn Abs sich z. T. ähnlicher Verfahrensweisen bedient: schriftlich festgehaltene Absichten werden zitiert, ohne daß aber die relevanten Vorgänge bis zum Schluß analysiert werden; s. Beilage 33/71, S. 25 f.

Imperialismus seine Wurzel ebenso sehr in diesem vertrackten methodologischen Problem hat wie in der von Prof. Treue stets wiederholten Behauptung, es handle sich hier bloß um zynische, gegenwartsbezogene Auftragsarbeiten.

Das Problem ist deshalb so kompliziert, weil die Einordnung des Faschismus in ein differenziertes, epochales Geschichtsbild Marxscher Prägung eine denkbar schwierige wissenschaftliche Aufgabe darstellt, ist doch gerade hier die von Marx selber im unklaren gelassene Frage nach dem Verhältnis von wirtschaftlicher Basis und politisch-ideologischem Überbau von ausschlaggebender Bedeutung. Versuche, wie sie neuerdings Ernest Mandel unternommen hat, das Problem rein nominalistisch zu lösen, indem er die ganze Weltgeschichte seit etwa 1750 pauschal als bürgerlich-kapitalistisch definiert — wo es sich nicht gerade um kommunistische Herrschaftsformen handelt —, zeugen zumindest von einer gewissen Ungeduld gegenüber der Arbeitsweise des Historikers³⁰⁾. Eine Geschichtsschreibung, die etwa den englischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts und den Nationalsozialismus partout unter einen Hut bringen will, indem sie die beiden Phänomene als die der Profitmaximierung jeweils adäquaten Herrschaftsformen kategorisiert, läßt so vieles außer acht, daß Forschung und Diskussion eigentlich eingestellt werden könnten. Beim gegenwärtigen Stand der Forschungsarbeiten und Diskussionen sind Thesen über den eventuell einheitlichen Charakter der bürgerlich-kapitalistischen Epoche allenfalls auf einer anthropologischen Ebene von Interesse, wo es sich um das marxistische und das bürgerliche Menschenbild handelt, aber nicht jedoch dort, wo es sich um das Entstehen und die Entwicklung der großen politischen Bewegungen dieses Jahrhunderts handelt. Historiographische Eintopfgerichte, die vorschnell so ziemlich alles auf den Kapitalismus oder den Imperialismus reduzieren, erinnern an die scharfsichtige Selbstironie von Engels, als er sein Leid über die Zustände in England gegen Ende des Jahres 1858 klagte: dieses bürgerlichste aller bürgerlichen Völker strebte nach seiner Beobachtung offensichtlich danach, zu seinem Bürgertum auch noch eine bürgerliche Aristokratie und ein bürgerliches Proletariat ins Leben zu rufen³¹⁾. Eine ähnliche Distanz den eigenen

theoretischen Postulaten gegenüber möchte man sich manchmal auch unter den direkten Nachfolgern von Engels wünschen.

Ohne solche Postulate kommt man aber in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte überhaupt nicht aus. Wie nutzbringend ein artikulierter theoretischer Rahmen für die Forschung sein kann, haben in letzter Zeit vor allem Jürgen Kocka und Hans-Ulrich Wehler gezeigt. Insbesondere Wehler ist bemüht, die empirisch begründeten und theoretisch fruchtbaren Elemente des Marxismus in seiner Forschung auszuwerten³²⁾. Wichtige Beiträge dieser Art sind aber nicht von Auseinandersetzungen zu erwarten, die sich auf Verdächtigungen und Kleinkorrekturen beschränken. In einigen Kreisen hat sich dies schon herumgesprochen: so mahnte Prof. v. Laue vor kurzem dazu, durch das ideologische Gerüst sowjetrussischer Veröffentlichungen bis zu ihrer Intention und der erbrachten Forschungsleistung hindurchzudringen, indem er eine Rezension scharf zurückwies, die genau den gleichen Ton hatte wie der hier zur Diskussion stehende Aufsatz von Prof. Treue³³⁾. Und ein klug abgewogener, informationsreicher Literaturbericht im *Times Literary Supplement* stellte neuerdings fest, zwischen den Ergebnissen der Arbeiten von Fritz Klein und Peter Graf v. Kielmannsegg über den Ersten Weltkrieg beständen nur unwesentliche Unterschiede in der Betonung³⁴⁾. Wandel durch Annäherung, auch in der Wissenschaft? — sicherlich eine irrealer Prognose, und wohl nicht einmal wünschenswert. Doch scheint die Luftbrücken-Mentalität von Prof. Treue einem vergangenen Zeitalter anzugehören.

Seine pathetische Heraufbeschwörung Rankes am Ende seines Aufsatzes mutet in dem gegebenen Zusammenhang wie ein Vorwand an, nicht analytisch denken zu wollen. „Wie es eigentlich gewesen ist...“, ist gewiß keine ausgediente Formel, wenn es darum geht, durch gewissenhafte Entdeckerfreude die Forschung voranzutreiben. Nur besteht das Problem darin, daß sehr vieles eigentlich gewesen ist. Wie steht es aber um die Zuordnung erforschter Themen zueinander? Um diese Frage ist eine schwierige und wichtige Diskussion zwischen kommunistischen und nicht-kommunistischen Historikern zu führen. Prof. Treue will offensichtlich nicht mitdiskutieren.

³⁰⁾ Einleitung zu L. Trotzky, *The Struggle against Fascism in Germany*, 1971; seine Ungeduld gibt er offen zu. Marx war etwas penibler.

³¹⁾ Engels an Marx, 7. Okt. 1858, abgedruckt u. a. in: Karl Marx und Frederick Engels, *On Britain*, Moskau 1953, S. 491 f.

³²⁾ Allgemein zu diesem Fragenkreis s. den brillanten Aufsatz von Eric Hobsbawm, *L'apport de Karl Marx à l'historiographie*, in: *Diogenes*, Nr. 64, Okt.—Dez. 1968.

³³⁾ Leserbrief in: *Amer. Hist. Rev.*, vol. 76 No. 5, Dezember 1971, S. 1630.

³⁴⁾ *Times Literary Supplement* vom 12. Nov. 1971.

Mason, Czichon und die historische Wahrheit

Zu meiner Untersuchung „Die jüngere Wirtschaftsgeschichtsschreibung in der DDR über den ‚deutschen Imperialismus‘“ in B 33/71 vom 14. August 1971 dieser „beilage zur wochenzeitung das parlament“ hat nicht einer der zitierten und kritisierten Autoren in der DDR selbst Stellung genommen, sondern der englische Historiker T. W. Mason vom St. Peter's College, Oxford, der leider mit der deutschen Geschichte der Zeit zwischen der Reichsgründung und dem Ende des Zweiten Weltkrieges, besonders aber mit der Geschichte der wirtschaftspolitischen und der wirtschaftlichen Entwicklung im Dritten Reich so wenig vertraut ist, daß er einige historisch nicht haltbare Behauptungen aufstellt und aus diesen dann anschließend Forderungen an mich richtet, die ich aufgrund des Sachverhalts, nicht aus politischer Voreingenommenheit, nicht erfüllen kann.

Mason hat wohl, wenn ich seine Ausführungen richtig verstanden habe, was mir aus sprachlichen Gründen vielleicht nicht an allen Stellen gelungen ist, im wesentlichen drei Anliegen:

Er beschäftigt sich erstens mit Czichons Buch „Der Bankier und die Macht“, das ich im sehr viel weiteren Rahmen der Ausführungen in meinen Aufsätzen in der „beilage“ und in der Zeitschrift „Tradition“ (1971, S. 288 f.) eingehend kritisiert habe, und mit Czichons Buch „Hermann Jos. Abs, Porträt eines Kreuzritters des Kapitals“; er versucht zweitens, meine ausführliche Kritik an den Werken einiger Autoren in der DDR zu widerlegen; er bemüht sich drittens, seine eigene Auffassung von der Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik und in der DDR sowie von der Bedeutung des Marxismus-Leninismus für die Geschichtsschreibung darzulegen.

In meiner Erwiderung werde ich im wesentlichen auf die beiden ersten Punkte eingehen, da sie teils meine Person, teils meine Auffassung von historischen Ereignissen und Personen betreffen.

1. Alles in allem wird bemerkenswerterweise E. Czichon in dem Aufsatz von Mason, eingebettet in einige Lobsprüche über Verdienste im Sinne der marxistischen Geschichtsschreibung, so radikal fallengelassen, daß ich er-

neut, wie schon bei meinen Gesprächen mit Mason in Oxford und in meiner Bemerkung über Masons Brief vom 24. Oktober 1971 (vgl. „Tradition“, a. a. O., S. 289) an mich, unsere Übereinstimmung in wesentlichen Punkten konstatieren kann. Mason gibt zu, daß Czichons „Porträt von Hermann Jos. Abs in der Tat schwerwiegende Entstellungen und Unterschlagungen enthält“. Er glaubte bei der Niederschrift seines Aufsatzes noch, darüber werde „ein Gericht demnächst zu befinden haben“. Inzwischen ist Czichon von dem Gericht, das sich mit der Frage der historischen Richtigkeit gewisser Behauptungen von ihm zu beschäftigen hatte, erstens bisher bei 37 von 40 zur Entscheidung gestellten Behauptungen der Unwahrheit überführt worden (die restlichen drei Punkte stehen noch offen), von denen übrigens nur ein Teil die Punkte betrifft, bei denen ich nachgewiesen habe, daß Czichon als Historiker falsche Angaben gemacht hat, so daß also die Gesamtzahl der vor Gericht und in meinen Aufsätzen nachgewiesenen falschen Angaben erheblich über 40 liegt — tatsächlich beträgt sie allein im „Bankier und die Macht“ mehrere hundert.

Zweitens hat das Landgericht Stuttgart in einem weiteren Urteil vom 24. Februar 1972 festgestellt, daß Czichon „äußerst unsorgfältig, wenn nicht mutwillig mit der Wahrheit umgegangen ist, wie die Überprüfung der einzelnen beanstandeten Behauptungen in zahlreichen Fällen ergeben hat“.

Mason war „selber von Herrn Czichons Studie etwas enttäuscht, denn man erfährt daraus wenig über die Rolle der privaten Institute im Wirtschaftssystem; die Differenzierung zwischen nominellem Besitz, wirtschaftlichem Einfluß auf einzelne Unternehmen und wirtschaftspolitischer Macht wird nicht genau genug vollzogen; die Probleme lösen sich etwas voreilig in einem Prozeß finanzieller und wirtschaftlicher Konzentration auf, deren Konturen und Antriebskräfte verschwommen bleiben“. Dies alles beruht nun aber obendrein noch auf einer gerichtlich festgestellten „Grundlage“ von falschen Namen und Zahlen sowie konstruierten „Zusammenhängen“, so daß es meiner sogenannten „kenntnislosen Verdächtigungen“ also gar nicht mehr bedürfte — falls es solche wären.

Mason findet es „irritierend und verunsichernd, . . . zahlreiche Detailfehler in einem Buch festzustellen“ (nämlich in dem von Czichon). Sein Versuch, die Fülle von Verdrehungen und Fälschungen bei Czichon mit „Schludrigkeit, Eile, Sorglosigkeit bei der Fahnenkorrektur“ zu erklären und dadurch zu verharmlosen, beruht entweder auf Unkenntnis der hier zur Diskussion stehenden Probleme oder läßt darauf schließen, daß Mason selbst über die Bedeutung der historischen Wahrheit eine ungewöhnlich laxen Auffassung hat. Die aber hat er, wie ich aus nicht wenigen Begegnungen mit ihm in Oxford weiß, durchaus nicht: Er versucht vielmehr nur, den politischen Auffassungen Czichons nahestehend, diesen gerade da zu retten, wo er gewiß nicht zu retten ist, und hält es schließlich nur noch für „möglich“, daß Czichons Buch „die Tugend“ habe, „einen zutreffenden Umriss der Laufbahn von Herrn Abs zu bieten, eine Darstellung, die bei allen Fehlern die Meilensteine, die Wendepunkte und die politischen Umstände in etwa zutreffend analysiert. Diese Frage bleibt noch offen, mangels einer wissenschaftlichen Rezension.“

Das ist, soweit es verständlich ist, sehr wenig; und dieses Wenige ist nun auch noch gerichtlich zerplückt worden. Ich selbst stimme mit Mason dahin überein, „daß marxistisch-leninistische Historiker sich die Freiheit nehmen, Bankiers zu verunglimpfen“. Auch Mason hält das bei wissenschaftlichen Historikern für nicht erlaubt: er verlangt, daß „auch die kritischste Biographie keine unbegründeten Diffamierungen und Verdächtigungen enthält“. Auch hiermit stimme ich mit Mason uneingeschränkt überein — gegen Czichons Praxis. Zu dieser Praxis erklärt das bereits zitierte Gerichtsurteil vom 24. Februar 1972: Czichon „hat seinem Buch durch einen umfangreichen Fußnotenapparat ein wissenschaftliches Gepräge gegeben. Hierdurch besteht die Gefahr, daß die mit Erfolg beanstandeten schwerwiegenden Vorwürfe auch von anspruchsvollen und kritischen Lesern ernst genommen werden“. An zwei Stellen beschäftigt sich Mason mit Einzelheiten meines Aufsatzes in der „Tradition“. Mein Beweis dafür, daß Czichon in einen Bericht einer amerikanischen Untersuchungskommission eine H. J. Abs belastende Fälschung hineinmanipuliert hat, „scheint unanfechtbar zu sein“. Das heißt, abgesehen von dem Drum und Dran der Formulierungen Masons, die nicht von der Sache ablenken können: Czichon hat, von Mason zugegeben, an einer historisch wichtigen Stelle eines der für seine Behauptungen bedeutungsvollsten Dokumente verfälscht, damit es überhaupt brauchbar wurde. Zweitens —

die Arisierung des Petschek-Konzerns: Ich habe nicht einen Aufsatz über dieses Thema geschrieben, was Mason hinterher völlig unberechtigtweise von mir verlangt. Ich habe vielmehr mit Hilfe eines Briefes von William Petschek vom 22. Juli 1970, der vom Gericht als Beweismaterial uneingeschränkt akzeptiert worden ist, eindeutig nachgewiesen, daß Czichons Behauptung, Abs habe sich bei der Arisierung der Hubertus-Grube AG (nur *diese* geht es auch in Czichons Buch) als „Interessenvertreter der Betroffenen ausgeben“, im Rahmen dieser „Interessenvertretung“ aber „sich die ‚arisierten‘ Besitztümer selbst anzueignen verstanden“, eine unhaltbare Lüge ist. Flick und Göring, deren Namen Mason anführt, haben mit *dieser* Angelegenheit nicht das Geringste zu tun, und Mason läßt nach langen Ausführungen, die nicht zu Sache gehören, auch hier schließlich Czichon mit seinen Lügen einfach fallen: „Treuens Darstellung der Details in bezug auf die Rolle der Familie Abs ist in jeder Hinsicht plausibel und beruht offensichtlich auf einer breiteren und präziseren Quellenbasis als die von Czichon zitierte. . . . Der von Prof. Treue in ‚Tradition‘ abgedruckte Brief von William Petschek an Herrn Abs macht es eindeutig klar, daß die Gebrüder Petschek den Bankier Abs in beiden Arisierungsverfahren als Beschützer betrachteten.“ Wohlgedemerkter, Mason schreibt: „betrachten“ und läßt damit die Möglichkeit offen, daß die „Gebrüder Petschek“ sich geirrt haben können, Abs ihnen gar nicht wirklich geholfen und Czichon damit also doch noch recht hat. So viel Infamie muß man aufwenden, um Rettungsversuche zu Czichons Gunsten unternehmen zu können.

Mason meint, „die Übernahme der Hubertus Braunkohlen AG war nur ein Teilaspekt, und auch nur ein untergeordnetes eines großen und verästelten Verfahrens . . . Über die Rolle von Abs bei diesem Verfahren weiß ich nicht mehr, als was aus den Darstellungen und Akten von Herrn Czichon und Prof. Treue hervorgeht. Es ist aber unwiderlegbar, daß die Söhne von Ignaz Petschek Anfang 1938 — also *bevor* es einen förmlichen ‚Druck der Gesetzgebung des Dritten Reiches‘ gab — unter sehr erheblichem wirtschaftlichen und politischen Druck standen, ihr Vermögen zu Preisen weit unter dem Marktwert zu veräußern.“ Vollkommen richtig, niemand hat das jemals bestritten — nur gehört es weder zu Czichons noch zu meinem Thema. Und falls Mason damit andeuten möchte, daß Abs Juden erst angesichts des „Drucks der Gesetzgebung“ geholfen habe — was eine solche Hilfe ja nur gefährlich machte —, davor aber nicht, so möchte ich

ihn auf Gottfried Bermann Fischer: „Bedroht — Bewahrt, Weg eines Verlegers“ (Frankfurt 1967 und als Taschenbuch unverändert 1971, S. 99) hinweisen. In diesem erstmals vor dem Erscheinen von Czichons Buch über Abs und vor dem Prozeß gegen Czichon veröffentlichten Band heißt es über die Notwendigkeit des Fischer-Verlages zu emigrieren: „Damals, Ende 1935, wandten wir uns gemeinsam an Hermann J. Abs, der zu dieser Zeit dem Bankhaus Delbrück-Schickler vorstand, um Rat. Als Bankier mit weltweiten Beziehungen, der den neuen Herrschern ablehnend gegenüberstand, konnte er uns vielleicht den Weg weisen, wie der für den Verbleib in Deutschland bestimmte Verlagsteil unter Leitung Suhrkamps finanziert und in welcher Form er weitergeführt werden konnte. Wir hatten uns nicht getäuscht. Abs hatte sehr schnell eine Lösung des Problems . . .“

Über meine Feststellungen in bezug auf die Quellengrundlage von Czichons Bankier-Buch macht Mason teils falsche, teils den Leser verwirrende Bemerkungen. Ich habe durchaus nicht in Bausch und Bogen „die schiere Existenz des gesamten von Herr Czichon herangezogenen Aktenmaterials“ in Frage gestellt oder suggeriert, daß die Akten erfunden sind. Vielmehr habe ich sehr genau angegeben, daß die Angaben von Mai und Czichon über *vorhandene* (also erhalten gebliebene) Akten der Deutschen Bank einander nicht bestätigen, daß Czichon ganz bestimmte, von ihm genannte Akten nicht in den Archiven gesehen haben kann, die er als Aufbewahrungsorte angegeben hat, und daß er schließlich Archive genannt hat, die es unter der in seinem Buch gedruckten Bezeichnung bzw. an dem von ihm dort angegebenen Ort nicht gibt. Ich will Mason und Czichon aber gerne noch eine weitere präzise Angabe machen: Czichon nennt („Der Bankier und die Macht“, S. 247 f.) 24 Aktenbestände der „Auslandsabteilung“ der Deutschen Bank AG, die er in Potsdam benutzt habe. In Exhibit 174 b, S. 3 f. des Czichon vorzüglich bekannten OMGUS-Reports über die Deutsche Bank heißt es innerhalb des Berichtes von Direktor Häussler über die „Organisation der Auslandsabteilungen der Deutschen Bank, Berlin, seit 1935“: „Das gesamte Aktenmaterial der Auslandsabteilungen . . . ist in der Nacht vom 22. zum 23. November 1943 restlos verbrannt.“ „Doppelkopien von allen ausgehenden Korrespondenzen der Abteilung AV und Zentralstelle Ausland waren in den letzten Jahren aus Sicherheitsgründen jeweils zur Deutschen Bank, Filiale Görlitz, versandt worden. Die laufenden Auslands-Abteilungen sandten ihre Kopien an die Filiale Dresden.

Es hat sich bisher noch nicht feststellen lassen, wieweit das Material in den beiden Städten noch vorhanden ist.“ Vielleicht hat Czichon dieses Material benutzt, das allerdings höchstens die letzten Jahre ab September 1939, wahrscheinlich sogar erst ab 1940/41 betreffen dürfte und somit viele seiner Angaben über die frühere Zeit nicht decken würde. Das Landgericht Stuttgart ist in seinem Urteil vom 14. Februar 1972 zu dem Ergebnis gelangt, Czichon habe „in seiner . . . unkorrekten Arbeitsweise offensichtlich aus zweiter Hand zitiert“.

Lassen wir es dabei bewenden — Czichons Art der „Geschichtsschreibung“ ist auch von Mason nicht zu retten, der übrigens freimütig erklärt, daß Czichons Bücher im westdeutschen Buchhandel „schnell und leicht“ erhältlich sind, obwohl sie aufgrund einer gerichtlichen einstweiligen Verfügung nicht mehr verkauft werden dürfen.

Ich wende mich Masons zweitem Anliegen zu: meine Kritik an einigen DDR-Autoren zu entkräften und zu widerlegen. Ich bestreite gar nicht, daß Historiker in der DDR „umfangreiche Aktenforschung“ betreiben. Ihre Schriften aber, und dem stimmt Mason mehrfach nachdrücklich zu, sind eindeutig festgelegt durch den Marxismus-Leninismus. Sie besitzen somit natürlich keineswegs nur einen „vornehmlich politisch-propagandistischen Charakter“, sondern die gesamte Geschichtsschreibung in der DDR steht im Dienst der kommunistischen Politik. Ich wiederhole, was ich in meinen drei Aufsätzen in der „beilage“, in „Tradition“ und in „Technik-Geschichte“ (1971, S. 220 ff.) nachgewiesen habe: Die Geschichtsschreibung in der DDR ist Hilfs-„Wissenschaft“ der Politik; ihr Ziel ist, von mir zitiert und wieder und wieder in den von mir angeführten Büchern und Aufsätzen formuliert: der Sturz der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik. Das sind nicht „vermeintliche Beobachtungen“ von mir, sondern in der DDR gedruckte Zielsetzungen. Natürlich erhebt der von mir „heftig verworfene Marxismus-Leninismus Anspruch darauf, eine geschichtswissenschaftliche Methodologie zu bilden“ — das ist in der Tat keine „umstürzende Neuigkeit“. Aber als ich mich insbesondere in meiner Studie in der „beilage“ — im Gegensatz zu der nicht gerade fairen Behauptung von Mason — mit den „Fragestellungen“ der Arbeiten von DDR-Autoren eingehend auseinandergesetzt habe, mußte ich zu dem Ergebnis gelangen, daß diese Arbeiten mit „Wissenschaft“ nur etwas zu tun haben können, falls die Wissenschaft der Politik verpflichtet und zugeordnet

ist und die „konkreten Forschungsleistungen“ der von mir kritisierten Autoren politische Leistungen sind, bei denen durchaus nebenher für den wissenschaftlichen Historiker interessante Informationen abfallen können — etwa in der von Mason hervorgehobenen und auch von mir genannten Arbeit von Gossweiler.

Es liegt mir fern zu behaupten, die moderne Wirtschaftsgeschichte müsse sich „in erster Linie mit der Persönlichkeit führender Wirtschaftsfiguren befassen“. Meine eigenen Arbeiten, die Mason wohl nicht kennt, belegen diese Auffassung immer wieder. Aber man muß sich *auch*, für die Zeit des Hochkapitalismus sogar in sehr starkem Umfange, mit den positiven und negativen Leistungen von Personen beschäftigen — freilich wissenschaftlich und, wie Mason schreibt, „immer vorausgesetzt, daß auch die kritische Biographie keine unbegründeten Diffamierungen und Verdächtigungen enthält“. Daß Czichon gröblich gegen diese berechtigten Forderungen an vielen Stellen verstoßen hat, ist nicht nur von mir in meinen Aufsätzen, sondern auch vor Gericht nachgewiesen worden. Es handelt sich dabei übrigens um einen Grundsatz, der in der ideologisch festgelegten DDR-Geschichtsschreibung nicht existiert und auch nicht existieren kann. Mason beschäftigt sich im Zusammenhang mit der Kritik an mir mit der „Misere der modernen Wirtschaftsgeschichte in Deutschland in der Zeit nach 1914“, schränkt diese Kritik freilich sofort wieder ein auf den angeblichen Mangel an „fundierte“ Darstellungen, womit er sich die Möglichkeit schafft, die vorhandenen abzuqualifizieren und als nicht „fundierte“ zu übergehen. Hier macht sich die Begrenztheit seiner Kenntnis der deutschen Geschichtsschreibung leider ebenso bemerkbar wie wenige Zeilen später die seiner Kenntnis der deutschen Zeitgeschichte: Man kann heute wirklich nicht mehr der Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik vorwerfen, sie sehe die Wirtschaft im Dritten Reich „in erster Linie durch die Brille des Politikers, des Generals und des Beamten, die die Prozesse zu beeinflussen versuchten“. Und es zeugt nicht gerade von einer eingehenden Beschäftigung mit der Wirtschaftsgeschichte des Dritten Reiches, wenn man schreibt, „Markt und Wettbewerb“ seien „Organisationsprinzipien der deutschen Wirtschaft in diesen Jahren“ gewesen, und von den westdeutschen Historikern „werden ... die politischen Einflußnahmen auf die Wirtschaft implizit überschätzt.“ Was heißt hier „implizit“?

Wer meinen Aufsatz in der „beilage“ gelesen hat, weiß, daß ich zu der immer wieder für die DDR-Historiker peinlichen Unterstützung von Hitlers Rüstungs- und Kriegspolitik durch Stalin ebenso wie für v. Schröders Behauptungen und für andere Ausführungen wissenschaftlich einwandfreie Belege geboten habe, und wundert sich gewiß mit mir, daß Mason dies bestreitet. Verläßt er sich vielleicht darauf, daß die Leser seines Aufsatzes meine im August 1971 in der „beilage“ gemachten Ausführungen nicht zur Hand haben? Dieser Zeitabstand bildet in der Tat einen Vorteil für ihn und einen Nachteil für mich, der mich zwingt, ausführlicher zu erwidern, als von der Sache her eigentlich nötig ist: Wie seine Schützlinge in der DDR versucht er, uns etwas als harmlose echte Gelehrtenleistung aufzuschwatzen, was politische Kampfliteratur ist. Ihre Verfasser wissen sehr genau, warum sie sich mit „geistloser Faktenaufzählung“ nicht aufhalten, sondern ihren Lesern „Analysen“ ungenannt bleibender Fakten bieten: Anders können sie nicht zu den „Ergebnissen“ gelangen, deren Erreichung in jenen „Marx-, Lenin- und Ulbricht-Zitaten als Aufgabe gestellt wird, welche Mason selbst zwar „obligatorisch“ (laut „Duden“: „verpflichtend, bindend“) nennt, gleichwohl aber harmlos findet. Unterwirft er selbst seine eigene Forschung auch solchen „verpflichtenden“ Richtlinien und Anweisungen durch die „Klassiker“ des Marxismus-Leninismus, die über den „Kalten Krieg“ weit hinauszielen?

Ich komme kurz zum dritten Punkt: Mason bietet uns längere Ausführungen über seine Auffassung von der Bedeutung der marxistisch-leninistischen Geschichtstheorie und die Leistungen der auf ihr beruhenden Geschichtsschreibung bis hin zu Mandel. Da diese Darlegungen mit meinen Aufsätzen über Czichon und einige Historiker in der DDR nichts zu tun haben, enthalte ich mich jeder Stellungnahme dazu. Ich möchte ihm aber mit dem Blick auf die Geschichtsschreibung in der DDR im allgemeinen und auf die biographischen Pionier-„Leistungen“ Czichons im besonderen, soweit Mason sie verteidigt, mit einigen Sätzen aus Bertrand Russells „Autobiographie 1872—1914“ über den englischen Historiker oder historischen Belletristen Lytton Strachey abschließend antworten: „Die historische Wahrheit ist ihm gleichgültig; er will das Bild immer retouchieren, um die Lichter und Schatten greller und die Torheit oder Schlechtigkeit berühmter Leute augenfälliger zu machen. Es sind das schwere Vorwürfe, aber ich mache sie allen Ernstes.“

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/72, S. 3—32

Eine Blockbildung bezeichnet die Polarisierung der gesellschaftlichen Kräfte in Freund-Feind-Formationen. Der Begriff kann zum Verständnis der innenpolitischen Situation in Deutschland in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg insofern beitragen, als er sowohl auf den tendenziellen Klassenkampfcharakter in der Politik des wilhelminischen Deutschland wie auch auf das Scheitern der Reformbewegungen hinweist. In methodischer Hinsicht ist die Begriffskonstruktion „Blockbildung — Blockieren“ vielleicht geeignet, das schwierige Problem zu lösen, wie man den Stellenwert der gesellschaftlich organisierten Interessen einerseits und zum anderen der traditionellen Führungsgruppen in der politischen Gesamtkonstellation vor 1914 analytisch bestimmen kann.

Die Konzeption der Blockbildung setzt die politisch-taktischen Zusammenschlüsse im Reichstag in der Endphase des Bismarck-Reiches mit der Entstehung von wirtschaftlichen und sozialen Interessenkonflikten und den ihnen entsprechenden Gruppenbildungen in eine Beziehung. Sie stützt sich auf die Beobachtung, daß die sozialen Spannungen schärfer ausgeprägt waren als die politischen Gegensätze, daß aber die soziale Polarisierung offenbar nicht unmittelbar in den politischen Bereich hinein verlagert werden konnte.

Die Darstellung untersucht die Machtchancen der jeweiligen Blöcke, ihre Nähe oder Ferne zu den dominierenden Machteliten, den Einfluß der Blöcke auf das politische Verhalten der Reichsleitung und die Möglichkeiten der Blöcke, ihren Willen zur Macht durch die Mobilisierung einer breiten Anhängerschaft zu legitimieren.

Timothy W. Mason: Zur politischen Relevanz historischer Theorien

Wilhelm Treue: Mason, Czichon und die historische Wahrheit

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/72, S. 33—46

T. W. Masons Beitrag ist eine — vor allem auf methodologische Aspekte hin angelegte — Entgegnung zu dem Aufsatz „Zur jüngeren Wirtschaftsgeschichtsschreibung in der DDR über den ‚deutschen Imperialismus‘“, den Wilhelm Treue in B 33/71 vom 14. 8. 1971 veröffentlicht hat. In einer kurzen Antikritik nimmt dieser zu Masons drei Haupteinwänden Stellung.

(Die Redaktion sieht bei Kontroversen im Anschluß an frühere Beiträge von den sonst üblichen Zusammenfassungen ab.)